SPD in Aufruhr: SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

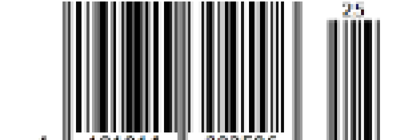
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 25 – 20. Juni 2015

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Vom Mammon erstickt: Subventionen haben Griechenland ruiniert

Bild: Mauritius

Der Fluch des Geldes

Neue Hilfen für Hellas? EU-Milliarden haben das Land in den Abgrund geführt

Nicht allein der Euro oder Griechenland, sondern die gesamte EU-Umverteilungsmaschine gehört endlich auf den Prüfstand.

Ganz gleich, wie die derzeitige Episode des Griechenland-Dramas ausgeht, an einem lassen alle Beteiligten keinen Zweifel: Auch im Falle von Athens Staatspleite und des Ausscheidens aus dem Euro sollten die EU-Partner den Griechen weiterhin großzügig helfen, damit, so heißt es, das Land wieder auf die Beine komme.

Etwas Entscheidendes wird dabei übersehen: Genau diese jahrzehntelange, geraume Zeit vor dem Euro begonnene Hilfe war es, die das Mittelmeerland ins heutige Chaos gestürzt hat.

Als der 1996 verstorbene Sozialist Andreas Papandreou im Herbst 1981 Ministerpräsident Griechenlands wurde, wollte er sowohl aus der Nato austreten als auch die Anfang des selben Jahres vollzogene Aufnahme in die EG, die spätere EU, sofort wieder rückgängig machen. Erst nachdem seine Beamten ihm vorgerechnet hatten, welche sozialen Wohltaten er mit den Milliarden der europäischen Partner würde finanzieren können, rückte er davon ab.

In jener Zeit begann Griechenlands Abstieg von einem armen, aber leidlich funktionierenden Land zu jenem „gescheiterten Staat", den Europa heute auf den Schultern trägt. Es war der jahrzehntelange Subventionsregen, der einen unbezahlbaren Sozialstaat, völlig unrealistisches Anspruchsdenken, Korruption selbst im letzten Winkel der Gesellschaft und eine maßlos aufgeblähte, funktionsuntüchtige Verwaltung sprießen ließ und die Produktivität des Landes erstickt hat.

> Athen blieb 1981 nur der Finanzhilfen wegen in der EG

Das Schlimmste dabei: Die Subventionen haben die Moral untergraben. Eine Griechin erzählte einem deutschen Journalisten, dass es 1986 war, als sie erstmals ihren Arzt bestechen musste, damit er sie behandle. Mit den Jahren wurden die berüchtigten „Fakelaki" (Briefumschläge mit Bestechungsgeld) buchstäblich zum Schmiermittel des gesamten Landes. Denn: Wo überall Geld ohne Gegenleistung gleichsam vom Himmel regnet, will niemand der Dumme sein, an dem nichts hängenbleibt. Also wurde fortan schamlos zugegriffen.

Wer jetzt wieder nur Milliarden-„Aufbauhilfen" für Hellas fordert, verweigert die Lehren aus der Geschichte. Nicht bloß das Euro-System oder Griechenland gehört auf den Prüfstand. Die gesamte europäische Subventions- und Umverteilungsmaschine muss hinterfragt werden.

Angeblich helfen die Umverteilungen den schwachen EU-Staaten dabei, stärker zu werden. Griechenland hat bewiesen, dass sie auch das genaue Gegenteil heraufbeschwören können. Darauf müssen die Verantwortlichen eine Antwort finden.

Eine Grundsatzdebatte über dieses Problem wäre übrigens eine gute Gelegenheit für die Deutschen, auch über Segen und Fluch ihres Länderfinanzausgleichs zu sprechen. Der zeitigt bisweilen ganz ähnlich üble Folgen wie die EU-Umverteilungen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Danke, »Ver.di«

Wenn Sie vergeblich auf den Postboten mit Ihrer *Preußischen Allgemeinen Zeitung* gewartet haben, erfahren sie hier, wer dafür keinesfalls verantwortlich ist: die Gewerkschaft „Ver.di". Wer sich dennoch die Dreistigkeit herausnimmt, sich bei ihr über den Poststreik zu beschweren, bekommt klare Ansagen. Die Schuld trägt nämlich einzig und allein die Post. Deshalb wäre es, so „Ver.di", auch „besonders schön", wenn die Postkunden ihren Unmut „an die richtige Adresse (Arbeitgeber)" richten würden. Und wenn sie eine Ware gar nicht oder verspätet bekommen haben, dann müssen sie sich gefälligst „an ihren Vertragspartner" wenden. Damit eine Nachlieferung auf den Weg geht, die ebenfalls nicht zugestellt wird? So verkauft „Ver.di" die Menschen für dumm.

Für die Streikfolgen sei „Ver.di" jedenfalls nicht haftbar zu machen, heißt es weiter. Die Beschäftigten würden schließlich nichts weiter tun, als ihr grundgesetzlich garantiertes Streikrecht wahrzunehmen. Dieses Recht wollen ihnen die *PAZ*-Abonnenten ganz bestimmt nicht absprechen. Aber sie lassen sich auch nicht von „Ver.di" ihr eigenes Recht der freien Meinungsäußerung nehmen. Deshalb kritisieren sie, dass „Verdi.di" das Streikrecht auf dem Rücken der Allgemeinheit missbraucht. Auf diesen dreisten Auswuchs an freier Meinungsäußerung hat „Verdi.di" gleich die passende Antwort: Die mit einem Streik verbundenen „möglichen Beeinträchtigungen" seien „von der Gesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern hinzunehmen: Der Arbeitskampf gehört zu den Kosten, die eine Gesellschaft insgesamt hinzunehmen hat". Die Gewerkschaft hat gesprochen. Und der *PAZ*-Leser hat zu schweigen. Danke, „Ver.di".

Nur die Spitze des Eisbergs

Reihenweise Kriminelle bei Grenzkontrollen erwischt

Die zur Sicherung des G7-Gipfeltreffens im bayerischen Elmau befristet durchgeführten Kontrollen an den deutschen Grenzen haben ein erschütterndes Ergebnis gezeitigt. Von Autoschiebern über Drogendealern bis hin zu Menschenschmugglern sind der Polizei reihenweise Kriminelle ins Netz gegangen, die normalerweise unbehelligt in die Bundesrepublik eingereist wären. Nach Angaben der Bundespolizei sind insgesamt 360000 Personen überprüft worden. Durch die Kontrollen konnten mehr als 10000 illegale Einreisen festgestellt und 1056 Fahndungstreffer erzielt werden. Vollstreckt wurden dabei 135 offene Haftbefehle.

Das Ergebnis dürfte nur einen geringen Teil der Kriminalität widerspiegeln, mit der sich viele Bürger dieses Landes tagtäglich konfrontiert sehen, seit die regulären Kontrollen an Deutschlands Grenzen weggefallen sind. Es ist nämlich davon auszugehen, dass vor allem die bandenmäßig organisierten Kriminellen genau wussten, dass rund um den G7-Gipfel mit einem massiven Polizeiaufgebot zu rechnen ist.

> G7 machte das Unmögliche möglich

Doch auch so haben die bekannt gewordenen Zahlen ausgereicht, einige Politiker nachdenklich werden zu lassen: „Wir werden die Ergebnisse der Grenzkontrollen sorgfältig analysieren und diese Frage dann neu bewerten", so die Einschätzung von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

Abgesehen von derartigen Einzelstimmen offenbart sich eine erschreckende Doppelmoral. Als im Jahr 2007 aufgrund der EU-Schengen-Vereinbarung an den Grenzen zu Polen und Tschechien die Grenzkontrollen eingestellt wurden, sahen sich Skeptiker als Angstmacher und Europafeinde diffamiert. Geht es aber um die Sicherheit von Politikern, sind Grenzkontrollen kein Problem. *Norman Hanert*

Erneutes Säbelrasseln

Blockade Transnistriens könnte militärischen Konflikt auslösen

Im kleinen Transnistrien geht die Angst vor einem neuen Krieg um. Denn der schmale Landstrich im Osten Moldaus droht zum neuen Streitobjekt von Geostrategen zu werden. Seit 23 Jahren hat Moskau in dem völkerrechtlich zu Moldau gehörenden, aber faktisch unabhängigen Gebiet etwa 1300 Soldaten stationiert. Sie sehen sich als Friedenstruppen, da sie 1992 dem kurzen, blutigen Krieg nach dem Untergang der Sowjetunion ein Ende setzten. Sie schützen die Regierung des transnistrischen Präsidenten Jewgenij Schewtschuk. 2006 hatte das Separatistengebiet in einem Referendum den Anschluss an Russland beschlossen, bislang hat Moskau diesen aber nicht in die Tat umgesetzt. Nun hat die moldauische Regierung den Abzug der Russen gefordert. Rückendeckung bekommt sie dabei von der Urkaine, die quasi mit einer Blockade des Landwegs

> Russen fühlen sich von Kiew provoziert

die Versorgung der russischen Truppen in Transnistrien verhindern will. Deren Staatspräsident Petro Poroschenko setzte einen draufl, indem er den ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili zum Gouverneur des Gebiets Odessa ernannte. Der erklärte Russenfeind brach 2008 den Krieg in Südossetien vom Zaun. In seiner Heimat wird er wegen Machtmissbrauchs mit Haftbefehl gesucht. Ihn in Odessa einzusetzen, ist ein Affront gegenüber Moskau, denn die Region ist zum großen Teil russischsprachig und pflegt enge Beziehungen zu Transnistrien.

Inzwischen rasselte Moskaus Hardliner Dmitrij Rogosin, stellvertretender Ministerpräsident und langjähriger russischer Sonderbeauftragter bei der Nato, mit den Säbeln. Russland werde seine Truppen in Transnistrien mit einer Luftbrücke versorgen. Sollte die Ukraine daraufhin auch den Luftraum sperren, halten Experten eine militärische Operation wie in Südossetien für möglich. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Libyen blockiert EU-Einsatz

New York – Der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs, Boote von Schleppern im Mittelmeer zu zerstören und möglicherweise auch an Land gegen die Menschenhändler vorzugehen, könnte Makulatur sein. Denn dafür ist die Zustimmung des nordafrikanischen Landes erforderlich. Wie der libysche UN-Botschafter erklärte, werde es diese nicht geben, „solange die EU und einige andere Länder nicht mit der legitimierten Regierung als einzigem Repräsentanten des libyschen Volkes verhandeln“. Streitpunkt sind Konsultationen der EU mit den Milizen, welche die Küstengebiete des Landes kontrollieren. Der Botschafter warnte die EU-Staaten vor einem Militäreinsatz auf libyschem Hoheitsgebiet ohne Zustimmung seiner Regierung. Ein Verstoß gegen die Souveränität seines Landes werde Konsequenzen haben. *U.M.*

3,8 Millionen für die »taz«

Berlin – Die linke Tageszeitung „taz“ erhält für den Neubau ihres Verlags- und Redaktionsgebäudes einen staatlichen Zuschuss in Höhe von knapp 3,8 Millionen Euro. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Schriftliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Kurt Wansner hervor. Die Fördermittel stammen aus der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Zuwendung des Bundes betreffe, so die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, nicht ausschließlich den Neubau, sondern auch „Investitionen in bewegliche und immaterielle Wirtschaftsgüter, die teilweise schon am bisherigen Standort realisiert wurden und nach Fertigstellung des Neubaus mit in die neue Betriebsstätte genommen werden“. Der neue Standort liegt in der Kreuzberger Friedrichstraße. Baubeginn für das 20 Millionen Euro teure Gebäude wird laut „taz“ im Sommer sein, der Umzug soll bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Ihre beiden Häuser in der Rudi-Dutschke-Straße will die „taz“ als „sichere Kapitalanlage in attraktiver Lage“ behalten und vermieten. *J.H.*

Mehrheit gegen Beistandspflicht

Washington – Eine Mehrheit der Deutschen ist gegen die Nato-Bündnisverteidigung. Auf die Frage „Falls Russland in einen ernsthaften militärischen Konflikt mit einem Nachbarland eintreten sollte, das ein Nato-Verbündeter ist, sollte Ihr Land militärische Mittel einsetzen, um dieses Land zu verteidigen oder nicht?“ sprachen sich laut einer repräsentativen Umfrage des US-amerikanischen Pew Research Center 58 Prozent dagegen aus, nur 38 Prozent waren dafür. Gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages wird „jeder bewaffnete Angriff gegen eine oder mehrere der Vertragsparteien“ als „ein Angriff gegen sie alle angesehen“, weshalb jeder Bündnispartner Beistand „einschließlich der Anwendung von Waffengewalt“ zu leisten hat. Doch nicht nur in Deutschland, sondern auch in den wichtigsten europäischen Nato-Mitgliedsländern findet sich dafür derzeit keine Mehrheit. In Großbritannien sind lediglich 49 Prozent für die Bündnisverteidigung, in Polen und Spanien jeweils 48 Prozent, in Frankreich 47 Prozent und in Italien 40 Prozent. In den USA und in Kanada ist mit 56 beziehungsweise 53 Prozent nur eine knappe Mehrheit dafür. *J.H.*

Krankhafte Charakterzüge

Die faktische Atommacht Nordkorea wird unter Kim Jong-un immer unberechenbarer

Westeuropäer, die in Freiheit und Wohlstand aufwuchsen und nie eine Diktatur erlebten, haben schon gewisse Schwierigkeiten, die verschiedenen Mentalitäten Asiens, dessen Weltbilder und Denkweisen zu verstehen; in einem weitaus stärkerem Maße gilt dies für den Norden Koreas. Das dortige Staatsfernsehen zeigt nur überglückliche, ihren Diktator Kim Jong-un über alles verehrende Untertanen. Zugleich hört man von über 100 000 politischen Häftlingen in regelrechten Konzentrationslagern und trotz verstärkter Grenzabsperrungen nimmt die Zahl der Fliehenden aus diesem „Paradies“ jedes Jahr weiter zu.

Der Götzenkult um den heute regierenden Kim nimmt mittlerweile krankhafte Züge an. Doch eine Biografie über ihn existiert bis heute in seinem gesamten Lande nicht, wäre die Propaganda um ihn und seine Vorfahren doch allzu schnell zu widerlegen: Offiziell wurde sein Vater Kim Jong-il 1942 „unter einer Glück verheißenden Sternschnuppe“ während des blutigen Partisanenkriegs gegen Japan geboren. Tatsächlich geschah dies ein Jahr zuvor im sowjetischen Exil im sibirischen Dorf Watsukop am Amur-Fluss. Zur Bekräftigung der Machtfolge trägt Kim neuerdings die gleiche Sommer- und Winterkleidung, ja sogar den gleichen Haarschnitt wie sein Großvater Kim Il-sung, als dessen Nachfolger er sich selbst sieht. Peinlich auch, wenn die Untertanen erführen, das er seine Ausbildung in der fernen „dekadenten“ Schweiz erfuhr und nicht etwa als treuer Kommunist unter den Proletariern im heimatlichen Pjöngjang.

Nach alter koreanischer Tradition hätte nicht er als jüngster Sohn Nachfolger werden dürfen, sondern der ältere Kim Jon-nam, der mit seinen politischen Ansichten indessen nicht dem Vater gefiel und daher für Jahre im Fünf-Sterne-Hotel „Oriental Mandarin“ in Macao ein luxuriöses Leben führen „musste“. Als er offen seinen Bruder kritisierte und im Frühjahr 2013 ein nordkoreanischer Geheimdienstoffizier bei seiner Verhaftung in Seoul seinen Auftrag offenbarte, den unbequemen Bruder zu beseitigen, lief dieser bald in Singapur zu den US-Amerikanern über. Schon lange hatte Vater Kim sich für den ungedienten Kim Jong-un entschieden, ihn zum Vier-Sterne-General befördert und ihn bald danach offiziell zu seinem Nachfolger erkoren.

Schon bald nach seiner Machtübernahme im Dezember 2011 bewies dieser erneut, dass die Kim-Diktatur nichts mit Begriffen wie „Kommunismus“ oder „Sozialismus“ gemein hat; nicht von ungefähr verschwanden vor drei Jahren im ganzen Lande die Bilder der Urväter des Kommunismus: Marx und Engels. Die Bezeichnung „Partei der Arbeiter“ stellt lediglich eine leere Phrase dar. Entscheidend ist allein der Machterhalt der Kim-Dynastie. Hatte bereits Kim Il-sung gleich nach 1945 begonnen, die einzelnen Fraktionen der kommunistischen Partei gegeneinander auszuspielen und dann mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die Alleinherrschaft ergriffen, so wurden derartige „Säuberungen“ symptomatisches Symbol des jetzigen Kim: Innerhalb der ersten zwei Jahre nach seinem Machtantritt „verschwanden“ über 200 höhere Offiziere. Ende 2013 waren von den 218 höchsten Verantwortlichen bei Kims Machtantritt 97 gestürzt und teilweise auf grausamste Art hingerichtet worden – nach ihren Lebensläufen alle altverdiente Kommunisten. Vergangenes Jahr wurden weitere 41 Exekutionen von Angehörigen der bisherigen Führungsschicht bekannt.

Kürzlich meldete der südkoreanische Spionagedienst, der nordkoreanische Verteidigungsminister Hyon Yong-chol sei vor einem ausgesuchten Publikum in Gegenwart seiner Familie mit Flugabwehrkanonen hingerichtet worden. Vorausgegangen war weder ein Beschluss des Politbüros noch überhaupt ein Gerichtsverfahren. Ganz offenbar geschah der Mord auf direkten Befehl Kim Jong-uns. Der 66-jährige Vize-Marschall gehörte seit 2010 dem Zentralkomitee und seit zwei Jahren sogar dem Politbüro an, hatte vergangenen November noch Gespräche über Waffenankäufe mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin geführt und nur zwei Wochen vor seinem Tode auf einer internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau die Bereitschaft der DVRK zu einem Atomkrieg gegen die USA bekräftigt. Völlig unerklärbar und im krassen Gegensatz zu allen anderen Hinrichtungen wird die Exekution in Nordkorea in den Medien bis heute

USA könnten das Regime ohne einen Schuss lahmlegen

völlig verschwiegen. Die Nordkoreaner erfuhren die Wahrheit erst durch Flugblätter aus dem Süden. Einen Nachfolger des Hingerichteten gibt es bisher nicht, denn der designierte Ressortchef Park Yong-sak, bisher stellvertretender Direktor des Allgemeinen Politischen Büros der Armee, kann erst dann eingesetzt werden, wenn sein Amtsvorgänger für abgesetzt oder tot erklärt worden ist. So verfügt die DVRK zwar über eine zahlenmäßig sehr starke Armee, als einziger Staat der Welt aber über keinen Verteidigungsminister.

Zwangsläufig stellt sich die Frage nach den Warum all dieser Hinrichtungen von Mit-Genossen, die zumeist jahrzehntelang der Kim-Diktatur treu ergeben waren und stets die offizielle Parteilinie befolgt hatten. Sollte das Regime so stark und gefestigt sein, wie es gerne den Anschein gibt, dass Kim als Allein-Diktator frei nach seinem Gutdünken und seiner Laune herrschen kann? Dann aber hätte er es nicht nötig, führende Repräsentanten zu vernichten. Oder ist die Ursache in dem völlig verschiedenen und nicht nur nach Lebensjahren so unterschiedlichen Lebensweg zu erblicken, der bei den wesentlich älteren und lebenserfahreneren Generalen und Parteifunktionären Zweifel an seiner angemaßten Gottheit aufkommen lässt? Sollten Hinrichtungen aber wirklich das einzige Mittel für Kim Jong-un sein, sich den erforderlichen Respekt zu verschaffen und jegliche Kritik zu unterbinden? Eine Diktatur, deren Systemträger oder gar Entscheidungsmacher ständige Furcht vor ähnlichen Schicksalen haben müssen, ist letztlich kein gefestigtes Regime. Angst mag in manchen Situationen ein starker Antriebsmotor sein, primär aber erzeugt ein Spitzelsystem mit seinem Misstrauen gegen jedermann Vorsicht und lähmt damit jede größere Bewegung. Massenexekutionen können sogar die Sicherheit des Systems gefährden. Stalins „Säuberungen“ unter seinen erfahrenen Generalen beispielsweise hinterließen Lücken, die Hitler bei seinem Russland-Feldzug sehr zugute kamen.



Tödliches Nickerchen: Der liquidierte Verteidigungsminister Hyon Yong-chol *Bild: Archiv Schlomann*

Der Götzenkult in Nordkorea widerspiegelt sich einmal in den heute über 200 0000 Denkmälern für Kim Jong-un, deren Unterhalt jährlich 40 Millionen US-Dollar kosten dürfte – eine Summe, mit der die gesamte Bevölkerung fast zwei Wochen ernährt werden könnte. Gerade bei relativ jüngeren Menschen besteht die Gefahr, dass sie Gefangene ihrer eigenen Propaganda werden. So wird schon die kleinste Kritik zu einer Art Gotteslästerung: Angeblich war ein entscheidender Vorwurf gegen Hyon Yong-chol, er sei bei einer Rede Kims eingeschlafen – ähnliche, schon recht krankhafte Charakterzüge wies auch Stalin in seinen letzten Lebensjahren auf.

Dass nicht von den Staatsmedien stammende Informationen aus dem hermetisch abgeschotteten Land nach außen dringen, ist zum großen Teil der südkoreanischen Spionage zu verdanken. Spione vom Süden über den 38. Breitengrad nach Nordkorea einzuschleusen, gleicht einem Himmelfahrtskommando. Veröffentlichte Zahlen über solche Aktionen in den ersten 20 Jahren nach Beendigung des Korea-Krieges lassen erkennen, dass nur jeder Zweite nach Erfüllung seines Auftrags wieder lebend nach Südkorea zurückkehrte. Mit dem weiteren Ausbau der nordkoreanischen Geheimpolizei wurde dies inzwischen fast unmöglich.

Vergleichsweise einfacher ist es heute, Nordkoreaner in ihrem Lande oder auch bei nordkoreanischen Botschaften im Ausland „umzudrehen“, das heißt sie für den südkoreanischen Nationalen Nachrichtendienst (NIS) zu gewinnen. Dabei dürfte vieles über China laufen, nicht nur im Grenzgebiet. Während der letzten Jahre hat sich das internationale Ansehen des NIS wesentlich gebessert, zumal seine Analysen im militärischen Bereich – speziell über die Unterseeboote und die Abteilung für Cyber-Krieg – sich stets als zutreffend erwiesen. Auch die jetzige Exekution des Verteidigungsministers wurde sehr schnell in der NIS-Zentrale bekannt. Die Übermittlung scheint durch äußerst schnelle Mini-Funkgeräte zu erfolgen. Ergänzt wird die Lagebeurteilung durch Überläufer und Flüchtlinge. Dass jede Zeitung, jede Radio- und Fernsehsendung im Norden genau ausgewertet wird, ist ein offenes Geheimnis, dass ein Nachrichtenaustausch mit der chinesischen Spionage über die atomare Aufrüstung Nordkoreas existiert, nicht auszuschließen.

Eine sehr enge Zusammenarbeit besteht verständlicherweise zwischen dem NIS und den US-Nachrichtendiensten. Dass die CIA eigene Spione im Norden der Halbinsel besitzt, ist eher unwahrscheinlich. Aber auch die CIA wertet alle verfügbaren Informationen aus, wobei den US-Amerikanern ihre einmalige technische Entwicklung sehr zustatten kommt. Die Informationsgewinnung geschieht auf dem Landwege, durch Schiffe, mithilfe von Drohnen und insbesondere durch Satelliten. Man kann sicher sein, dass wirklich alle Kommunikationsmöglichkeiten im Kim-Reich unter der Kontrolle der USA stehen. Die Behörden Washingtons sind heutzutage rein technisch gesehen in der Lage, das Kim-Regime lahmzulegen, ohne auch nur einen einzigen Schuss abzugeben.

F.W. Schlomann

Koreas Teilung: Situation anders als einst in Deutschland

Die Situation Koreas wird häufig mit der Deutschlands vor 1989 verglichen. Tatsächlich haben beide Länder jedoch bis auf die Tatsache der Teilung nichts gemein.

Seit 1910 japanische Kolonie, wurde Korea 1945 von Japan unabhängig. Zugleich kam es unter den konkurrierenden Besatzungsmächten Sowjetunion und USA zu einer Teilung des Landes. Nachdem Verhandlungen über eine Vereinigung der beiden Besatzungszonen gescheitert waren, übernahm im Süden Rhee Syngman die Regierungsgeschäfte von der US-Militärregierung. Der sowjetisch kontrollierte Norden beantwortete dies mit der Proklamation der „Demokratischen Volksrepublik Korea“, deren erster Präsident Kim Il-sung wurde. Durch den Korea-Krieg von 1950 bis 1953 wurde die Teilung zementiert. Seitdem verläuft die Demarkationslinie zwischen beiden Staaten etwa entlang des 38. Breitengrades. Bis heute kommt es hier regelmäßig zu bewaffneten Grenzkonflikten. Während sich im Süden eine leistungsfähige, demokratische Industrienation nach westlichem Vorbild entwickelte, etablierte sich im Norden ein archaisches kommunistisches Regime, dessen Bevölkerung von der Welt abgeschnitten am Existenzminimum lebt.

Offiziell streben beide Staaten seit jeher die Wiedervereinigung an. Doch anders als seinerzeit in Deutschland ist die Entfremdung zwischen den beiden Koreas mittlerweile so weit fortgeschritten, dass sie in weiter Ferne liegt. Zudem sind auch die Größenverhältnisse ganz andere. Den 50 Millionen in einer offenen und prosperierenden Gesellschaft lebenden Südkoreanern stehen 24 Millionen seit Generationen von einer Diktatur indoktrinierte und in vollkommener Isolation und Armut lebende Nordkoreaner gegenüber. Mit großem Interesse haben die Südkoreaner seinerzeit die Ereignisse in Deutschland verfolgt. Nachdem sie beobachten konnten, dass selbst die Vereinigung von 63 Millionen Bundesbürgern und 16 Millionen Bürgern der im Vergleich zu Nordkorea industrialisierten, geradezu freien und verwestlichten DDR zu einer Jahrhundertaufgabe wurde, sind sie hinsichtlich ihrer eigenen Möglichkeiten oftmals ernüchtert. *J.H.*

Taktische Manöver statt Aufklärung

Die CDU führt keine ausreichende inhaltliche Debatte um die Homo-Ehe und das Kindeswohl

SPD, FDP, Grüne und die Partei „Die Linke“ trommeln mit starker Unterstützung überwiegend linker Medien für die „Ehe für alle“ einschließlich vollem Adoptionsrecht für Homosexuelle. Die Führung des Berliner CDU-Landesverbandes versteckt sich hinter einer Mitgliederbefragung. Sie steht damit exemplarisch für die Standpunktlosigkeit großer Teile der Union, die das Kindeswohl nicht ernsthaft thematisieren.

Heftig gekracht hat es vor einer Woche in der rot-schwarzen Koalition an der Spree. Anlass war die von den links regierten Bundesländern beantragte Abstimmung im Bundesrat über eine Entschließung zur „Ehe für alle“. In der Resolution wurde die Bundesregierung aufgefordert, eine vollständige Gleichbehandlung der Ehe von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren im gesamten Bundesrecht herzustellen. Ausdrücklich heißt es in der Entschließung, dies umfasse auch „die Schaffung eines vollen gemeinschaftlichen Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare“.

Die Sozialdemokraten in Berlin, wo alljährlich am Christopher Street Day auch an öffentlichen Gebäuden die Regenbogenflagge gehisst wird, drängten ihren Koalitionspartner vehement, der Entschließung zuzustimmen.

Der CDU-Landesvorsitzende und Innensenator Frank Henkel pochte jedoch auf den Koalitionsvertrag, wonach sich das Land der Stimme im Bundesrat enthält, wenn man sich bei einem Thema nicht einig ist. Bezeichnenderweise argumentierte er allerdings nicht inhaltlich, sondern verwies nur noch auf eine im Juli geplante Befragung der Berliner CDU-Mitglieder zu diesem Thema.

Wozu die Befragung? Bei anderen Themen, etwa der „Euro-Rettung“ oder ob die Berliner Polizei weiter auch unter Henkels Verantwortung systematisch die Herkunft von Tätern in ihren Pressemeldungen verschweigen soll, werden die CDU-Mitglieder auch nicht befragt. 2008, als Henkel noch in der Opposition war, hatte er das Hissen der Regenbogenflagge, des Symbols der Homosexuellen, am Berliner Polizeipräsidium noch scharf kritisiert. Unter dem Innensenator Henkel und seinem Polizeipräsidenten Klaus Kandt (CDU) wird die Flagge ebenfalls am Polizeipräsidium hochgezogen.

Die Befragung der 12 500 Berliner CDU-Mitglieder zur Homo-Ehe dürfte ein taktisches Manöver sein in der Erwartung, dass die Zustimmung überwiegt. Was genau gefragt wird – ob auch nach dem Adoptionsrecht – ist noch nicht heraus. Den Unterlegenen könnte bedeutet werden, Mehrheit sei eben Mehrheit. Geht sie

> Entstehung von Homosexualität weithin unklar

anders aus, kann sie früher oder später als „Momentaufnahme“ still beiseitegelegt werden. Rechtliche Bedeutung hat sie sowieso nicht, die Thematik betrifft Bundesrecht. Das inhaltliche Schweigen, das Fehlen einer ernsthaften Erörterung wird jetzt als Respekt vor der Basis ausgegeben, während gleichzeitig neben anderen der CDU-Generalsekretär Kai Wegner Winke mit dem Zaunpfahl erteilt. In einem Interview erklärte er: „Wir sind beim Christopher Street Day präsent, wir haben zahlreiche bekennende homosexuelle Mandatsträger. In aktuellen Umfragen sprechen sich 62 Prozent der CDU-Mitglieder für eine Gleichstellung aus.“ Und: „Ich bin ganz optimistisch, dass am Ende unsere Mitglieder einen Beschluss treffen, der zu unserer Partei und zu unserer Stadt passt.“

Während auf der genannten Bundesratssitzung der bayerische Justizminister Winfried Bausback (CSU) klar gegen die „Ehe für alle“ Stellung bezog, schwieg Henkel. Dabei wäre auch aufgrund des Mediendrucks inhaltliche Positionierung, Präzisierung und Aufklärung nötig – besonders was den Anspruch Homosexueller auf ein volles Adoptionsrecht betrifft. Bis heute ist nicht wissenschaftlich ausreichend geklärt, was alles zur Entstehung von Homosexualität beiträgt – etwa auch bei den postnatalen Faktoren. Keineswegs ist ausreichend erforscht, wie es sich etwa auf einen kleinen Jungen auswirken kann, wenn er bei zwei schwulen Männern aufwächst.

Die von der früheren Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in Auftrag gegebene Studie „Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“, die gern von Befürwortern eines vollen Adoptionsrechts für Homosexuelle zitiert wird, hat keine ausreichende Datenbasis. Das hatte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie, Professor Frank Häßler von der Universität Rostock bereits 2011 in einer Stellungnahme vor dem Bundesverfassungsgericht erklärt: „Die Studie lässt gar keine generalisierbaren Aussagen über männliche, gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu, da diese nur 7,3 Prozent ausmachten.“ Aspekte des Kindeswohls seien in der Studie „nicht aussagefähig untersucht worden, schon gar nicht bezüglich männlicher Lebenspartnerschaften“.

Häßler verwies ferner unter anderem auf eine amerikanische Studie, wonach „Kinder, die mit schwulen Vätern zusammen leben, mehr Probleme in Beziehungen, mehr soziale Störungen und mehr emotionale Störungen haben sowie einen häufigeren Substanzmissbrauch aufweisen.“ *Michael Leh*

(siehe auch Seite 4)



Als Oppositionspolitiker hatte Frank Henkel es noch kritisiert, als Bürgermeister sowie Senator für Inneres und Sport trägt er nun dafür Mitverantwortung: Die Regenbogenflagge an Berlins Staatsgebäuden, hier das Rote Rathaus



MELDUNGEN

Ein Konto für jeden Asylanten

Berlin – Per Gesetz will die Bundesregierung dafür sorgen, dass jeder in Deutschland Zugang zu einem Bankkonto hat. Hintergrund ist, wie aus einem von der „Süddeutschen Zeitung“ zitierten Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die Bankenverbände hervorgeht, dass „Flüchtlinge“ oft Schwierigkeiten hätten, ein Konto zu eröffnen. Die Banken sollen für diese selbst dann ein Konto eröffnen müssen, wenn der Antragsteller seine Identität nicht nachweisen kann. *U.M.*

Bürgerschaft grenzt AfD aus

Hamburg – Die Hamburgische Bürgerschaft weigert sich, den AfD-Kandidaten in die Härtefallkommission zu wählen. Auch im vierten Wahlgang erhielt der Hamburger Partei-Vize Dirk Nockemann nur neun von 112 abgegebenen Stimmen. Üblicherweise ist die Wahl in die Kommission, die mit Vertretern aller Fraktionen besetzt ist, eine reine Formsache. In diesem Fall jedoch stellen sich die anderen Fraktionen geschlossen quer. Die Härtefallkommission kann nämlich ausreisepflichtigen Ausländern unabhängig von der Rechtslage zu einem Bleiberecht verhelfen. Der ehemalige Kurzzeit-Innensenator der Schill-Partei gilt in diesem Punkt aber als Hardliner. Gleich nach dem Einzug der AfD in die Bürgerschaft hatten die anderen Fraktionen zu einem Trick gegriffen, um zu verhindern, dass die AfD jede positive Entscheidung des Gremiums blockiert. Mussten die Beschlüsse bis dahin einstimmig gefasst werden, genügt jetzt eine Zweidrittelmehrheit. Und die nächste Gesetzesänderung steht schon im Raum. Denn solange die Kommission nicht vollständig besetzt ist, kann sie ihre Arbeit nicht aufnehmen. Die anderen Fraktionen haben sich deshalb darauf geeinigt, den betreffenden Passus im Gesetz über die Härtefallkommission kurzerhand zu streichen. *J.H.*

Eldorado für Asylbewerber

Deutschland wird im EU-Vergleich immer anziehender

Skeptiker, die wenig Resultate von dem Spitzentreffen zur Asylproblematik vorletzten Donnerstag im Berliner Kanzleramt erwartet hatten, können sich bestätigt sehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, SPD-Chef Sigmar Gabriel und die Regierungschefs aller 16 Länder waren zusammengekommen, um Probleme im Zusammenhang mit der Flut neuer Asylanträge zu klären. Herausgekommen ist der Beschluss, dass der Bund seine Soforthilfe an die Länder und Kommunen auf eine Milliarde Euro verdoppelt. Ab nächstem Jahr soll es dann eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten geben.

Völlig vage sind die Aussagen, wie sich die Flut neuer Asylanträge begrenzen lässt. Durch gemeinsame Anstrengungen müsse klarer unterschieden werden „zwischen denen, die Schutz brauchen, und denen, die keine Bleibeperspektive haben“, so die Erklärung, die an die Öffentlichkeit gegeben wurde. Dass Erläuterungen fehlen, wie diese Anstrengungen aussehen sollen, ist kaum Zufall. Deutschland scheint wie gelähmt, in der Frage des Asylrechts eine rationale Lösung zu finden.

Was nützt es, wenn die Europäische Union etwa mit dem Schengen-System oder der Dublin-II-Vereinbarung zwar wichtige Rahmenbedingungen setzt, gleichzeitig aber versagt, wenn Mitglieder wie Italien oder Griechenland sich nicht an die Vereinbarungen halten. Als Folge droht, dass es nicht bei den 400 000 neuen Asylanträgen bleiben wird, die mittlerweile vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für 2015 prognostiziert werden.

Angesichts der illegalen Zuwanderung eskaliert in Italien zusehends die innenpolitische Lage. Erst vor Kurzem hat etwa der der Lega Nord angehörende Präsident der Region Lombardei, Roberto Maroni, Bürgermeistern angedroht, ihnen Gelder zu streichen, sollten sie Asylbewerber unterbringen. Auch in Österreich lassen die jüngsten Wahlerfolge der FPÖ (siehe Seite 6) eine Verschärfung des Asylrechts wahrscheinlich erscheinen. Tirols Landeshauptmann Günther Platte von der ÖVP hat bereits gefordert, Asylbewerber verstärkt zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen. Leicht absehbar ist, dass der Zustrom in die Bundesrepublik weiter ansteigen wird, wenn Italien und Österreich immer mehr abschrecken.

> Mit Geld vom Bund sollen die Kommunen ruhiggestellt werden

Dies gilt umso mehr, als es sehr unwahrscheinlich ist, dass hierzulande Fehlentwicklungen beim Asylrecht abgestellt werden. So sind nach Daten des BAMF von Januar bis April in Deutschland 114 125 neue Anträge auf Asyl gestellt worden. Gut die Hälfte, nämlich 57461 Anträge, entfiel dabei auf Personen aus Serbien, dem Kosovo, Albanien, Mazedonien und Bosnien. Nach bisherigen Erfahrungen liegt die Anerkennungsquote bei diesen Asylanträgen allerdings bei nahezu null Prozent. Dass es zu beschleunigten Asylverfahren kommt, indem diese Staaten zu sicheren Drittstaaten erklärt werden, ist dennoch unwahrscheinlich. Über den Bundesrat ist eine Verhinderung durch diejenigen Bundesländer zu erwarten, in denen die Grünen an der Regierung beteiligt sind. SPD-regierte Länder fallen wiederum regelmäßig dadurch auf, dass sie zusätzliche Rechte für Asylbewerber einführen oder weitgehend darauf verzichten, abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückzubringen. *Norman Hanert*

Immer mehr Petitionen

Der zuständige Bundestagsausschuss legte seinen Jahresbericht vor

Während die Beteiligung an Bundes- wie Landtagswahlen seit geraumer Zeit sinkt, steigt die Zahl der Eingaben von Bürgern beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. „Mit 15 325 Eingaben in 2014 gegenüber 14 800 im Vorjahr haben wir einen klaren Anstieg zu verzeichnen“, erklärt die Ausschussvorsitzende Kersten Steinke (Die Linke) bei der Vorlage des Jahresberichts.

Jeder Bürger hat das Recht, sich an das Gremium mit einer Eingabe zu wenden, das ist grundgesetzlich verbrieft. Wenn auch die Erfolgsaussichten nicht immer hoch sind, so bekommt doch jeder Bürger auf seine Eingabe eine Antwort. In den meisten Fällen beschränkt sich diese allerdings auf die Mitteilung, dass eine andere Instanz zuständig sei.

Dass die Zahlen ansteigen, hängt damit zusammen, dass immer mehr Menschen das Internet nutzen. Beschwerden oder Anregungen an den Ausschuss können seit einiger Zeit auch Online über ein Formular auf der Netzseite des Bundestags gestellt werden. Mittlerweile beträgt der Anteil der Internet-Petitionen 37 Prozent.

Besonders viele Eingaben kommen aus Mitteldeutschland. In der DDR habe es ein florierendes Eingabewesen gegeben, deshalb seien die Bürger es gewohnt, sich über Dinge zu beschweren, bietet die 1958 im thüringischen Bad Frankenhausen geborene Ausschussvorsitzende als Erklärung an: „Aber natürlich sind auch die Probleme in Ostdeutschland gravierender. Das hat etwas mit der höheren Arbeitslosigkeit zu tun, das hat etwas mit Hartz IV zu tun, das hat etwas mit Rentenungerechtigkeit zu tun.“

An bestehenden Gesetzen kann das Gremium nichts ändern, höchstens die eine oder andere Verbesserung erreichen. So wurde etwa der Lebensgefährtin eines in Afghanistan umgekommenen Bundeswehrsoldaten eine Entschädigung gezahlt, nachdem die Versicherung des Mannes sie wegen eines angeblich fehlerhaften Testaments abgewiesen hatte. Der Ausschuss erreichte gleichfalls, dass im Ausland stationierte Soldaten zukünftig unbegrenzt telefonieren und das Internet nutzen dürfen. Mit 21 Prozent die meisten Anliegen betrafen den Bereich der Bundesarbeitsministerin. Insgesamt waren 55 Prozent Einzelbeschwerden – etwa zur Berechnung der Rente – und 45 Prozent Bitten zur Gesetzgebung, die das Gremium an die Bundestagsfraktionen weiterleitete.

> Kersten Steinke: »Da müssen wir auch schmunzeln«

Ärger bereitet den Ausschussangehörigen, dass es mittlerweile „Profi-Eingeber“ gibt, die nahezu täglich das Online-Portal nutzen. Ein Nutzer brachte es in den vergangenen Jahren gar auf 2500 Eingaben. Da wurde auch schon einmal bemängelt, dass es ein Kleidungsstück nicht in einer bestimmten Größe gab. „Da müssen wir auch schmunzeln“, sagte Steinke, „aber in den allermeisten Fällen haben wir es schon mit ernsten Anliegen zu tun.“ Ein Dauerbrenner sei beispielsweise die Forderung nach der Abschaffung der Sommerzeit, auch die Legalisierung von Cannabis sei immer wieder ein Thema. Aber auch Forderungen nach einem „Verspätungsverbot bei der Bahn“ kämen immer wieder. „Im letzten Fall fehlt uns natürlich jegliche Handhabe. Wir leiten das dann weiter an das zuständige Unternehmen und bitten dieses, mit den Bürgern Kontakt aufzunehmen“, sagte Steinke, die den Ausschuss für ein wichtiges Instrument hält: „Er schafft das Gefühl, dass die Menschen Gehör finden.“

Peter Entinger



Zeitzeugen



Papst Franziskus – Der Argentinier, der mit bürgerlichem Namen Jorge Mario Bergoglio heißt, ist seit 2013 Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. Seitdem sorgt er mit seinen unkonventionellen Auftritten für Aufregung unter seinen Glaubensbrüdern. In puncto Familie aber bekennt er sich zu den traditionellen Werten. Als Basis eines gelingenden Familienlebens sieht er die Ehe zwischen Mann und Frau.

Margot Käßmann – Die evangelisch-lutherische Theologin will das Okay zur Homoehe sogar in der Bibel entdeckt haben. Wenn dort Homosexualität als „schändliche Leidenschaft“ bezeichnet werde, seien damit nicht Paare gemeint, „die einander ein Jawort geben, zueinander stehen wollen in guten und in schweren Zeiten“, so die Logik der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden.



Jens Spahn – Das CDU-Präsidiumsmitglied hat sich als bekanntester Befürworter der Homo-Ehe in seiner Partei profiliert. Geschickt hat er die Frage mit konservativen Werten verknüpft: „Die Schwulen und Lesben möchten genau das, was uns als CDU wichtig ist – Verlässlichkeit und Verbindlichkeit", erklärte er. Sie verkörperten mit ihrem Wunsch nach Eheschließung ein modernes Bürgertum. Spahn bekannte sich 2012 in der „Süddeutschen Zeitung“ öffentlich zu seiner Homosexualität.

Norbert Blühm – Der altgediente CDU-Politiker gilt als besonders scharfer Kritiker der aktuellen Familienpolitik: „Wahr ist, dass meine Partei Ehe und Familie dem Zeitgeist ausgeliefert hat. Auch ihr geht es nur noch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bei näherem Hinsehen handelt es sich um die Unterordnung der Familie unter die Belange der Wirtschaft.“



Annegret Kramp-Karrenbauer – Eigentlich zählt die saarländische Ministerpräsidentin, die mit einem Bergbauingenieur verheiratet ist und drei Kinder hat, zu den eher liberalen Vertretern ihrer Partei, der CDU. Ihre scharfe Kritik an der Homo-Ehe aber ist eindeutig: Für sie sei die Ehe eine klar definierte Gemeinschaft zwischen Mann und Frau. Das Ergebnis ihrer offenen Worte: Eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung durch eine Berliner Anwältin.

Ein Fall für die Fürsorge

Vater, Mutter, Kinder – die klassiche Familie leidet unter Auflösungserscheinungen

Der Streit um die Homo-Ehe bewegt derzeit Medien und Politiker. Dabei wäre eine Diskussion über die klassische Familie und ihr zunehmendes Dahinschwinden viel wichtiger.

Deutschlands Familien? Irgendwie scheinen sie allesamt ein dringender Fall für die Fürsorge. Ungeliebt, vernachlässigt und missachtet stehen sie da. Kein Wunder, dass es immer weniger gibt. Derzeit leben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt nur noch 49 Prozent aller Menschen in einer klassischen Familie. 1996 waren es 58 Prozent. Ihr Zusammenhalt wird immer brüchiger. Jede dritte Ehe wird geschieden. Das „lebenslange“ Eheversprechen währt durchschnittlich 14,7 Jahre. Nachwuchs scheint dabei immer seltener vorgesehen. Die aktuelle Geburtenrate liegt bei 1,41 Kindern je Frau. Zum Vergleich: In England sind es 1,9, in Frankreich 2,01. Kinder und Familie gehören ohnehin längst nicht mehr zwingend zusammen. Der Anteil alleinerziehenden Mütter und Väter beträgt 20 Prozent. 1996 lag er noch bei 14 Prozent.

Selbst der Begriff „Familie“ leidet unter massiven Auflösungstendenzen. Im kunterbunten Alles-ist-möglich-Gewusel der deutschen Gegenwartsgesellschaft wird die Bezeichnung immer freigiebiger vergeben. „Familie ist, wenn alle aus einem Kühlschrank essen“, behauptete Ursula Schmidt als SPD-Gesundheitsministerin (2001–2009). Die biologische Mutterschaft beziehungsweise Vaterschaft eines Kindes scheint nur noch von Wert bei der Frage nach dem Unterhalt. Wenn es ums Geld geht, ist der Vaterschaftstest immer noch die härteste Währung. Ansonsten gilt: Wer irgendwie mit irgendwem irgendetwas hat, darf das F-Wort für sich in Anspruch nehmen. Die Folge: Wenn alles Familie sein soll, ist in Wirklichkeit nichts Familie. Dann gehört auch der Teilzeit-Liebhaber der Mutter, und der One-Night-Stand des Vaters dazu. Irgendwie haben sich doch alle lieb – oder nicht?

> Die wichtigste Ordnungszelle der Gesellschaft

Im Manuela Schwesigs Familienministerium scheint man das ganz genau so zu sehen. Lakonisch heißt es dort: „In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur in Deutschland weiter stark verändern: Die Menschen in Deutschland werden älter, die geborenen Kinder werden mit jeder Generation weniger und die Gesellschaft wird vielfältiger. Diese Veränderungen sind grundlegend und dauerhaft.“

So klingt ein Nachruf, und auch wenn das Wort Familie nicht fällt, ist sie hauptsächlich betroffen, wenn von grundlegenden angeblich dauerhaften Veränderungen die Rede ist. Was da allerdings verlustig geht, gilt vielen als kleinste aber wichtigste Ordnungszelle der Gesellschaft, eine seit Jahrtausenden unübertroffene Institution. Papst Franziskus hat sie jüngst „als Motor der Welt und der Geschichte“ bezeichnet. In der Familie entwickle der Mensch seine Persönlichkeit, lerne zu lieben und zu kommunizieren sowie den Respekt vor der Würde des Mitmenschen. Der CDU-Politiker Norbert Blüm, einer der schärfsten Kritiker heutiger Familienpolitik, nennt sie „die vielleicht letzte antikapitalistische Gemeinschaft, in der nicht ‚mein‘ und ‚dein‘ gilt, sondern ‚wir‘“.

Alles nur salbungsvolle Worte für eine Institution, die nur noch Ewiggestrigen etwas bedeutet? Der Journalist Matthias Matussek hat sich die Mühe gemacht, einmal zusammenzutragen, was es für Jugendliche bedeutet beispielsweise ohne Vater aufzuwachsen. Sein Ergebnis: Sie sind fünfmal mehr gefährdet, Selbstmord zu begehen. Ihr Risiko, drogensüchtig zu werden, ist zehnmal höher, und die Chance, im Gefängnis zu landen, übertrifft die von Jugendlichen aus intakten Familien um das 20-fache.

Frank Horns



Geborgenheit, Glück, Stabilität: Familie ist sehr viel mehr als die „gemeinsame Nutzung des Kühlschranks“ Bild: action press

Leihmütter: Ein Kind für 150 000 Dollar

Mutter eines Kindes ist die Frau, die es geboren hat“, heißt es seit 1997 im neu eingeführten Paragrafen 1591 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). In Deutschland ist jede Form der Leihmutterschaft illegal und gesetzlich verboten. Wird die Homo-Ehe erlaubt, könnte allerdings in einem nächsten Schritt auch der Paragraf 1591 zur Debatte stehen. Denn die Ehe bedeutet für ihre Beteiligten auch das volle Adoptionsrecht. Vor allem für homosexuelle Männer ließe sich der Wunsch nach eigenen Kindern naturgemäß nur über eine Leihmutter verwirklichen.

In anderen weniger strikten Ländern wird diese Form des „Kinderkriegens“ längst ganz offen praktiziert. Die USA gelten als Vorreiter. Aber auch in England ist manches möglich: In London gibt es mit der Surrogacy Conference sogar eine Art „Leihmütter-Messe“ (www.familiesthrusurrogacy.-com/uk). Neben Juristen, Reproduktionsmedizinern und anderen Experten stellen sich dort vor allem Agenturen vor, die weltweit die sogenannten Surrogatmütter vermitteln. 150 000 Dollar kostet es beispielsweise, eine indische Frau für eine Schwangerschaft anzuwerben „inklusive dreier Zyklen künstlicher Befruchtung“.

> In London gibt es sogar eine Messe

Ein dänische Studie vom Zentrum für Sozialmedizin in Arhus über die Lebensbedingungen der Leihmütter lieferte allerdings erschreckende Ergebnisse: Nur wenig Geld kam bei den Frauen selbst an. Gesundheitsrisiken wurden bewusst in Kauf genommen. Keine einzige der befragten Leihmütter konnte sagen, wie viele Embryonen ihr eingepflanzt worden waren. Keine wusste, was es bedeutet, wenn überzählige Embryonen in ihrem Bauch getötet wurden. *FH*

Das Nein zum Ja-Wort

Worum es beim Streit um die Homo-Ehe wirklich geht

Schluss mit der fiesen Diskriminierung von Homosexuellen. Schluss damit, dass sich nur Lesben und Schwule tief in die Augen blicken dürfen, um dann ein zärtliches „Ja, ich will“ zu hauchen? Wer außer den Ewiggestrigen könnte sich dagegen sträuben?

So in etwa lautet derzeit die vorherrschende Meinung. Wenn das erzkatholische Irland die Homo-Ehe erlaubt, darf das weltoffene Deutschland nicht zurückstehen. SPD, Grüne, „Linke“ und FDP sind längst dafür. In CDU und CSU scheint der Widerstand immer mehr zu bröckeln (siehe auch Seite 3).

Wer genauer hinschaut, fragt sich allerdings schnell, wogegen und wofür hier eigentlich gestritten wird. Zwar haben gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland kein Recht auf Eheschließung. Sie können aber seit 2001 eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Wie Eheleute können sich Mann und Mann oder Frau und Frau rechtskräftig verloben. Funktioniert die staatlich beglaubigte Zweisamkeit nicht, trennt sich das Paar nach denselben Regeln wie in einer Ehe: Die Scheidung wird eingereicht. Auch ansonsten gibt es kaum Unterschiede: Eingetragene Lebenspartner sind Eheleuten im Einkommensteuergesetz gleichgestellt und können sich wie diese gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagen lassen, also den Splittingeffekt nutzen. Pensionsansprüche und Unterhaltszahlungen gelten für Verpartnerte genauso wie für Ehefrau und Ehemann. Nur eines bleibt dem Ehepaar vorbehalten: das volle Adoptionsrecht. Zwar können Partner das leibliche Kind des Lebensgefährten adoptieren, Die gemeinsame Adoption eines fremden Kindes aber ist nicht erlaubt.

> Nur fremde Kinder zu adoptieren ist noch nicht erlaubt

Bleibt die Frage, wie viele homosexuelle Menschen sich an dieser Einschränkung stören. Laut statistischem Bundesamt leben in Deutschland rund 78 000 gleichgeschlechtliche Paare in einer festen Partnerschaft zusammen. Zu 54 Prozent sind es Männer, zu 46 Prozent Frauen. Knapp die Hälfte aller gleichgeschlechtlichen Paare hat sich für eine eingetragene Lebenspartnerschaft entschieden. Aus diesem Kreis würde sich dann wohl die Gruppe ergeben, die sich in einer Ehe binden möchten. Zum Vergleich: „Normale“ Ehen zählt das statistische Bundesamt 5 639 000. Hinzu kommen noch einmal über 700 000 Lebensgemeinschaften zwischen Mann und Frau.

So bleibt am Ende die Symbolik, die dem Nein zum gleichgeschlechtlichen Ehe-Ja-Wort ihre Brisanz gibt. Die saarländische CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sie auf den Punkt gebracht: Es gebe in Deutschland bisher eine klare Definition der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau. „Wenn wir diese Definition öffnen in eine auf Dauer angelegte Verantwortungspartnerschaft zweier erwachsener Menschen, sind andere Forderungen nicht auszuschließen: etwa eine Heirat unter engen Verwandten oder von mehr als zwei Menschen“, meinte sie. Der Begriff der Familie wäre damit vollends entwertet. *FH*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Angst vor Preußen?

Im Berliner Schloss soll die preußisch-deutsche Geschichte und Kultur keine Rolle spielen



„Dialog der Weltkulturen“: Exponate wie diese Bücher über traditionelle chinesische Medizin, die derzeit in der Schaubox neben der Schlossbaustelle ausgestellt sind, sollen später das Humboldtforum füllen

Bild: Getty

Offenbar kann die öffentliche Hand in Deutschland doch Großbauten stemmen. Zwei Jahre nach Baubeginn konnte bei der Rekonstruktion des Berliner Schlosses pünktlich Richtfest gefeiert werden (die *PAZ* berichtete). Während das Wiederaufbauprojekt sowohl im Zeit- als auch im Kostenrahmen liegt, droht die eigentliche Herausforderung erst nach der Eröffnung bevorzustehen.

Zunächst einmal sind allerdings die Chancen gut, dass ein Herzenswunsch von Manfred Rettig, dem Chef der Schloss-Stiftung, in Erfüllung geht. Rettig möchte, dass am 14. September 2019, pünktlich zum 250. Geburtstag Alexander von Humboldts, in Berlins Schloss die Einweihungsfeier stattfinden kann. Bislang liegt nicht nur alles im Zeitplan, es wurde sogar preiswerter gebaut als eigentlich veranschlagt.

„Wir sind in der komfortablen Situation, dass wir die Rohbaumaßnahme mit einer schwarzen Zahl abschließen. Wir haben bisher keine unvorhergesehenen Kostensteigerungen und gehen mit einem Kostenpuffer in die weitere Ausführung“, so Rettig, der bereits erfolgreich den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin abgewickelt hat.

Für eine positive Überraschung hat auch Wilhelm von Boddien gesorgt, der mit seinem Engagement überhaupt erst den Anstoß für den Wiederaufbau gegeben hat. Von Boddiens Förderverein „Berliner Schloss e.V.“ hatte ursprünglich zugesagt, 80 Millionen Euro an Spendengeldern einwerben zu wollen. Dienen soll das Geld dazu, die historische Fassade des Gebäudes originalgetreu rekonstruieren zu können. Beflügelt vom Erfolg seiner Sammelaktion hat Spendensammler Boddien die Messlatte im Februar noch höher gelegt: Insgesamt sollen nun 105 Millionen Euro gesammelt werden, mit denen auch noch die Schloss-Kuppel und die Rekonstruktion des Schlüterhofs bezahlt werden können.

Auch wenn Anfang Juni erst grob gerechnet die Hälfte der angestrebten 105 Millionen Spendengelder zusammen gekommen war, erscheinen die Aussichten auf weitere Unterstützung aus dem Volk günstig: So hat inzwischen ein anonymer Spender das Geld für den Kuppelschmuck überwiesen. Ein anderer Mäzen ließ sich das ursprünglich in den Rekonstruktionsplänen gar nicht vorgesehene Eckrondell am ehemaligen Schlafzimmer der Kaiserin 2,5 Millionen Euro kosten.

Vor dem Hintergrund solcher Fortschritte war es Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD), der bereits im März mit Änderungswünschen überraschte. Für die 4000 Quadratmeter Ausstellungsfläche, die dem Land Berlin im Humboldtforum zur Verfügung stehen, war ursprünglich eine Präsentation mit dem Titel „Welt der Sprachen“ vorgesehen. Er fände es besser, die Geschichte Berlins im Neubau des Schlosses darzustellen, so Müller. Fast zwei Jahre nach Baubeginn wurde der Vorstoß in der Öffentlichkeit überwiegend mit Irritation aufgenommen. Doch tatsächlich erscheint eine inhaltliche Diskussion zum geplanten Humboldtforum im Schloss längst überfällig. Was für Deutschlands derzeit wichtigstes Kulturprojekt bisher an Ausstellungskonzepten vorgelegt wurde, kann bei näherem Hinsehen nämlich kaum überzeugen.

> Konzept erscheint als Zugeständnis an heutigen Zeitgeist

So ist geplant, im Humboldtforum künftig die außereuropäischen Sammlungen der Berliner Museen zu zeigen, die bislang in Dahlem beheimatet sind. Die Rede ist dabei von 24 000 Objekten, die vom indianischen Schmuck bis zu afrikanischen Masken reichen. Entstehen soll damit quasi ein „Museum der Welt“. Schon länger bemängeln Kritiker, dass der zur Verfügung stehende Platz im neuen Humboldtforum nicht ausreichen wird, um die außereuropäischen Sammlungen auch angemessen präsentieren zu können. Befürchtet wird bereits eine Zerstückelung der umfangreichen Sammlungen infolge des Platzmangels.

Noch mehr Fragen wirft aber die grundsätzliche Ausrichtung des Forums auf: Im Herzen Berlins soll eine Art von Kulturzentrum entstehen, das sich an einem „Dialog der Weltkulturen“ versucht. Der Offenheit gegenüber fernen und fernsten Kulturen steht ein erstaunliches Manko gegenüber: Ausgerechnet dort, wo einst Generationen preußischer Könige residierten, soll nach der bisherigen Ausstellungskonzeption von der eigenen Geschichte und der Historie des Ortes eher wenig die Rede sein. Als Resultat droht, dass in dem rekonstruierten Berliner Schloss das Thema Preußen bestenfalls noch als Randnotiz und die Person Alexander von Humboldts nur noch als bloßer Stichwortgeber einer „Weltkultur“ vorkommen werden.

Zu verstehen ist die bisherige Konzeption für das Humboldtforum eigentlich nur als Zugeständnis gegenüber Kritikern, denen der Wiederaufbau des Hohenzollernschlosses in Berlins Mitte schon immer ein Dorn im Auge war. Abzuwarten bleibt, ob die außereuropäischen Sammlungen tatsächlich die Anziehungskraft für Touristen und Berliner entwickeln werden, die dem zentralen Ort eigentlich angemessen ist. *Norman Hanert*

Grüne Streit-Stifter

Von Theo Maass

Kennen Sie Amitz Dulnikker? Jenen „Staatsmann“, den Ephraim Kishon in seinem Roman „Der Fuchs im Hühnerstall“ erfand? Es ist ein nerviger Aktivist der israelischen Arbeiterpartei, der nach einem Herzinfarkt in ein abgelegenes Dorf namens Kimmelquell zur Erholung verbannt wird. Ein Dorf, in dem alle Bürger friedlich miteinander leben. Dulnikker schafft es in Gedankenschnelle, dort Streit und Zank zu schaffen, drei politische Parteien zu gründen und die Dorfgemeinschaft an den Rand eines Bürgerkrieges zu führen. Ein schönes Beispiel für das nutzlose Handeln vieler Politiker – nicht nur in Israel, sondern auch hierzulande.

Steglitz-Zehlendorf ist ein bevorzugtes Wohnquartier in Berlin. Gewalttätigkeiten und tätliche Auseinandersetzung sind hier eher selten. Das scheint sich gerade zu ändern. Der Grund hierfür ist in einer Anordnung der Grünen-Stadträtin Christa Markl-Vieto zu suchen. Sie hat die Nutzung der Grünanlagen an den beiden beliebten Ausflugsseen Schlachtensee und Krumme Lanke für Hundebesitzer eingeschränkt.

An beiden Seen gilt nun ein generelles Hundeverbot. Markl-Vietos Autorität gilt aber nicht mehr für die etwas oberhalb der Seen gelegenen Rundwege, die zu den Berliner Forsten gehören und als Hundeauslaufgebiet ausgewiesen sind. Zudem wurde die unübersichtliche Situation dadurch noch verschlimmert, dass die Verbotsschilder nicht rechtzeitig aufgestellt werden konnten. Die Stadträtin: „Offensichtlich passt die Halterung nicht zu den Schildern.“

Selbsternannte Aufseher haben seit dem Wirksamwerden der Markl-Vietoschen Verordnung zur Selbstjustiz gegriffen, Hundehalter wurden beschimpft und sogar angegriffen, die auf dem oberen Spazierweg mit ihren Vierbeinern unterwegs waren. Ein zwölfjähriger Junge ging mit seinem Hund auf dem oberen – erlaubten – Hundeweg spazieren und wurde von einem Ehepaar erst angeschrien und dann getreten. Andere machen illegale Fotos von unbescholtenen Bürgern, um diese bei der Polizei anzuzeigen. Eine Pro-Hund-Initiative "Berliner Schnauze" hat sich derweil formiert und schon eine Demonstration durchgeführt.

Norbert Buchta, SPD-Fraktionschef in Steglitz-Zehlendorf, fürchtet „ernsthafte körperliche Auseinandersetzungen am See“, die Stimmung werde "immer aggressiver", Markl-Vieto wolle "offenbar ganz bewusst böses Blut unter den Bürgern erzeugen". Da mag er recht haben, doch etwas seltsam ist es schon, das die SPD sich nun als Partei der Hundefreunde im Bezirk etablieren will. Es war 2009, als der damalige SPD-Kreischef von Steglitz-Zehlendorf einen DNA-Test für alle Vierbeiner forderte, um Hundehäufchen in Parkanlagen besser zuordnen zu können. Mit diesem Projekt könnte Berlin deutschlandweit „Vorreiter“ werden.

Senat will Mauermuseum

Gedenkort am Checkpoint Charlie geplant – Ausrichtung offen

Berlins Senat übernimmt die Planung für einen Gedenkort am einstigen Grenzübergang Checkpoint Charlie, um seit Langem bestehende politische Überlegungen für ein Museum des Kalten Krieges zu beschleunigen. Die Politik hat das Planungsrecht an sich gezogen, doch sie hat noch keinen Plan.

Mit dem Bebauungsplan will die rot-schwarze Berliner Landesregierung ihre Idee für einen Gedenkort festschreiben. Das teilte Senator Andreas Geisel (SPD) jetzt im Stadtentwicklungsausschuss des Abgeordnetenhauses mit. Der bisher privat geführte Gedenkbetrieb rund um den früheren Kontrollpunkt im Zentrum der Hauptstadt soll künftig Randgeschehen einer öffentlichen Erinnerungsstätte werden.

Ein Konzept für ein solches Museum hat die Landesregierung nicht. Die beiden noch unbebauten Grundstücke an der Friedrichstraße/Ecke Zimmerstraße am einstigen Grenzübergang der Alliierten sind vom Senat zum Gebiet außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung erklärt worden. Das entzieht dem Bezirk Mitte das Planungsrecht.

„Damit unterstreicht Berlin die welthistorische Bedeutung des Ortes“, so ein Sprecher des Senators. Platz für ein Museum soll auf jeden Fall vorab geschaffen werden, neue Grundstückseigner sollen sich den noch unbestimmten Museumsplänen verpflichten. Die neue, für Berlins Stadtplanung laut Experten ungewöhnlich vorausschauende Vorgehensweise des Senats steht im Gegensatz zur jetzigen Atmosphäre am Checkpoint. Uniformierte Darsteller posieren für Touristenfotos in einer bunten, wie wild wuchernden Andenkenkultur.

> Konkurrenz für das 50 Jahr alte Privatmuseum?

Das Eingreifen des Senats bleibt in seiner politischen Ausrichtung unklar. Das Gedenken an die Toten der Berliner Mauer und das DDR-Unrecht hatte das politische Berlin lange vernachlässigt. Das privat geführte Mauermuseum, das „Haus am Checkpoint Charlie“ in der Bernauer Straße, widmet sich diesem Thema seit über 50 Jahren, thematisiert Flucht und Fluchthelfer, aber auch den heutigen Kampf für die Menschenrechte weltweit. Der Senat stellt nun durch seine unbestimmten Pläne die Zukunft des alteingesessenen Museums in Frage. Dessen Besucherzahlen lassen selbst größere Berliner Museen hinter sich. Berlins Politik unterstützt das Mauermuseum nicht. Das ist dafür frei in der politischen Ausrichtung, und genau das scheint dem Senat nun ein konkurrierendes Museum wert. *SG*

Giffey blamiert

Kopftuchträgerin führt SPD-Politikerin vor

Neuköllns Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey, Nachfolgerin des legendären Heinz Buschkowsky (beide SPD), ist wütend: „Frau Ulusoy hat als Landesbedienstete und Juristin unter Vortäuschung falscher Tatsachen eine Debatte losgetreten, die jeglicher Grundlage entbehrt und das Bezirksamt Neukölln öffentlich in Verruf bringt.“

Betül Ulusoy provoziert gern. Schon in der Grundschule kam sie mit Kopftuch zum Unterricht. Die angehende Juristin engagiert sich gegen „antiislamischen Rassismus“. Moslems, so Ulusoy, würden in Deutschland diskriminiert. Das seit 2005 geltende Berliner Neutralitätsgesetz verpflichtet Landesbedienstete, keine religiösen oder weltanschaulichen Symbole nach außen sichtbar zu tragen.

Unter lautstarker öffentlicher Anteilnahme hatte sich Ulusoy im Bezirksamt Neukölln als Referendarin beworben. Nachdem der Leiter des Rechtsamtes die Bewerbung ablehnen wollte, trat unter Vorsitz von Giffey das Bezirksamt zusammen und entschied sich, sie doch einzustellen.

> »Kampfansage an unsere Gesellschaft«

Triumphierend erklärte die Kopftuchträgerin darauf: „Das Bezirksamt Neukölln hat entschieden, dass ich auch mit Kopftuch im Rechtsamt arbeiten darf.“ Nun teilte sie mit, die Stelle gar nicht antreten zu wollen, da sie bei einer Senatsverwaltung bereits untergekommen sei. Giffey ist blamiert. Aber selbst die andere Stelle scheint sie – so eine letzte Meldung – nicht antreten zu wollen.

Der örtliche CDU-Kreisvorsitzende, Falko Liecke, zeigt sich entrüstet: „Das Verhalten von Frau Ulusoy ist eine Kampfansage gegen unsere Gesellschaft.“ *H.L.*

Streit an der AfD-Basis

Der Kreisverband Märkisch-Oderland der AfD steht vor einer Zerreißprobe. Nach den Kreiswahlen zogen drei der 60 Mitglieder in den Kreistag ein, Winfried Dreger, Detlev Frye, und Ralf Rainer Schulz. Nach den Wahlen trat indes auch der Kreistagsabgeordnete Falk Jahnke, früher Mitglied der Schillpartei, der AfD bei. Dies hat offenbar zu schweren Differenzen geführt. Dreger, bisher Fraktionsvorsitzender, hat die Partei verlassen. Er hat es damit sogar in die Schlagzeilen der überregionalen Presse geschafft. Ein von Jahnkes Kritikern angestrengtes Ordnungsverfahren gegen den Ex-Schillianer wurde vom Landesschiedsgericht abgewiesen. Dreger warf der Landesparteispitze mangelnde innerparteiliche Demokratie und sogar Nötigung vor. Die örtliche SPD-Vorsitzende Sybille Bock hofft darauf, dass sich die AfD-Krise weiter zuspitzt: "Es sind ja nur Indizien, dass dort Machtkämpfe zwischen Rechten und noch Rechteren stattfinden.“ *H.L.*

MELDUNGEN

Schlepper für Umkehr bezahlt

Canberra – Die australische Marine soll fünf Menschenschleppern jeweils umgerechnet 4400 Euro gezahlt haben, damit sie mit ihren Booten umkehren. Das berichtet das UN-Flüchtlingswerk UNHCR unter Berufung auf Zeugenaussagen. Demnach haben australische Schiffe die Boote mit den illegalen Zuwanderern auf ihrem Weg von Indonesien nach Neuseeland abgefangen und die Menschenschlepper dafür bezahlt, ihre menschliche Fracht an den Ausgangspunkt der Reise zurückzubringen. Premierminister Tony Abbott reagiert auf Kritik der indonesischen Regierung gelassen: „Wir werden tun, was immer notwendig ist, um diesen bösen Handel zu stoppen.“ *J.H.*

Eklat wegen Falklandinseln

Brüssel – Der Streit zwischen Großbritannien und Argentinien wegen der Falklandinseln ist wieder aufgeflammt. Bei dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Brüssel bekräftigte der argentinische Außenminister Héctor Timerman den Anspruch seines Landes auf die Inseln. Der britische Premierminister David Cameron bezeichnete Timermans Äußerungen als „bedrohlich“ und verteidigte das Recht der Falkländer auf Selbstbestimmung. Diplomaten zufolge kam es daraufhin zu einem „Zwischenfall“, über den jedoch keine näheren Angaben gemacht wurden. Die etwa 3000 Bewohner der Inseln hatten sich vor einigen Jahren in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit für einen Verbleib bei Großbritannien ausgesprochen. Nachdem vor den Inseln große Ölvorkommen entdeckt wurden, haben die Spannungen zwischen den beiden Ländern zugenommen. London spricht von einer „sehr konkreten Bedrohung“ durch Argentinien und hat angekündigt, seine Militärpräsenz auf den Inseln zu verstärken. *J.H.*

»Der absolute Albtraum«

Die SPÖ geht im österreichischen Burgenland mit den Freiheitlichen eine Koalition ein

Die Freiheitliche Partei Österreichs ist zurück auf der politischen Bühne. Nach einem jahrelangen Schattendasein auf den Oppositionsbänken der Parlamente ist die FPÖ im Burgenland eine Koalition mit der SPÖ eingegangen. Die deutschen Genossen reagierten empört.

„Bei allem Verständnis für schwierige Regierungsfindungen: Es ist schlicht und einfach ein fataler Irrweg, dass die Sozialdemokraten im österreichischen Burgenland mit der FPÖ ein Bündnis eingehen wollen“, sagte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“. Bei den Landtagswahlen vom 31. Mai in der Steiermark und im Burgenland hatten die Freiheitlichen spektakuläre Zuwächse erzielt und waren auf 27 beziehungsweise 15 Prozent gekommen. Speziell in der Steiermark hatte die FPÖ einen harten Kurs gefahren und mit Aussagen wie „Fremd im eigenen Land“ und „Neue Wohnungen statt neue Moscheen“ um Stimmen geworben.

Dass es im Burgenland nun überraschend zur Machtbeteiligung kommt, liegt auch daran, dass die Freiheitlichen dort eher moderat aufgetreten sind. Zudem stimmte die Chemie zwischen Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) und dem FPÖ-Spitzenkandidaten Johann Tschürtz. Es sei „auch aus demokratiepolitischen Gründen nachvollziehbar“, dass mit der SPD die stärkste Partei den Ministerpräsidenten stelle und mit der FPÖ die Partei mit den meisten Stimmengewinnen in einer Koalition vertreten seien, sagte Niessl. In seiner eigenen Partei ist die Vorgehensweise höchst umstritten. Kritiker des rot-blauen Bündnisses erwarten nun eine weitere Stärkung der Partei von Heinz-Christian Strache. Dabei schien die FPÖ auf Dauer einen Stammplatz auf den harten Oppositionsbänken zu haben.

Um die Jahrtausendwende hatte die mit der Union in der Bundesrepublik vergleichbare Österreichische Volkspartei (ÖVP) von Wolfgang Schüssel den Versuch gemacht, mit der damals von Jörg Haider geführten FPÖ eine Koalition auf Bundesebene einzugehen – Proteste aus dem Ausland waren die Folge. Doch aus der vermeintlichen Traumhochzeit wurde eine Horrorehe. Die FPÖ, gefangen zwischen fundamentalistischen Anliegen ihrer Anhänger und realpolitischen Ansprüchen, zerlegte sich. Haider stieg schließlich aus, gründete das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das sieben Jahre nach dem Unfalltod des früheren Kärntner Landeshauptmanns keine Rolle mehr spielt.

Die FPÖ hat sich unter Haiders Nachfolger Strache Stück für Stück wieder nach oben gearbeitet, wobei der eloquente Wiener die Partei ein Stück weiter nach rechts geführt hat. Auch aus diesem Grund sind die Freiheitlichen in

Scharfe Kritik von den Genossen aus der Bundesrepublik

den vergangenen Jahren bei Koalitionsverhandlungen auf Bundes- oder Landesebene stets ignoriert worden.

Dass nun ausgerechnet die Sozialdemokraten einen ersten Versuch wagen, ist kein Zufall. Die Strache-FPÖ ist in den vergangenen Jahren vermehrt als „Partei der kleinen Leuten“ aufgetreten und hat sich in sozialpolitischen Fragen eher links positioniert. Die Parteispitze der Sozialdemokraten reagierte allerdings mit Unbehagen auf das Bündnis vom Burgenland, hatten doch ein Parteitagsbeschluss sowie vielfache Äußerungen des SPÖ-Chefs und Bundeskanzlers Werner Faymann ein solches Zusammengehen zumindest auf Bundesebene bisher ausgeschlossen.

Eineinhalb Jahre nach den Wahlen zum Nationalrat und der abermaligen Bestätigung der rotschwarzen Koalition wird nun bereits diskutiert, ob eine Koalition mit der FPÖ auch ein Modell für Österreich sein könnte.

Als Testlauf gilt dabei die Landtagswahl in Wien vom 11. Oktober, wo die Freiheitlichen traditionell stark sind und diesmal ein Ergebnis von 30 plus X als Ziel ausgegeben haben. „Man kann uns nicht mehr aufhalten und schon gar nicht stoppen“, so der FBÖ-Chef. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl gilt als entschiedener Gegner einer rot-blauen Koalition und erklärte die Freiheitlichen flugs zum Hauptgegner im anstehenden Wahlkampf. „Das ist ganz einfach: In Wien wird sich nichts, rein gar nichts an der Gegnerschaft zur FPÖ ändern“, erklärte Häupl gegenüber der „Neuen Kronenzeitung“ und äußerte sich verärgert über das Ausscheren der burgenländischen Kollegen. „Natürlich macht uns in Wien das burgenländische Rot-Blau das Leben nicht leichter. Niessl machte einen massiven Fehler.“ Der FPÖ spielt der Ärger bei den Sozialdemokraten in die Karten. Unverhohlen lockt Generalsekretär Herbert Kickl mit dem Angebot, einen alternativen SPÖ-Kandidaten zum Wiener Regierungschef zu wählen. „Es liegt was in der Luft“, sage Kickl gegenüber dem „Kurier“: „Das ist ein durchaus sehr interessanter und reizvoller Gedanke, auch bezüglich Personalablösungen in der SPÖ.“

Auch auf der Bundesebene läuft es für die SPÖ nicht gut. 18 Monate nach seiner Wiederwahl ist Regierungschef Werner Faymann höchst unbeliebt, liegt bei der „Kanzlerfrage“ hinter dem ÖVP-Vorsitzenden Reinhold Mitterlehner und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache nur auf Platz drei. Der versicherte seinen Anhängern bereits, „dass eine neue Ära am Anbrechen“ sei: „Die Zeit der Ausgrenzung ist vorbei.“

Die Genossen in der Bundesrepublik vernahmen es mit Schrecken. „Eine Koalition mit Rechtspopulisten ist der absolute Albtraum“, sagte SPD-Vize Ralf Stegner. *Peter Entinger*



Zwischen ihnen stimmt die Chemie: Die Koalitionäre Johann Tschürtz und Hans Niessl (v.l.) Bild: pa

NSA spaltet Republikaner

Den einen ist ein starker Staat, den anderen die Freiheit wichtiger

Ein Bollwerk der Republikanischen Partei in jedem US-Wahlkampf ist die nationale Sicherheit gewesen. Gerne erweckten die Kandidaten der Grand Old Party, der GOP, den Eindruck, als wären nur sie berufen, das Volk vor Terroristen und deren heimtückischen Aktionen zu schützen. Das galt ganz besonders für die Strategie, das Weiße Haus zurückzuerobern, wenn Präsident Barack Obamas Amtszeit 2016 abläuft. „Wie ein Mann“ wollten sie vereint die Demokraten und ihren Präsidenten anklagen, „nicht genug zu tun“, um verwerfliche Fanatiker wie den Islamischen Staat (IS) im Ansatz zu stoppen.

Doch dann kam Edward Snowden und enthüllte das Überwachungssystem der NSA als Realität gewordenes und vermeintlich futuristisches Schreckens-Szenario aus George Orwells „1984“. Das Sicherheitsbedürfnis der Wähler, auf das die Strategen ihre Hoffnung gesetzt hatten, war plötzlich konfrontiert mit der unter den US-Amerikanern stark ausgeprägten Abneigung gegen Einmischungen seitens der Regierung in ihr Privatleben. Mit entscheidenden Stimmen der Republikaner wurde das NSA-Programm vom Kongress Anfang Juni beendet.

Dies bewirkte zum Entsetzen der GOP-Strategen eine Spaltung in der Republikanischen Partei. Denn Anführer der NSA-Gegner war der republikanische Senator von Kentucky, Rand Paul, Sohn des parteilosen Präsidentschaftsbewerbers von 2008, Ron Paul. Rand wollte keinen Kompromiss, er wollte das Programm beerdigt sehen und wandte gar seine Lieblingswaffe an: Filibuster. Das heißt, er sprach stundenlang ohne Unterbrechung im Senat und verhinderte damit anfangs eine Abstimmung.

Das brachte die vehementen Befürworter der NSA auf die Palme.

Republikaner und Demokraten stoppten das NSA-Programm

Der republikanische Präsidentschaftskandidat von 2008 und heutige Senator Arizonas, John McCain, versuchte, Pauls Redeschwall zu blockieren und bezeichnete diesen und dessen Anhänger als „verrückte Vögel“.

Der ebenfalls den Republikanern angehörende Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, kritisierte Paul scharf. Denn dieser wendet sich auch gegen Waffenlieferungen und den Einsatz von Truppen im Nahen Osten. Er vertritt eine weniger interventionistische Außenpolitik, was ihm viele Anhänger im Lager der Gemäßigten eingebracht hat, aber auch viele Gegner in der eigenen Partei. Er klagt McCain und dessen Anhänger an, zum Aufstieg des IS beizutragen: „Isis existiert und ist stärker geworden durch die Falken in unserer Partei, die bedingungslos Waffen vergaben, die von der Isis gekapert wurden.“

Empört reagierte Lindsey Graham. Der republikanische Senator von South Carolina und Ex-Luftwaffenoffizier verkündete letzte Woche seine Kandidatur in seiner Heimatstadt Central, South Carolina, zu den Klängen des beliebten Schlagers aus dem Zweiten Weltkrieg „Boogie Woogie Bugle Boy“ und mit einem Hieb auf Rand Paul: „Diejenigen, die sich sicher fühlen, von einer zurückgezogenen Position aus zu führen, mögen wen anders wählen. Ich bin nicht ihr Kandidat.“ Er schwor, „den Kampf zu den Feinden der Nation zu tragen und ihn nach unseren Bedingungen zu beenden“, und machte sich Ronald Reagans Motto „Sicherheit durch Stärke wird uns schützen“ zu eigen.

Mittlerweile sind Rand Pauls Wahlchancen um neun Prozentpunkte gefallen. Doch hat er starke Unterstützung bei den jungen Wählern unter 45. *Liselotte Millauer*

Prozess endet peinlich

Wegen Verwicklung des MI6 stoppt London Terror-Verfahren

In London ist der Prozess gegen einen schwedischen Staatsbürger, der angeblich in „terroristische Aktivitäten“ in Syrien verstrickt gewesen sein soll, auf peinliche Weise zusammengebrochen. Wie die Zeitung „The Guardian“ berichtet, hat die Staatsanwaltschaft ihre Anklage abrupt zurückgezogen, weil offenbar die Gefahr bestand, dass im Zuge des weiteren Verfahrens Wahrheiten über die Zusammenarbeit des britischen Geheimdienstes MI6 mit syrischen Gruppen, welche mittlerweile als Terrorbanden eingeschätzt werden, ans Licht gekommen wären.

Der Angeklagte Bherlin Gildo war bei einer Zwischenlandung in London verhaftet worden, von wo aus er aus Kopenhagen kommend weiter in die philippinische Metropole Manila fliegen wollte, um seine dort lebende Frau, ein Philippinerin, zu besuchen.

Die Staatsanwaltschaft warf dem 37-Jährigen vor, sich zwischen dem 31. August 2012 und dem 1. März 2013 in einem syrischen „Terror-Ausbildungslager“ aufgehalten zu haben, wo er eine Schulung an Waffen absolviert habe, die wahrscheinlich für spätere Terror-Anschläge verwendet worden wäre.

Im Laufe des Verfahrens verdichteten sich allerdings die Hinweise, dass es sich bei den „Terroristen“ um eine Gruppe gehandelt haben dürfte, welche vom britischen Geheimdienst Waffen und zivile Hilfsgüter erhalten hatte wie auch die „Freie Syrische Armee“, die sich im Kampf gegen den syrischen Machthaber Baschar al-Assad zu unterstützen.

Staatsanwalt Riel Karmy-Jones räumte laut „Guardian“ kleinlaut ein: „Viele Dinge wurden ermittelt, die wir beim Beginn (des Verfahrens) nicht wussten.“

Beendet, bevor Rolle der Briten offensichtlich wird

Für die Verteidigung war die Verwicklung des britischen Dienstes in die Ausrüstung der syrischen Rebellen eine Steilvorlage: „Wenn es stimmt, dass die Regierung aktiv verwickelt war in die Unterstützung des bewaffneten Widerstands gegen das Assad-Regime zu der Zeit, als der Angeklagte in Syrien anwesend war und selbst an jenem Widerstand teilnahm, dann wäre es gewissenlos, die Anklage weiterlaufen zu lassen“, so Gildos Verteidiger.

Der Fall Bherlin Gildo war nicht der erste seiner Art: Wie der „Guardian“ berichtet, wurde schon vergangenen Oktober ein Mann namens Moazzem Begg aus dem gleichen Grund wieder laufen gelassen nachdem, wie es hieß, „neues Material“ aufgetaucht war. Auch Begg war wegen der mutmaßlichen Zugehörigkeit zu einer syrischen Terrorgruppe vor dem Kadi gelandet. Einer Gruppe, die sich dann ebenfalls als alter Verbündeter des britischen Geheimdienstes erweisen sollte.

Großbritannien teilt sein „Problem“ mit der Wahl seiner zeitweiligen Verbündeten mit den USA. Washington hat syrische Assad-Gegner in großem Stil in Jordanien ausgebildet und mit Waffen ausgerüstet.

Niemand kann heute mit Gewissheit sagen, was die Männer später mit ihren Waffen und ihrer Ausbildung angefangen haben. Jedenfalls scheint die wohl bestialischste aller Terror-Armeen, der „Islamische Staat“, in großen Umfang über Waffen aus US-Waffenschmieden zu verfügen.

An der Front im Nord-Irak kämpfen demnach zur Zeit IS-Schergen mit US-Waffen gegen kurdische Soldaten, die von Berlin mit deutschen G36-Gewehren und anderen deutschen Waffensystemen ausgerüstet worden sind. *H.H.*

Immer mehr Deutsche fliehen ins Gold

Aktien und Immobilien stellen aus historischen Gründen für viele Bundesbürger keine Alternative dar

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank lässt das Festhalten an Sparbüchern unvernünftig erscheinen. Der Kleinaktionär hat in Deutschland kaum Tradition. Auch das Eigentum an Immobilien ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Die große Alternative lautet Gold. Beim Investieren in dieses zeitlose Edelmetall sind die Bundesbürger führend.

Die Bundesbürger nahmen im ersten Quartal dieses Jahres 45 Prozent aller privaten Goldkäufe in den westlichen Industrieländern vor. In absoluten Zahlen erwarben Privatpersonen in Deutschland die stolze Menge von 32,5 Tonnen Gold. In den USA erwarben Privatpersonen lediglich 9,9 Tonnen, in Frankreich wurden sogar nur 900 Kilogramm verkauft.

Das Faible der Deutschen für Gold ist keineswegs ein neues Phänomen. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Edelmetallhändler Heraeus die Vorliebe der Bundesbürger für Gold etwas genauer untersuchen lassen. Beziffert wurde die Goldmenge in hiesigem Privateigentum mit rund 8200 Tonnen. Im Schnitt verfügte im vergangenen Jahr damit jeder Deutsche über 18 Jahren über 121 Gramm physisches Gold. Gehalten wird das Edelmetall in unterschiedlichsten Formen, von Barren und Münzen bis zum Schmuck. Damit hielten deutsche Privatpersonen im vergangenen Jahr 4,7 Prozent der weltweit geförderten Goldmenge, so die Heraeus-Untersuchung.

Verständlicherweise ist in der angelsächsischen Wirtschaftspresse angesichts dieser Vorliebe der Deutschen für Gold mittlerweile die Frage aufgekommen: „Was weiß man in Deutschland, das man in anderen westlichen Ländern nicht weiß?“ Ein Blick in die Geschichte lässt vermuten, dass ein ganzes Bündel von Motiven vorliegt. Was Währungs- und Vermögensfragen angeht, mussten die Deutschen in den letzten 100 Jahren gleich mehrfach bittere Lektionen lernen. Eine einschneidende Erfahrung für das kollektive Bewusstsein war zweifellos das Jahr 1923 mit seiner Hyperinflation. Die Vertreibung aus Ostdeutschland, Enteignungen in der SBZ und der DDR sowie staatlich verordnete Zwangshypotheken im Nachkriegswestdeutschland haben gezeigt, dass im Ernstfall auch Haus und Grundbesitz keine Sicherheit bieten. Hinzu kommt die Erfahrung gleich mehrerer Währungsreformen, die Vermögen vernichtet haben. Aktuell ist es das Euro-Experiment, dass den Deutschen eine neue Erfahrung beschert.

Auch China scheint das Edelmetall zu horten

Dass vor diesem Hintergrund hierzulande Gold für viele Menschen zu einer ultimativen Krisensicherung geworden ist, muss langfristig nicht einmal eine besonders schlechte Anlageentscheidung sein. Außerhalb der westlichen Länder ist weltweit nämlich eine starke Nachfrage nach dem Edelmetall zu beobachten – von Zentralbanken, aber auch durch Privatkäufe.

Mit Blick auf den Preis für das Edelmetall könnte vor allem China noch für einige Überraschungen sorgen. Das Verhalten Pekings gibt Experten schon länger Rätsel auf. Bereits vor einigen Jahren hat das Reich der Mitte Südafrika als weltgrößter Goldproduzent überholt und ist nach Indien inzwischen auch noch zum zweitgrößten Goldimporteur der Welt aufgestiegen. Offiziell weist Peking aber immer noch lediglich knapp 1500 Tonnen an Goldreserven aus. Vor diesem Hintergrund kann nur spekuliert werden, wie hoch die Goldreserven Pekings wirklich sind und was hinter Chinas Goldhunger steckt. Der Informationsdienst Bloomberg hält es für möglich, dass Chinas Zentralbank bereits 3500 Tonnen Gold angehäuft und damit die Bundesbank bereits vom Rang zwei bei den Goldreserven verdrängt hat. Gut möglich ist, dass Peking noch in diesem Jahr aktualisierte Zahlen zu den Goldreserven des Landes vorlegen wird. Abzielen könnte dieser Schritt auf mehr Einfluss beim Internationalen Währungsfonds, bei dem eine neue Festlegung der sogenannten Sonderziehungsrechte ansteht.

Auf ein mögliches langfristiges Ziel hat inzwischen ein chinesischer Finanzmarktanalyst hingewiesen. So könne China den US-Dollar zu Fall bringen, wenn das Land große Teile seiner US-Dollar-Reserven in Gold tauschen würde. Mit dem Kauf von 30 000 Tonnen Gold könne man dies bewerkstelligen. Damit würde China eine Art „Goldbombe“ zünden, die den Status des Dollar als Weltleitwährung akut gefährden würde. Allerdings stellt sich die Frage, ob Peking, einmal abgesehen von seiner Fähigkeit dazu, überhaupt daran interessiert sein kann, den Dollar zu Fall zu bringen, besitzt es doch US-Staatsanleihen im Wert von rund 1,2 Billionen Dollar, die dadurch massiv an Wert verlieren würden. *Norman Hanert*



Immer mehr davon wechselt in die Hände deutscher Privatanleger und Pekings: Gold — Bild: Getty

MELDUNGEN

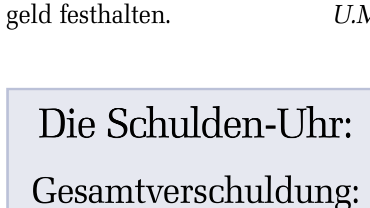


BA hortet Beitragsgelder

Nürnberg – Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres insgesamt elf Milliarden Euro eingenommen, davon knapp 9,5 Milliarden aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Die BA geht davon aus, dass die Einnahmen in diesem Jahr insgesamt bei 35,12 Milliarden und die Ausgaben bei 33,2 Milliarden Euro liegen werden. Der Überschuss soll in die allgemeinen Rücklagen gehen, die bis zum Jahresende auf 4,8 Milliarden Euro ansteigen sollen. Bei einem weiterhin guten Konjunkturverlauf könnten die Rücklagen im Jahr 2019 15 Milliarden Euro betragen. Dies reicht laut BA aus, um „eine kleine Finanzkrise“ zu bewältigen. *J.H.*

Mehrheit will Bargeld behalten

Frankfurt/Main – Bundesbankpräsident Jens Weidmann ist gegen eine Abschaffung des Bargelds. Eine Verdrängung des Bargelds sei auf absehbare Zeit kein realistisches Szenario, unter anderem deshalb, weil es sich als Zahlungsmittel in Deutschland weiterhin großer Beliebtheit erfreue. Diese Einschätzung wird durch eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov bestätigt. Demnach wollen 74 Prozent der Befragten am Bargeld festhalten. *U.M.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.050.471.149.451 €
Vorwoche: 2.050.370.747.624 €

Verschuldung pro Kopf:
25.289 €
Vorwoche: 25.288 €

(Dienstag, 16. Juni 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kaum einer kauft E-Autos

Bundesregierung will mit massiver Subventionierung gegenhalten

Elektroautos sind politisch korrekt – doch kaum einer will sie haben. Deshalb will nun die Bundesregierung mit einem Milliarden-Programm in den Markt eingreifen.

„Das Kanzlerwort von einer Million Elektroautos im Jahre 2020 ist definitiv nicht erreichbar. Wenn man es trotzdem behauptet, sagt man bewusst die Unwahrheit“, erklärte Ferdinand Dudenhöffer gegenüber der Deutschen Presse-Agentu. Der Gründer und Direktor des CAR-Center Automotive Research an der Universität Duisburg-Essen hält einen starken Anstieg der Absatzzahlen nur mit einer massiven Subventionierung der Elektroautopreise für erreichbar.

Zu Beginn der Woche hatte die Bundesregierung zur Nationalen Konferenz für die Elektromobilität nach Berlin eingeladen. Dabei wurde eine Anschubhilfe von rund drei Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 verkündet. Die Große Koalition lockt vor allem mit Steuerersparnissen. Wer ein Elektroauto kauft und dieses gewerblich nutzt, soll es im ersten Jahr zu 50 Prozent abschreiben können. Zusätzlich könnte es noch extra Forschungsgeld geben und Hilfen, um etwa weitere Ladesäulen zu bauen.

Ursprünglich sollten zu Jahresbeginn schon 100 000 E-Autos in Deutschland zugelassen sein. Anfang Januar waren allerdings nur knapp 19 000 reine Elektroautos angemeldet. Das sind absolut gesehen nicht viel, aber immerhin 56 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs ist darauf zurückzuführen, dass renommierte Hersteller mit neuen Modellen auf den Markt kamen. So boten BMW und Porsche erstmals Luxuskarossen mit E-Motor an.

Bislang werden E-Autos einer Studie des „Instituts für Verkehrsforschung am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ zufolge vor allem als Zweitwagen genutzt. Mehr als die Hälfte der privaten Nutzer von E-Autos wohnen in Gemeinden von weniger als 20 000 Einwohnern. Nur etwa jeder Fünfte der Befragten lebt in einer größeren Stadt mit mehr als 100 000 Bürgern. Eigentlich hatte die Politik und nicht nur sie Elektroautos vor allem in den Städten Chancen eingeräumt, weil die Erstellung eines engmaschigen Netzes öffentlicher Ladestationen dort leichter schien und die Reichweite rein batteriebetriebener Autos bislang nur für kurze Strecken ausreicht. Aber die Mehrzahl der E-Auto-Nutzer ist der Studie nach zu urteilen auf diese sogenannten E-Tankstellen überhaupt nicht angewiesen. Mehr als die Hälfte der Befragten erklärte, in einem frei stehenden Einfamilienhaus zu wohnen. 92 Prozent der privaten Nutzer hatten so eine Lademöglichkeit auf dem eigenen Grundstück. Hingegen nimmt die ursprüngliche Zielgruppe, nämlich junge Menschen in Ballungsgebieten, das bisherige Angebot eher weniger wahr. Eine private Ladestation zu Hause kostet Geld. Experten sprechen daher schon von einem „Auto der Besserverdienenden“. Eine Subventionierung des Elektroautos würde also der Umverteilung von unten nach oben Vorschub leisten.

Experten sprechen vom »Auto der Besserverdienenden«

Dudenhöffer hingegen beschreibt die Käuferschicht als grün: „Die Entscheidung zum E-Auto erfolgt bewusst. Es sind Leute, die glauben, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun.“ Das ist allerdings kein Widerspruch. Längst ist die FDP als Partei der Besserverdienenden von den Grünen abgelöst worden, denen Kosten ziemlich egal sind. *Peter Entinger*

Enormes Einsparpotenzial

Selbstlenkende Autos könnten schon bald zum Alltag gehören

Bislang werden sich selbstlenkende Autos meist als ein interessantes Thema angesehen, das erst in zehn oder 20 Jahren wirkliche Praxisbedeutung bekommen wird. Handfeste wirtschaftliche Vorteile könnten der neuen Technik aber sehr viel schneller als erwartet zum Durchbruch verhelfen.

Welche Probleme im Zusammenhang mit den Roboterautos zukünftig zu lösen sein werden, macht ein aktueller Bericht des Unternehmens Google deutlich. Bereits im Jahr 2009 hat der Internetriese in Kalifornien einen Praxisversuch gestartet. Derzeit sind 23 autonom fahrende SUV (Sport Utility Vehicle, Sport- und Nutzfahrzeuge) der Toyota-Nobelmarke Lexus auf öffentlichen Straßen der kalifornischen Stadt Mountain View im Probeeinsatz. Zusätzlich fahren weitere neun Prototypen auf geschlossenen Teststrecken.

In den mittlerweile sechs Jahren, die der Test nun läuft, haben die Fahrzeuge rund 1,6 Millionen Kilometer in Selbstlenkung zurückgelegt. Wie von Google mitgeteilt wurde, ist es dabei insgesamt zwölf Mal zu kleineren Unfällen gekommen. Keiner der Vorfälle wurde allerdings von einem selbstgesteuerten Auto verursacht. Mehrfach soll die Elektronik sogar Zusammenstöße mit anderen Autos und Fahrradfahrern verhindert haben. Dieser Befund könnte Folgen für die Versicherungswirtschaft haben, sobald die Technik in nennenswertem Umfang im Straßenverkehr auftaucht. Wahrscheinlich dürfte sein, dass Autobesitzer, die künftig noch selbst zum Lenkrad greifen, quasi als Risikofaktor gelten und deshalb höhere Versicherungsprämien berappen müssen.

Themen wie diese werden wahrscheinlich schon in wenigen Jahren diskutiert werden müssen. So ist es erklärtes Ziel von Google, die Roboterautos in fünf Jahren zur Marktreife zu bringen. Ähnliche Richtmarken haben inzwischen Autobauer wie General Motors, Ford und Nissan ausgegeben.

Es locken niedrige Kosten für Personal und Versicherung

Wie schnell die Entwicklung gehen kann, macht ein Beispiel aus Kanada deutlich. Dort hat Suncor Energy, der größte Ölförderer des Landes, vor Kurzem bestätigt, dass er bei dem japanischen Hersteller Komatsu eine Bestellung über 175 selbstfahrende Lastkraftwagen aufgegeben hat. Gedacht sind die 400-Tonner zum Transport von Ölsand in einem Bergbau in der Provinz Alberta. Kanadischen Medienberichten zufolge geht es bei dem Auftrag langfristig um eine deutliche Kosteneinsparung. Bisher hat Suncor Energy rund 1000 Fahrer für die Schwerlast-Laster auf der Gehaltsliste, das durchschnittliche Gehalt der Fahrer wird vom Unternehmen mit 200 000 Dollar angegeben.

Innerhalb der Branche gilt es inzwischen als sicher, dass diese erste Bestellung alle anderen Unternehmen in Zugzwang bringen wird. Gerechnet wird daher bereits mit einer massiven Entlassungswelle in der Region Alberta bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts. Auch wenn Kanadas Ölschiefer-Förderer durch gesunkene Weltmarktpreise für Öl unter besonderem Kostendruck stehen, so ist doch das riesige Einsparpotenzial branchenübergreifend und weltweit verlockend. So entfallen etwa im öffentlichen Nahverkehr bis zu 70 Prozent der Gesamtausgaben auf Personalkosten, aber auch die gesamte Speditions- und Logistikbranche könnte völlig umgekrempelt werden. Zu erwarten sind ein enormer Effizienzschub für die Wirtschaft, aber auch massive Folgen für den Arbeitsmarkt. *N.H.*

Noble Geste

Von Thomas W. Wyrwoll

Auf Initiative von Königsberger russischen Journalisten und mit Unterstützung des deutschen Generalkonsulats wurden die Angehörigen eines deutschen Tischlers ausfindig gemacht, der sich 1948 als sowjetischer Kriegsgefangener in Königsberg mit einem einfachen Stift auf einem Schrank verewigt hatte. Das zuvor in Königsberg restaurierte Möbelstück konnte jetzt den beiden erst nach dem Krieg geborenen Söhnen des inzwischen verstorbenen deutschen Soldaten übergeben werden. Die Familie zeigte sich zutiefst gerührt ob dieser unerwarteten menschlichen wie politischen Geste.

Ein solches Symbol, das auch in der russischen Presseberichterstattung einen einfachen deutschen Soldaten als völlig normalen, sympathischen Menschen ohne irgendeine persönliche Schuld am und im Krieg vor Augen führte, wird sicher bei vielen Deutschen und dabei gerade auch von den Ostpreußen dankbar aufgenommen werden. Es konterkariert in bemerkenswerter Weise das donnernde Propagandagetöse zum jüngsten 70. „Tag des Sieges“, bei dem auch Präsident Wladimir Putin in ungewöhnlich deutlicher Weise von den tradierten sowjetischen Feindbildern Abstand nahm.

Fremdgesteuert

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Was wir derzeit von Transnistrien hören, ist ein Beispiel knallharter Geopolitik. Wieder geht es um US-amerikanische und russische Interessen. Dass die ukrainische Regierung mit Michail Saakaschwili einen erklärten Russenfeind und von den USA ausgebildeten Politiker an die Grenze zu einem von Moskau kontrollierten Gebiet installiert, ergänzt nur den Eindruck, dass die Ukraine fremdgesteuert wird. Eine Reihe von Statthaltern sorgt für die Durchsetzung amerikanischer Interessen auf dem Rücken einer armen, unter dem anhaltenden Krieg leidenden Bevölkerung (siehe Seite 1).

Interessant zu beobachten ist, dass die Agressionen Kiews in den Medien immer noch weitgehend ausgeblendet werden. Diskriminierende Gesetze, die mit westlichen Werten und Demokratie nichts zu tun haben, scheinen nicht zu stören. Wenig demokratisch muten sowohl die Äußerungen der US-Interessenvertreterin Victoria Nuland an wie auch die Ernennung Natalie Jareskos, einer Ex-Mitarbeiterin des US-Außenministeriums, zur ukrainischen Finanzministerin. Wichtige Posten in der ukrainischen Administration sind von externen Kräften mit extremer Nähe zu den USA besetzt. Im Grunde wurden mit dem Umsturz Moskau freundlich gesinnte Oligarchen lediglich durch westlich orientierte ersetzt. Was in der Ukraine und nun auch in Transnistrien betrieben wird, ist eine Geopolitik, die den USA, nicht aber Deutschland und der EU nützt. Traurig, dass deutsche Politiker sich als Steigbügelhalter der USA anbiedern, anstatt Schaden vom eigenen Volk abzuwenden, der infolge der erweiterten Sanktionspolitik langfristig entsteht.

Die Politik hinter dem Sport

Von Eberhard Hamer

Dass Joseph Blatter seine Fifa-Macht durch Bestechung und Korruption bekommen und erhalten hat, war lange bekannt. Warum wird die Fifa-Mafia gerade jetzt und von den eigentlich unzuständigen USA angegriffen? Warum werden nicht andere korrupte Strukturen wie die Uno, der IWF oder die Weltbank ebenfalls angegriffen? Nichts geschieht zufällig. Die Fifa sitzt in der Schweiz, so dass eigentlich die Schweizer Behörden dafür zuständig sind. Die USA beanspruchen für sich aber schon lange eine Totalzuständigkeit für alle Fälle, in denen mit Dollar bezahlt worden ist – nicht nur in der Wirtschaft und der Politik, sondern auch im Sport.

Warum aber bekämpfen gerade die USA jetzt die Fifa, an der sie bisher so wenig Interesse hatten? Es sind nicht sportliche Gründe und auch nicht die Saubermannslust der USA, wie deren Untätigkeit bei den anderen Korruptionsorganisationen zeigt, bei denen sie zuständiger wären, sondern dahinter steckt Politik. Es geht den USA nicht um die korrupten Fifa-Bonzen, sondern um ein neues Kampfgebiet gegen Russland. Sie wollen die schon weit vorbereitete Fifa-Weltmeisterschaft 2018 in Russland torpedieren, um Russland nicht nur zu schaden, sondern auch seinen Weltauftritt zu verhindern. Sie werden deshalb irgendeine Schmiergeldzahlung von Russland an irgendeinen Fifa-Bonzen suchen, um die Wahl anfechten und die Weltmeisterschaft anderweitig vergeben zu können.

> Beim Fifa-Skandal geht es den USA nur darum, Russland zu schaden

Dieser neue Kriegsschauplatz gegen Russland fügt sich nahtlos in die von der CIA geplanten, finanzierten, gesteuerten und kontrollierten Regime-Change-Kriege in der Ukraine, den neuerlichen Regime-Change-Versuch in Mazedonien, den Kampf gegen die Öllieferungen und Pipelines von Russland nach Europa, die Sanktionen gegen Russland und in die auf dem G7-Gipfel von US-Präsident Barack Obama verlangte neue Einigkeit im Kampf gegen Russland ein. Letztlich gehört auch die TTIP-Initiative der USA dazu, nicht nur die europäische Wirtschaft und das Rechtssystem durch die USA zu übernehmen, sondern vor allem einen dauerhaften Wirtschaftskeil zwischen die Atlantikzone und Russland zu treiben, damit eine Einigkeit zwischen Europa und Russland verhindert wird.

Die USA werden also den Fifa-Skandal so weit treiben, dass mit oder ohne nachgewiesene Bestechungsvorwürfe gegen Russland die Weltmeisterschaft Russland entzogen und an ein anderes Land vergeben wird. Der Hass der amerikanischen Elite gegen Russland geht zurzeit über alle Vernunft. Dass Russland durch Vergleichsvorschläge die Kriege gegen den Iran und Syrien verhindert und sich sogar gegen den Zugriff der USA auf die Ukraine und das Schwarze Meer gewandt hat, kann das US-Imperium nicht verzeihen. Seitdem wird indirekter Krieg über Presse, Wirtschaft, Finanzen und Öl von den USA gegen Russland geführt und Deutschland nicht nur mitgezogen, sondern immer häufiger auch zum Wadenbeißer gegen Wladimir Putin missbraucht. Die Torpedierung der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland ist ein geschickt eingefädeltes weiteres Kapitel in diesem indirekten Krieg.



Die Austragung der Fifa-Weltmeisterschaft 2018 in Russland wird gezielt von den USA torpediert: Auch die Stadt Königsberg, die ein neues Stadion auf der Lomse baut (hier im Modell), wäre von einem Ausschluss Russlands als Austragungsort betroffen

Bild: J. Tschernyschew

Frei gedacht



Vom Werden und Vergehen

Von Eva Herman

Die Menschen reden von verdientem und unverdientem Schicksal, von Lohn und Strafe, von Vergeltung und Karma. Seit Langem stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was eigentlich mit Deutschland los ist. Dieser einst blühende Teil Europas liegt fast am Boden, jahrzehntelang ist die Entwicklung schon sichtbar. Dabei ist es doch das einstige Land der Dichter, Denker, weltberühmter Komponisten (gewesen), es ist dies das Land der Erfinder weltweit erfolgreicher Automarken, bester Ingenieure und Techniker (gewesen), blühende Talentschmiede für Erbauer von Denkmälern und Kunststätten (gewesen), und so vieles mehr.

Deutschland, wie wertvoll klang doch einst der Name, viele hunderte Jahre lang war es so: Im eigenen Begriff schwang sie wie ein Versprechen mit, die Bedeutung. Sogar der Name des Schöpfers, im Lateinischen, findet sich hier wieder: Deus. Doch das alles ist lange her. Nicht viel ist übrig geblieben von dem einstigen Glanz, wie wenig auch von einer möglichen Verheißung, die alte Propheten schon kündeten, weil doch Geisteskraft und Charakterstärke wie selbstverständlich vertreten waren. Heute sollten diese Dinge nicht einmal mehr angesprochen werden. Ebenso wenig kann man als Deutscher, wie alle andern Nationen es selbstverständlich tun, zu seiner Heimat sich etwa stolz bekennen, sollte sie am besten gar nicht erst nennen, sondern besser schamvoll schweigen. Keine Fahne, keine Hymne, keine Volkslieder, die die Kinder in der Schule noch lernen würden. Und Goethes „Faust“ wurde inzwischen vielfach ersetzt durch „moderne“ Literatur, wie „Die Entdeckung der Currywurst“. Wie die Wurst überhaupt zunehmend zur neuen Identität des deutschsprachigen Raums erhoben wird, seit das Gender-Wesen Conchita Wurst den europäischen Schlagergipfel erklimmen durfte.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Deutschland fehlt einfach alles. Das Wesentliche, was man hier einbüßte, ist Fortune! Wie ein Fluch klebt es nun am Namen: Zwei Weltkriege verlor das Land, die Strafen für Allmachtswahn und Überheblichkeit wurden auf lebenslang verhängt. Doch wie lang dauert eigentlich lebenslang? Richtig, solange, bis man stirbt, bis man also kaputt ist. Unsere Richter passen gut auf, dass der Übeltäter sich nicht noch einmal erheben, nicht weitere „Untaten“ anrichten kann. Die Bandagen sind straff gezogen, nach unten, versteht sich, Gang und Körperhaltung des Delinquenten sind deswegen stets gebeugt. Man gehe nur einmal hinaus, setze sich in ein Straßencafé, und beobachte einzelne Exemplare unserer Gattung: Es hastet, ächzt, schimpft und schlurft durch die Straßen, die ganze Last des Lebens, die man auf den Schultern trägt, das Leid der Welt, die Schuld der Väter, hat den Schritt verlangsamt, manch einer stockt, bleibt stehen, es geht nicht weiter, oder nur noch zurück. Wie Blei scheint die Schande in den Knochen zu stecken, wie Gift sprüht es den eigenen Geist tot, der sich nicht mehr befreien kann, es offenbar auch häufig auch schon gar nicht mehr will. Lebenslang, hämmert es an jeder Schläfe, lebenslang, lernen es auch die Kinder schon in der Schule. Jeden betrifft es, der hierher geboren wird.

Nach außen hin sind es ganz irdische Zeichen, die Land und Leute verändern: Zahlungen, Wiedergutmachungen, Forderungen. Lebenslang. Die Auswirkung dieser und weiterer Effekte heißt Lebensmüdigkeit. Deswegen fehlen nun ausreichend Kinder, um die eigene Art überhaupt noch fortsetzen zu können. Sie werden einfach nicht mehr geboren, seit fast 60 Jahren hält der Trend an. Wo soll das Selbstbewusstsein auch herkommen, welches man als eine der wichtigsten Überlebensstrategien im Kampf in der Natur braucht? Es fehlen im Land ja jene Menschen, die überhaupt noch Kinder haben wollen: Zu laut, zu unbequem, zu störend empfinden sie den Nachwuchs, der früher noch als Kinderreichtum bezeichnet worden war. Das Schlagwort heute lautet andersherum: Kinderarmut. Nein, man mag einfach nicht mehr, es stirbt sich langsam aus. Auch der durchschnittliche Intelligenzquotient sinkt kontinuierlich, sagen die Umfragen, die man zur Bestätigung nicht mehr braucht. Die Allerklügsten, die es hierzulande noch gibt, wandern lieber aus. Es ist das Ergebnis einer Studie, die kürzlich veröffentlicht wurde: Zwischen 2009 und 2013 sind weit über 700 000 Deutsche ins Ausland abgewandert. Dabei sind Akademiker und Führungskräfte stark überrepräsentiert, der Anteil der Hochqualifizierten liegt bei 70 Prozent. Eine dramatische Abwanderung von Kompetenz. Fast die Hälfte von ihnen hält die Ungerechtigkeit in der Heimat nicht mehr aus, ihr Land ist für sie nicht mehr lebenswert. Es dürfte ihrer Klugheit zu verdanken sein, ihrem noch vorhandenen Überlebenswillen, dass sie einfach gehen. Der Trend ist übrigens ungebrochen, nimmt noch zu. Denn es wird nicht gerade gemütlicher hier.

Länger schon hat man Türen und Tore geöffnet für schlecht bis gar nicht qualifizierte Flüchtlinge, deren Beweggründe, hier einwandern zu wollen, durchaus einleuchten. Dass sie ihre Heimat verlassen müssen, ist auch unsere Schuld, ihre Länder wurden plattgemacht, zerbombt, Wirtschaftsstrukturen wurden zerstört, durch Macht- und Geldgier hauptsächlich westlicher Länder, zu denen auch wir gehören.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Dass die Fremden allerdings unsere Kultur nicht kennen, macht die Sache nicht gerade einfacher. Im Gegenteil, täglich öffnet sich die Schere zwischen ihnen und uns mehr, was zuweilen schon recht gefährlich werden kann. Aber darüber sollten wir lieber nicht offen sprechen, das ist den Übeltätern nämlich untersagt. Dabei ist es eine einfache Rechnung, die unser Ende nur beschleunigt: Waren in den letzten Jahren (offiziell) zehntausende Fremde in unser Land gekommen, sollen es künftig bis zu fast einer Million jährlich werden, sagt unsere Regierung jetzt ganz offiziell. Und zwar erst einmal bis 2030. Denn es warten Millionen über Millionen an Libyens und Syriens Grenzen, an den afrikanischen, arabischen Trennlinien. Schon jetzt geht hierzulande an manchen Orten gar nichts mehr, es haben sich in unserem Land Parallelwelten gebildet, unter eigener Herrschaft, anderen Gesetzen. In 15 Jahren werden dann mindestens weitere zehn Millionen hierhergekommen sein. Inoffiziell liegt die Zahl weit höher, wie die G7-Kontrollen an Bayerns Schlagbäumen kürzlich ergaben. Auch wenn Österreich und Frankreich nun beginnen, die Grenzen dichtzumachen, und weitere Länder folgen werden, so dürften wir schließlich die letzten sein.

Wie die Geschichte ausgehen wird? Die Antwort liegt auf der Hand. Denn diese Maßnahmen führen nur in eine Richtung: Die Zerstörung unserer Kultur, unserer eigenen Identität. Wer die Konturen dieser Visionen wahrnimmt – wozu keine hellsichtigen Fähigkeiten erforderlich sind –, der wendet sich erstarrt ab. Oder er verlässt das Land.

Wir werdend übrigens nicht das erste Volk sein, dessen Blütezeit und Reife erkennbar zu Ende gehen, dessen Zersetzungsprozess bereits läuft: Das einst mächtige Römische Reich fiel genauso auseinander wie das alte Ägypten, das antike Griechenland. Heute kräht kein Hahn mehr danach, der einstige Glanz aber blieb bewahrt und zeigt uns den ewigen Kreislauf des Werdens und Vergehens. Komisch nur, wenn man plötzlich selbst betroffen ist.

Der Bauherr vermied es, sein Werk zu sehen

Nach siebenjähriger Restaurierung ist Schloss Bothmer als modernes Schlossmuseum eröffnet worden

Endlose Felder, die besonders zur Rapsblüte den Atem stocken lassen, kilometerlange Alleen, deren Kastanienbäume in voller Blüte drohen, unter ihrer Last zusammenzubrechen: Der fruchtbare Klützer Winkel im Nordwesten von Mecklenburg-Vorpommern versprüht seine Reize besonders üppig im Frühjahr. Der richtige Moment also, um das nur neun Kilometer vom Ostseebad Boltenhagen entfernte Schloss Bothmer nach siebenjähriger Restaurierung als modernes Schlossmuseum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bis 1945 bewohnte die Familie von Bothmer das Schlossensemble. In der Nachkriegszeit diente es zunächst als Isolierkrankenhaus, von 1948 bis 1994 wurde es als Altersheim genutzt. Am 1. Februar 2008 gelangten Schloss und Park in den Besitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das daraufhin umgehend mit der denkmalgerechten Sanierung begann. Insgesamt 36,5 Millionen Euro investierte das Land mit Unterstützung der Europäischen Union in die Restaurierung des Schlosses und die Wiederherstellung des Gartens. Fenster, Fassaden und Dächer wurden saniert, Holzfußböden aufgearbeitet, Vertäfelungen und Stuck sowie wertvolle Amsterdamer und Harlinger Fliesen restauriert. Allein an der Restaurierung des Haupthauses, dem Corps de Logis, waren rund hundert Firmen beteiligt.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen, selbst wenn noch nicht alle Arbeiten beendet sind. Schließlich handelt es sich bei dem Schlosskomplex nicht nur um die größte Barockanlage Mecklenburg-Vorpommerns, sondern ganz Norddeutschlands. Der Westflügel mit Besucherzentrum, Laden sowie multifunktionalen Ausstellungs- und Veranstaltungsräumen soll zum Jahresende fertiggestellt und 2016 eröffnet werden. In einer zweiten Förderperiode sollen die Restaurierung und Sanierung der beiden Dienerhäuser und des östlichen Stallgebäudes folgen. Schon jetzt willkommen sind Besucher in dem einladenden, modern gestalteten Café und Rrestaurant in der Orangerie.

Alles, was man beim Besuch von Schloss Bothmer heute wieder sehen und genießen kann, hat der später zum Reichsgrafen erhobene Erbauer Hans Caspar von Bothmer nie zu Gesicht bekommen. Nicht durch die Verkettung unglücklicher Umstände, sondern in voller Absicht. Die von 1726 bis 1732 errichtete Schlossanlage sollte vor allem dem Andenken des selbstbewussten Bauherrn dienen. „Respice Finem" – „Bedenke das Ende" ist im Giebel über dem Eingang zu lesen.

Das Schloss war der wirtschaftliche Mittelpunkt ausgedehnter Besitzungen, die der Graf im Klützer Winkel zugunsten der Nachfahren seines Bruders Friedrich Johann erworben hatte. Sein Neffe Hans Caspar Gottfried von Bothmer und dessen Gemahlin Christina Margarethe von Bülow bezogen daher auch als erste das Herrenhaus, das wegen seiner repräsentativen Ausmaße als Schloss bezeichnet wird.

Hans Caspar von Bothmer hatte einen bis heute weitaus prominenteren Wohnsitz. Er lebte ab 1720 in einem Wohnhaus am Londoner St. James Park, das heute als Amtssitz des britischen Premierministers bekannt ist und früher sogar „Bothmar House" hieß: Downing Street 10. Von dort aus leitete er das Bauvorhaben im Klützer Winkel. Auch ohne moderne Technik stand er dazu mit seinem Baumeister Friedrich Johann Künnecke in ständigem, beinahe täglichem Kontakt: per Brief. Der Architekt prophezeite, dass solange an dem Gebäude „Stein Stein heißt", die Erinnerung an Bothmer unsterblich sein werde. Bis heute hat er Recht behalten.



Musikfeuerwerk: Schloss Bothmer ist jährlich Austragungsort des landesweiten Musikfestivals. Oben rechts: Die weithin bekannte Lindenallee zum Schloss Bilder (2): tws



Der geradezu märchenhafte Lebensweg des Hans Caspar von Bothmer begann mit einem Zufall. Von da ab nahm er sein Schicksal mit strategischem Geschick selber in die Hand. Beim Rundgang durch die über 20 Räume vom Erdgeschoss bis zum Obergeschoss des Schlossmuseums erklimmt der Besucher noch einmal Sprosse für Sprosse die atemberaubende Karriereleiter des Hans Caspar von Bothmer und taucht dabei unweigerlich tief in ein wichtiges Stück europäischer Geschichte ein. Dafür muss man sich viel Zeit lassen, denn es gibt viel Interessantes zu lesen und zu verstehen. Ein Audioguide bietet zusätzliche, unterhaltsam aufbereitete Informationen. Vom Thema abgelenkt wird man dabei nicht. Die Ausstattung reduziert sich auf zarten Stuck an Decken und Wänden und hölzerne Wandpaneele, die in ihrer durchgängigen Zweifarbigkeit von Weiß und Brauntönen den eleganten Rahmen bildet.

Hans Caspar von Bothmer kam 1656 in Lauenbrück im heutigen Niedersachsen zur Welt, wo die Familie zum alteingesessenen, aber verarmten Niederadel zählte. Als Erstgeborener sollte er studieren. Auf dem Weg an die Universität in Genf traf er 1677 im „Weißen Ross" in Celle zufällig seinen Patenonkel, der ihm einen Platz in der diplomatischen Gesandtschaft zum Friedenskongress in Nimwegen vermittelte. Von dort führte ihn der Weg als Diplomat an die wichtigsten europäischen Höfe seiner Zeit, darunter auch nach Berlin. Die Universität hat ihn nie gesehen. Seine Bildung und sein diplomatisches Geschick verschaffte er sich als Autodidakt auf seinen Reisen. Seine langjährigen Auslands-Missionen spiegeln sich in Schloss Bothmer wider, das direkt auf englische und holländische Vorbilder zurückgeht.

Geschichtliche Bedeutung erlangte Hans Caspar von Bothmer durch seine Rolle für die hannoversche Thronfolge in England. Dank seiner Umsicht und ausgleichenden Geschicklichkeit trug er maßgeblich dazu bei, dass die Krise der Thronfolge bei dem Dynastiewechsel in England überwunden wurde und der hannoversche Kurfürst Georg Ludwig 1714 als Georg I. ohne Zwischenfälle in Personalunion König von England wurde. London blieb bis zu Bothmers Tod 1732 seine persönliche und berufliche Bühne.

Seine Hinterlassenschaft steht jedoch nicht nur in rotem Backstein in Mecklenburg-Vorpommern. Auch der Stammbaum von Willem-Alexander, König der Niederlande, Karl XVI. Gustaf, König von Schweden, Margarethe II., Königin von Dänemark, Harald V., König von Norwegen, Philippe, König der Belgier ist über die Tochter Sophie Charlotte bis auf Hans Caspar von Bothmer zurückzuführen. Eindrucksvoll zu sehen im Schlossmuseum.

Helga Schnehagen

Öffnungszeiten: im Juni sowie September und Oktober Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, im Juli und August bis 18 Uhr. Veranstaltungen: Festspiele Mecklenburg-Vorpommern 15. bis 17. Juli, MeckProms on Tour 19. Juli, 11 Uhr, Open Air im Schlosspark, 29. August, Tag des offenen Denkmals 13. September, 1. Klützer Kultournacht 17. Oktober, 18 bis 22 Uhr.

Ehrung in der Heimat

Albert-Weisgerber-Ausstellung im Saarbrücker Saarlandmuseum

Als der Leutnant und Kompanieführer Albert Weisgerber am 10. Mai 1915 bei Fromelles in der Nähe von Ypern durch einen Kopfschuss fiel, war der sechs Jahre jüngere Max Beckmann vom Tod des Malerfreundes „tief erschüttert". Wäre Beckmann im Alter von 36 Jahren gestorben, dann gäbe es nur die Bilder von ihm, die er bis 1921 geschaffen hat. Doch erst in den Jahren danach ist er zu dem Maler geworden, den wir heute schätzen.

Umso erstaunlicher ist dagegen der Gehalt von Weisgerbers schmaler Hinterlassenschaft. Sein Werk war in mancher Hinsicht vollendet, als der Lebensfaden seines Schöpfers abriss. Die Neue Pinakothek München erwarb bald nach seinem Tod eines der Hauptwerke „Absalom II" (1914). Bereits im Entstehungsjahr hatte dieses Aufsehen erregt in der ersten Ausstellung der Neuen Sezession, deren Präsident Weisgerber war. Das Bild war neben einem Großformat Kokoschkas die Sensation der Schau. Später tauschte die Bayerische Staatsgemäldesammlung das ungestüme Bild gegen ein mehr konventionelles Bildnis. Der Hamburger Verein der Kunstfreunde schenkte „Absalom II" 1918 der Kunsthalle, wo es seither immer mal wieder in der ständigen Ausstellung auftaucht. Die Bemerkung des Kunsthallendirektors Alfred Lichtwark von 1912 bezeugt die zeitgenössische Wertschätzung des Künstlers: „Von der Jugend ist doch wohl Weisgerber der Stärkste."

Er wurde 1878 als Gastwirtssohn im damals bayerischen St. Ingbert im Saarland geboren. Die besonnten Biergartenbilder, die bei späteren Heimatbesuchen entstanden sind, zeigen dieses Lebensumfeld. Wie Paul Klee, Franz Marc, August Macke und Hans Purrmann studierte er in der Münchner Malklasse Franz von Stuck. In Paris begeisterten ihn die Gemälden Paul Cézannes. Der andere Einzelgänger, von dessen Werk sich Weisgerber tief beeindruckt zeigte, war Hans von Marées. Ab 1897 entstehen angewandte Grafiken, darunter auch Illustrationen für die Zeitschrift „Jugend", deren Erscheinungsbild er mitprägt. Auch in diesem Broterwerb verleugnet sich der Schwung eines geborenen Malers nicht.



Weisgerber: „Schlafende" von 1907 Bild: Weisgerber Stiftung St. Ingbert

Während seiner Pariser Zeit, die äußerst produktiv war, plagten Weisgerber die Selbstzweifel besonders. Er schreibt an einen Freund über die Künstlerszene: „Hier wird so eklich viel gefachsimpelt, und wenn das nicht, dann sind die Kerle stumpfsinnig, dass sie stinken."

Dieses Gefühl für Abgründe offenbart eine Zeichnung der beleibten Künstlerfreunde des Café du Dome. Die protzigen Ringe eines dieser Malerfürsten verleihen dem grauen Blatt den einzigen farbigen Akzent. Auf dem Erdboden daneben tändelt ein kostümierter Schimpanse mit einer Ratte. Glanz und Kläglichkeit der Künstlerexistenz liegen nebeneinander. Sowenig ihm offenbar das Cliquenwesen liegt, ist er doch offen und gesellig. Mit großen Bierseideln in Händen ist er auf einem Foto von 1910 mit Hans und Henri Matisse zu erblicken, gedrängt im Photomaton des Münchener Löwenbräukellers.

Im nächsten Jahr soll in der Geburtsstadt des Malers in einer ausgebauten alten Baumwollspinnerei das Albert-Weisgerber-Museum eröffnen. Bis zum 5. Juli ist in der neuen Galerie des Saarlandmuseums in Saarbrücken die große Weisgerber-Retrospektive zu sehen.

Sebastian Hennig

Mit dem VW nach Italien

Die Geschwister Pfister entführen in die »Wirtschaftswunder«-Zeit

Auch wer bisher wenig von Schlagern hielt, wird sich am Morgen danach dabei ertappen, die alten Melodien zu summen. Wer sich zu den Geschwistern Pfister ins Kabarett begibt, kommt so schnell nicht mehr davon los. „Komm, ein bischen mit nach Italien, komm ein bisschen mit ans blaue Meer." Viele ältere Zuschauer werden sich dieser Zeilen und Klänge noch erinnern. Alle Jüngeren werden begeistert feststellen: Es gab bereits deutsche Texte und Arrangements vor Rap und Hip Hop. Das Projekt „Geschwister Pfister" startete in den 1990ern mit drei Schauspielern, Christoph Marti, Tobias Bonn und Max Gertsch sowie der einzigen Frau im Ensemble, Lilian Naef. Alle vier erfanden für sich die Biografie der verlassenen Waisenkinder aus der Schweiz: Ursli, Toni, Lilo und Willi Pfister. Lilo und Willi verließen die Truppe und wurden durch Fräulein Schneider ersetzt. Dargestellt von der in Zagreb geborenen Sängerin Andreja Schneider, die mit ihrem einprägsamen Akzent beim Zuschauer sofort eine Assoziation zu Marika Rökk herstellt. Was diese „Familie" nun in ihrem elften Programm „Wie wär's? Eine Reise in die Toskana" auf die Bühnenbeine in Socken und Sandalen stellt, reißt jeden mit, der es einmal erleben durfte. Begleitet vom ebenso „cremigen" Trio der Jo Roloff Band, nehmen sie das Publikum mit auf eine Zeitreise in die 1950er Jahre. Alles jenseits der Alpen war unbekannt. Vom Espresso über Pizza bis zur Pasta. Dem Durchschnittsdeutschen stand eine völlig fremde Welt offen, die erst einmal unbeschadet erkundet werden musste. Natürlich im alten Volkswagen, quer durch die „Wirtschaftswunder"-Jahre ins Land, wo die Zitronen niemals aufhören zu blühen. Der Kostüm- und Rollenwechsel der Familie Pfister ist atemberaubend. Von der soeben noch spießigen Hausfrau aus Wanne-Eickel wandelt sich Fräulein Pfister in einen Vamp à la Sophia Loren, der mit einem Typen wie Marcello Mastroianni einen „Mambo Italiano" durchschwebt. Man kann sich nicht sattsehen an diesen skurrilen Typen der deutschen Schlagergeschichte, die jedoch niemals bloßgestellt werden. Die Künstler wollen nicht verunglimpfen, sondern zeigen, welche Juwelen es einmal gab. Allerdings in neuer Schmuckfassung. Niemand hat bisher Cindy und Bert, Katja Ebstein oder Nana Mouskouri so treffend parodiert. Da sei auch der musikalische Abstecher nach Spanien und Griechenland erlaubt.



Fahren jetzt in die Ferien: Geschwister Pfister Bild: Jan Wirdeier

Noch das ganze Jahr über touren sie mit einem hinreißenden Programm durch die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz. 2016 geht es dann weiter mit einer Show über den unvergessenen Peter Alexander und Mireille Mathieu.

Silvia Friedrich

Die nächsten Auftritte finden erst ab dem 21. November statt. Infos: www.geschwister-pfister.de

Wie Deutschlands Urpanzer nach Munster kam

Vor 25 Jahren erhielt das DPM einen Nachbau des A7V, Preußens Antwort auf den britischen Weltkriegstank Mark I

Vor 25 Jahren, am 20. Juni 1990, wurde der Nachbau des ersten deutschen Sturmpanzerwagens A7V von 1918 in einer Gedenkstunde an das Deutsche Panzermuseum Munster (DPM) übergeben. Damit hatte eine im wahrsten Sinne des Wortes jahrelange Aufbauarbeit ihren krönenden Abschluss gefunden



Stimmiges Diorama im Deutschen Panzermuseum Munster (DPM): Präsentation des A7V-Nachbaus „Wothan“ Bild: Baginski

Nach der Aufstellung der Bundeswehr 1955/56 bildeten die Kampftruppenschulen II und III in der Stadt Munster an der Örtze das Zentrum der neuen Panzertruppe. Schon bald nach Aufnahme des Lehrbetriebes entstand durch Spenden und Geschenke vor allem verbündeter, aber auch ehemals neutraler Staaten in Form von gepanzerten Gefechtsfahrzeugen der Wehrmacht, Uniformen, Ausrüstungsgegenständen, Orden und Ehrenzeichen die „Lehrsammlung Gepanzerte Kampftruppen“ als Kern des späteren Panzermuseums, das in engem Zusammenwirken der Bundeswehr mit der Stadt Munster geschaffen und ständig erweitert wurde.

In diesem Museum werden vor allem gepanzerte Kampffahrzeuge aus dem Zweiten Weltkrieg und die von der Bundeswehr und der NVA entwickelten Fahrzeuge als Lehrsammlung zur Darstellung von Konzeption und technischen Entwicklungen ausgestellt. Es ist ein anschaulicher Beitrag zur Geschichte der deutschen Panzertruppe, der Wehrtechnik und der Technikgeschichte. Die Ergänzung dieser Lehrsammlung durch den „Urpanzer“ der gepanzerten deutschen Kampftruppen aus dem Jahre 1918 war seit den 80er Jahren das Ziel zahlreicher Bemühungen führender Offiziere der Panzertruppe.

Gelungene zivil-militärische Koproduktion

Durch den Verteidigungsattaché an der bundesdeutschen Botschaft im australischen Canberra wurde festgestellt, dass der einzige noch vorhandene A7V im Queensland Museum in Brisbane nicht erworben werden konnte. Es blieb nur der Weg über den Nachbau. Über zivile und militärische Kanäle wurde im In- und Ausland um Unterstützung für das Vorhaben geworben.

Unter anderem wurde der Professor und Ingenieur Wolfram Funk von der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg gewonnen, der als Panzerkonstrukteur auf eine langjährige Industrieerfahrung zurückblicken konnte. Mit den bis 1986 vorliegenden Dokumenten und Konstruktionsunterlagen war ein Nachbau nicht möglich. Im November 1986 reiste Funk nach Australien, um den Panzerwagen „Mephisto“ zu vermessen. Nach Sondierungsgesprächen mit Hochschule, Presse, Archiven, Museen, Heer und Industrie zeigte sich eine große Bereitschaft, einen Nachbau durch Arbeitsleistung, finanzielle Mittel oder auf andere Weise zu unterstützen.

Daraufhin wurde am 1. April 1987 in Köln ein aus Militärs wie Zivilisten bestehendes Komitee zum Nachbau des Sturmpanzerwagens A7V gegründet. Funk wurde stellvertretender Vorsitzender und Leiter Technik; den Vorsitz übernahm der "General Heeresrüstung", Brigadegeneral Raimund M. Rothenberger. Weitere Komiteemitglieder übernahmen die Verantwortung für Finanzen, Geschichte, Öffentlichkeitsarbeit und Sekretariat.

Am 29. Juni 1987 wurden in einer Gründungsversammlung unter der Leitung von General Rothenberger alle interessierten Bereiche, vor allem die Industrie, mit dem Vorhaben vertraut gemacht und das Interesse für eine Mitarbeit geweckt. Die Teilnehmer zeichneten in einer Liste ihre Bereitschaft zur Mitarbeit durch Sach- und Arbeitsleistungen oder durch finanzielle Spenden. Neben anderen Interessenten bildeten diese Teilnehmer den Kreis der Freunde und Förderer des Nachbaus des Sturmpanzerwagens A7V. Nur durch diesen Kreis wurde der Nachbau ermöglicht. Alle Leistungen im Zusammenhang mit dem Nachbau erfolgten auf freiwilliger Basis und nicht im Rahmen der Bundeswehr. Man kann scherzhaft behaupten, dass der Nachbau das einzige „Rüstungsvorhaben“ des Heeres ist, das den Staat kein Geld gekostet hat und termingerecht fertig wurde. Unabhängig davon wurde dieses Vorhaben durch die Spitzen des Bundesministeriums der Verteidigung vorbehaltlos begrüßt.

Das Komitee hatte es sich nicht nur zur Aufgabe gemacht, den A7V nachzubauen, sondern zusätzlich folgende Maßnahmen durchzuführen: Gestalten des Umfeldes des A7V in der Ausstellungshalle in einem Diorama; Herstellen einer Bildwand zu Geschichte, Technik und Einsatz des Panzers; Herausgabe eines Buches zum Sturmpanzerwagen A7V; Erstellung einer Dokumentation.

Das Echo aus dem In- und Ausland auf Veröffentlichungen des Komitees war erfreulich. Dadurch kam Gisela Zincke, die Enkeltochter des Konstrukteurs des A7V, des Oberingenieurs Vollmer, mit dem Komitee in Kontakt. Sie war im Besitz des Archivs ihres Großvaters und zur Mitarbeit bereit. Museen, Archive und Industrie prüften ihre Bestände an Unterlagen für dieses Vorhaben. Aus dem In- und Ausland kamen Fotos und Beschreibungen, so beispielsweise gute Planzeichnungen vom Patton Museum of Cavalry and Armor in Fort Knox.

Der Nachbau erfolgte in zwei Bauabschnitten, erst die äußere Konstruktion, dann der Innenausbau. Im Rahmen des Bauabschnitts I wurden das Wannengehäuse durch die Firma Thyssen Maschinenbau nach Konstruktionszeichnungen von Funk sowie das Fahrwerk durch die Firmen Diehl, Krauss-Maffei sowie Blohm und Voss rekonstruiert. Die beteiligten Ingenieure und Techniker entwickelten großen Ehrgeiz, um die Technik des Jahres 1917 originalgetreu nachzubauen. So hatte Thyssen Maschinenbau entgegen der ursprünglichen Planung, das Panzergehäuse zu schweißen und die Nietköpfe als Attrappen aufzubringen, einen ehemaligen Meister reaktiviert und durch ihn in Originaltechnik nieten lassen.

Am 31. Januar 1989 wurde der Bauabschnitt I bei der Firma Thyssen-Henschel in Kassel einem Kreis geladener Gäste vorwiegend aus dem Bereich der Industrie und der Bundeswehr vorgestellt. Alle Anwesenden waren tief beeindruckt von der hohen Qualität der Fertigung von Gehäuse, Rahmen, Laufwerk und Kette. Ein Meisterstück handwerklichen Könnens stellte sich vor. Anschließend wurde der Nachbau zu Krauss-Maffei nach München überführt, da das Unternehmen die Integration aller Baugruppen und somit die Fertigstellung des Nachbaus übernommen hatte.

Inzwischen liefen bereits alle Maßnahmen für den Bauabschnitt II. Schwierigkeiten bestanden vor allem in dem unvollständigen Grundlagenmaterial. So waren 1918 Blitzlichtaufnahmen in dem engen Kampfraum sehr schwierig, und entsprechend selten sind Innenaufnahmen. Wertvolle Unterlagen gingen in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges verloren. Eine wertvolle Hilfe waren Schilderungen und Beschreibungen ehemaliger Kampfwagenkommandanten sowie eine Menge Literatur aus den Archiven. Gute Erkenntnisse brachte die Reise einiger Komitee-Mitglieder nach Brisbane, um dort den ziemlich ausgeschlachteten Panzerwagen „Mephisto“ und die im Queensland Museum vorhandenen Unterlagen auszuwerten. Ein Glücksfall war das Angebot des australischen Technikers Greg Isaac vom Queensland Museum, erhalten gebliebene Teile des Panzers „Mephisto“ auszubauen, danach Formen zu fertigen und diese abzugießen. Dadurch erhielt das Komitee originalgetreue Muster für die Bedien- und Schalthebel, Pedale, Wellen sowie Lager im Bereich des Fahrerstandes.

Die bundesdeutsche (Rüstungs-)Industrie zog solidarisch mit

Die Aufteilung der zu fertigenden Baugruppen auf die einzelnen Firmen erfolgte unter Berücksichtigung ihrer technischen und finanziellen Leistungsfähigkeit in der Wehrtechnik. Die angesprochenen Firmen haben fast ausnahmslos ihre Mitarbeit zugesagt und damit ein bemerkenswertes Zeichen der Solidarität gesetzt. Ihre beteiligten Fachleute entwickelten große Passion für diese ungewöhnliche Aufgabe, die Technik aus der Zeit des Ersten Weltkrieges nachzubauen – sehr oft verbunden mit Staunen und Hochachtung über das technische Können der Vorväter. Die von Krauss-Maffei übernommene Systemintegration beinhaltete über den Einbau der Baugruppen hinaus auch das Konstruieren und Fertigen von Halterungen, Gestängen und Sicherungen, den Endanstrich sowie die schnelle Reaktion bei auftretenden Schnittstellenproblemen.

Der geplante Fertigstellungstermin 31. März 1990 konnte trotz mancher im letzten Augenblick auftretender Friktionen dank des besonderen Einsatzes aller Beteiligten eingehalten werden. Die Endabnahme durch das Komitee am 5. April 1990 bewies, dass es in unglaublich kurzer Zeit gelungen war, in den beiden Bauabschnitten den deutschen Urpanzer des Ersten Weltkrieges bis in die Einzelheiten nahezu originalgetreu nachzubilden. Wenige Tage später, am 10. und 11. April, wurde der Nachbau zum Panzermuseum nach Munster überführt, um hier in einem Diorama seinen endgültigen Aufstellungsplatz zu erhalten zum Gedenken an die Leistungen und Leiden der ersten deutschen Panzersoldaten. Am 20. Juni 1990 erfolgte vor rund 400 geladenen Gästen aus der Industrie, der Bundeswehr und dem befreundeten Ausland die feierliche Übergabe des Nachbaus an das Panzermuseum.

Wie geplant wurde vom Komitee anlässlich der Übergabe das angekündigte Buch herausgegeben: „Sturmpanzerwagen A7V. Vom Urpanzer zum Leopard 2“, so der Titel. Es wurde von einem Expertenteam mit Unterstützung des wissenschaftlichen Redakteurs Heinrich Walle vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt erstellt. Das Buch beschreibt die Entwicklung des Kampfpanzers über die Jahrzehnte, den Wandel von Konzeption und Einsatz gepanzerter Truppen vom Ersten Weltkrieg bis heute, wobei auch der Blick auf das Umfeld, die beteiligten Menschen, Entwickler und Panzersoldaten nicht vergessen wird. Seit 2003 liegt es unter dem leicht veränderten Titel „Sturmpanzerwagen A7V. Vom Urpanzer zum Kampfpanzer Leopard 2“ in einer erweiterten Neuauflage vor. *Edelfried Baginski*

Der Verfasser dieses Beitrages war Koordinator des Bauabschnitts II und gehört zu den Autoren von „Sturmpanzer A7V“.

Der A7V im Ersten Weltkrieg

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte bei den damals führenden Großmächten die technische Waffenentwicklung mit dem Maschinengewehr, Geschützen mit Rohrrücklauf und dem technisch ausgereiften Repetiergewehr eine bis dahin kaum für möglich gehaltene Feuerkraft erreicht, deren Wirkung durch technische Verbesserungen bei der Munition noch wesentlich gesteigert werden konnte. Wenige Maschinengewehre konnten Massenangriffe der Infanterie abwehren. Die 700 Kilometer lange Westfront erstarrte im Stellungskrieg. Die nun aufkommenden Artillerieschlachten mit bis zu 10000 Granaten pro Angriffskilometer erwiesen sich als Abnutzungsschlachten ohne durchschlagenden Erfolg. Das war ein Zustand, den die Generalstäbe bis dahin nicht für möglich gehalten hatten.

Dabei hatte es nicht an Ideen und Vorschlägen gemangelt, die Mobilität der Truppe auf dem Gefechtsfeld durch geländegängige, geschützte Fahrzeuge zu verbessern. Es sei hier nur erinnert an die Eingabe des k. u. k. Oberleutnants Günther Burstyn, der ein „Kraftfahrgeschütz“ mit Drehturmbewaffnung vorschlug. Seine Eingabe im Jahre 1911 beim österreichischen Kriegsministerium blieb jedoch ebenso ohne Resonanz wie seine Patentanmeldung in Berlin im Jahre 1912. Traditionelle Vorurteile und falscher Waffenstolz hatten diese Initiativen gelähmt.

Erst der Einsatz von britischen Mark-I-Tanks bei Flers zirka 30 Kilometer südlich von Arras am 16. September 1916 ließ die Oberste Heeresleitung (OHL) am 11. Oktober 1916 die Entwicklung eines Panzerwagens fordern. Bereits einen Monat später erfolgte der Auftrag an die Abteilung 7 Verkehrswesen (A7V) des Allgemeinen Kriegsdepartements im preußischen Kriegsministerium, die Entwicklung eines deutschen Panzers mit höchster Dringlichkeit einzuleiten. Unverzüglich wurde eine Technische Kommission unter der Leitung von Oberingenieur Joseph Vollmer gebildet. Ihr gehörten leitende Konstrukteure der Firmen Opel, Daimler, Büssing, Nationale Automobil-Gesellschaft (NAG) und Audi an. Bereits im Januar 1917 wurde ein Holzmodell auf einem Fahrgestell mit Holt-Caterpillar-Kette und Laufrollensystem vorgestellt. Die Fertigung der ersten gepanzerten A7V erfolgte im Sommer 1917. Hauptauftragnehmer war Daimler in Berlin-Marienfelde. Bis 1918 wurden 20 Panzerfahrzeuge vom Typ A7V für drei Abteilungen zu je fünf Panzern plus fünf in Reserve gebaut.

Den britischen Vorbildern war der A7V außer durch seine bessere Führbarkeit durch den Kommandanten und Fahrer im Turm durch seine Feuerkraft überlegen. Den 18 Mann Besatzung standen eine 5,7-Zentimeter-Kanone mit mindestens 180 Granaten und sechs Maschinengewehre 08 mit bis zu 15000 Schuss Munition zur Verfügung. Der Panzer konnte auf der Stelle drehen und Gräben von bis zu zwei Metern Breite überwinden. Zwei Motoren mit je 100 PS machten das Gefährt auf der Straße bis zu 15 und im Gelände vier bis acht Kilometer pro Stunde schnell. Der Kraftstoffvorrat von zwei mal 250 Litern reichte für 35 Kilometer oder rund sechs Stunden Betrieb. Auch ansonsten sind die technischen Daten des 30 Tonnen schweren A7V beeindruckend. Die Dicke der Stahlpanzerung betrug 15 bis 30 Millimeter, die Länge 7,36 Meter, die Breite 3,06 Meter und die Höhe 3,4 Meter. Seine Ketten waren 52 Zentimeter breit und seine Bodenfreiheit betrug 20 Zentimeter. Das Fahrzeug hatte je drei Vorwärts- und Rückwärtsgänge.

Am 21. März 1918 erfolgte der erste Fronteinsatz der Abteilung 1 bei St. Quentin und am 24. April 1918 der Einsatz aller drei Abteilungen bei Villers-Bretoneux, wo es zum ersten Duell mit britischen Tanks kam. Bis Oktober erfolgten weitere Einsätze der Abteilungen mit einem Restbestand von neun A7V. Im Sommer 1919 wurden die Abteilungen aufgelöst und die Panzer an die Siegermächte gemäß Artikel 171 des Versailler Vertrages ausgeliefert. Der einzige noch existierende A7V mit Namen „Mephisto“ steht im australischen Brisbane vor dem Queensland-Museum. Er lag im Sommer 1918 schwer beschädigt zwischen den Fronten. Bei Kriegsende nahmen ihn die Australier als Kriegsbeute mit. *E.B.*

Der »tolle« Bismarck war kein Kostverächter

Johanna von Puttkammer gab dem Schwerenöter schließlich Ruhe und Halt – aber die Versuchung blieb

Otto von Bismarck hatte ein gestörtes Verhältnis zu seiner Mutter. Als Student trieb er es toll. Die Freundin einer Freundin wurde schließlich seine bessere Hälfte. Trotz glücklicher Ehe geriet er noch einmal in Versuchung.

Als Anfang Juli 1806 die 17-jährige Berlinerin Luise Wilhelmine Mencken den 35-jährigen märkischen Adeligen Ferdinand von Bismarck in der Potsdamer Garnisonskirche heiratete, hatte letztere eine ausgesprochen gute Partie gemacht. Die Braut war nicht nur schön und vermögend. Ihr wenige Jahre zuvor verstorbener Vater, Anastasius Ludwig Mencken, stand zudem als hoher preußischer Beamter gleich drei preußischen Königen nahe: Friedrich dem Großen, Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III.

An seiner Mutter vermisste er »Gemüt«

Die Ehe der beiden Bismarcks geriet gut, doch fehlte der Mutter nach den Worten Otto von Bismarcks das „Gemüt“. Sie erzog ihre Kinder ohne Liebe, dafür mit vielen Vorschriften, Befehlen und Strafen. Als Abkömmling einer ursprünglich aus Oldenburg stammenden Kaufherrenfamilie waren Bismarcks Ahnen mütterlicherseits seit Generationen Rechtsprofessoren an den Universitäten Leipzig, Wittenberg und Helmstedt gewesen. Aus der väterlichen Familie erbte Otto von Bismarck seinen hohen Wuchs und sein Selbstbewusstsein, aus der mütterlichen Familie hingegen seinen Intellekt und seinen regen Wissensdurst. Allerdings wurde Otto bereits mit sechs Jahren der Familie und dem so sehr geliebten Landleben entfremdet, weil ihn seine bildungsbeflissene Mutter in ein überstrenges Berliner Internat abschob. Anschließend erwarb er am damals besten Berliner Gymnasium „Zum Grauen Kloster“ sein Abitur. Bismarck hat seiner Mutter nie verziehen, dass sie ihn so brutal und lieblos abschob, und er war seitdem familiär entwurzelt. Ein Zu Mitte des 19. Jahrhunderts noch vorhandenes Tagebuch der Mutter ist verschollen, so dass man über ihre Beweggründe nur mutmaßen kann.

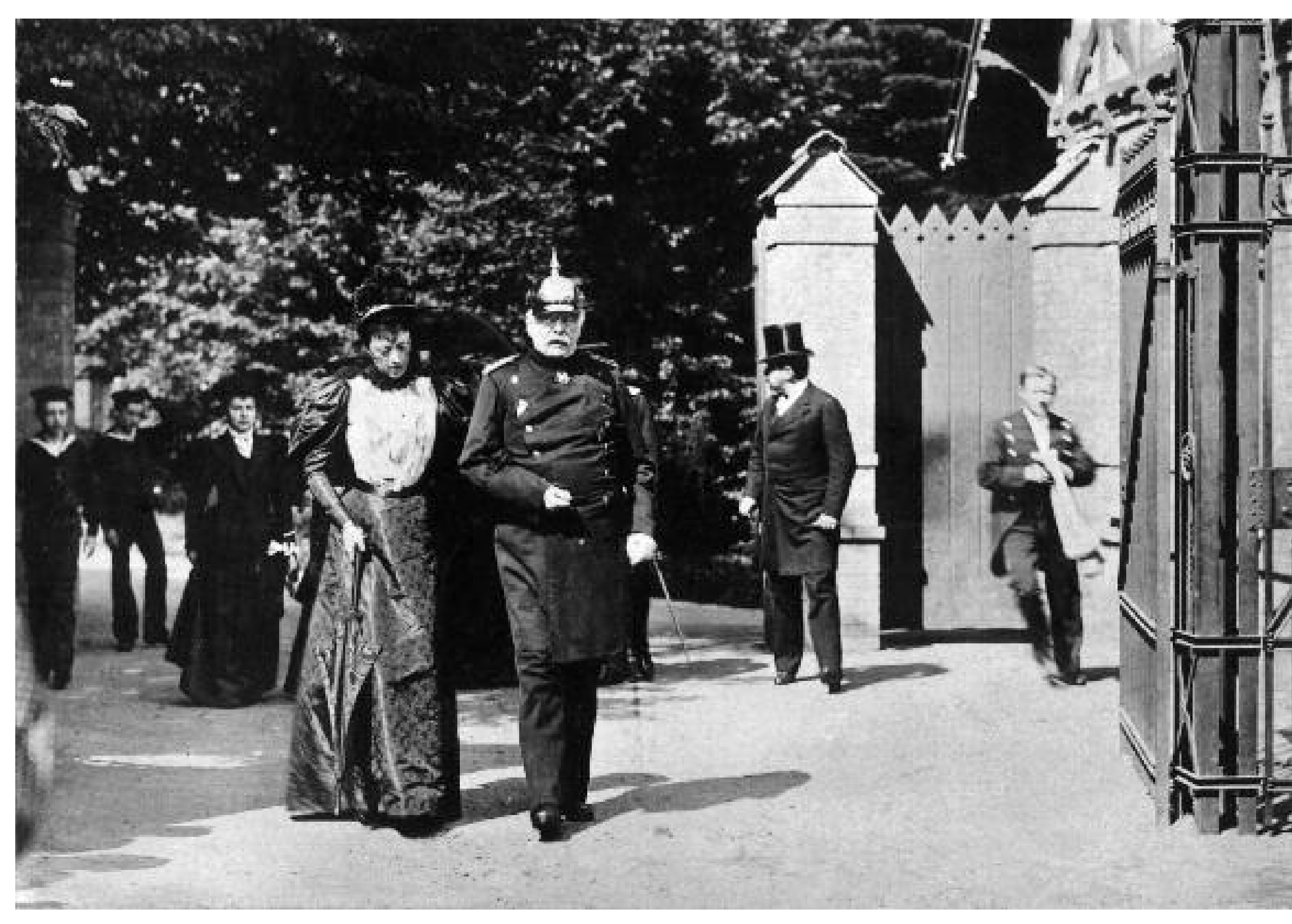
Als Student trieb es Bismarck „toll“, er verkehrte damals mit Prostituierten und als junger preußischer Beamter im Kurort Aachen gehörten zu seinem bevorzugten Beuteschema vor allem junge Engländerinnen. Bismarck war mehrfach verlobt, wobei er Verlobungen ebenso schnell zu lösen pflegte,, wie er sie schloss. Er meinte seinerzeit selbst über sich: „Ich bin zwar fortwährend excessiv verliebt, wechsle aber häufig den Gegenstand meiner Neigung.“ Diese Neigung kostete ihn schließlich 1837 seine dienstliche Karriere, weil er seiner neuesten englischen Flamme sechs Monate lang auf deren Reisen folgte, ohne Urlaub von seinen Vorgesetzten zu erbitten. Bismarck kehrte daraufhin nach Pommern zurück, wo seine Familie zusätzlich zum märkischen Schönhausen einige Güter geerbt hatte. Hier galt er als der „tolle“ Bismarck, über welchen man sich hinter vorgehaltener Hand alle möglichen wahren und unwahren Geschichten zu erzählen pflegte. Pflichtbewusste Mütter versteckten damals ihre heiratsfähigen Töchter vor Bismarck.

Doch selbst hier gelang es Bismarck, sich unglücklich zu verlieben. Es handelte sich um Marie von Thadden-Trieglaff, die Braut seines Schulfreundes Moritz von Blanckenburg. Obwohl auch jene Marie Otto von Bismarck sympathisch fand, heiratete sie natürlich ihren Moritz. Die an Gehirnhautentzündung früh verstorbene Marie von Thadden-Trieglaff hat trotzdem große Bedeutung für das weitere Leben von Bismarck erlangt. Einerseits versuchte sie, den religionskritischen Spötter wieder zum evangelischen Glauben zu bekehren. Andererseits machte sie den bereits über 30-jährigen Junggesellen mit seiner künftigen Ehefrau bekannt. Es handelte sich um eine Freundin Marie von Thaddens, die 22-jährige, aparte und schwarzhaarige Johanna von Puttkammer. Auf einer Harzreise im Sommer 1846, die das Ehepaar von Blanckenburg sowie Johanna von Puttkammer und Otto von Bismarck gemeinsam unternahmen, kamen sich beide schnell näher. Bismarck war schon nach wenigen Monaten Bekanntschaft wild entschlossen, diese ihn faszinierende, charaktervolle junge Dame zu heiraten. Sein Brautwerbebrief an die künftigen Schwiegereltern im pommerschen Reinfelde traf dort ausgerechnet am Weihnachtstag 1846 ein und verursachte eine Familienkrise. Ein befreundeter Gutsbesitzer klopfte dem alten Puttkammer mitfühlend auf die Schulter und sagte „Armer Heinrich!“, als man ihm mitteilte, dass ausgerechnet der „tolle“ Bismarck um die Hand des einzigen Kindes angehalten habe. Otto von Bismarck bewies hier zum ersten Male seine großen diplomatischen Fähigkeiten, indem es ihm gelang, den Widerstand der Puttkammers zu brechen und seine Braut anschließend zum Traualtar zu führen.

Ehefrau Johanna verschaffte Bismarck nicht nur das diesem bislang nie vergönnte Gefühl eines glücklichen Familienlebens. Sie schenkte ihm auch drei Kinder und führte den vormaligen Spötter zum christlichen Glauben zurück. Tränenerstickt äußerte der 79-jährige Bismarck zu seinem Leibarzt Ernst Schweninger nach dem Tod seiner Frau im Jahre 1894: „Was ich bin, das hat meine Frau aus mir gemacht.“

Otto von Bismarck führte eine harmonische Ehe, doch wäre es beinahe einmal zu einem Ausrutscher gekommen. 1862 bekleidete er für einige Monate das Amt des preußischen Botschafters in Paris, bevor ihn König Wilhelm I. zum preußischen Ministerpräsidenten berief. Auf einer Badereise im Kurort Biarritz verliebte sich Bismarck Hals über Kopf in die Frau des damaligen russischen Botschafters in Belgien, die schöne und elegante 21-jährige Fürstin Katharina Orlow. Die ganze Angelegenheit war bis zum Jahr 1936 nur wenigen Eingeweihten bekannt, doch dann veröffentlichte der aus Russland emigrierte Enkel jener Katharina in München den Briefwechsel seiner Mutter mit Otto von Bismarck. Daraus ergibt sich, dass Bismarck zwar dem schönen Geschlecht keineswegs abgeneigt war, sich aber letztlich auf seine Pflichten als treuer Ehemann und preußischer Adeliger besann.

Jürgen W. Schmidt



Als Gastgeber des Großherzogspaares von Mecklenburg-Schwerin um 1894: Johanna und Otto von Bismarck Bild: bpk

Wie der Liberalismus in den Bergbau Einzug hielt

Vor 150 Jahren erließ König Wilhelm I. das Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten, das bis 1982 gültig blieb

Das am 24. Juni 1865 von König Wilhelm I. erlassene „Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten“, das letztendlich bis zum 10. Januar 1982 Gültigkeit behielt, beendete die staatliche Bevormundung des Bergbaus und ermöglichte eine enorme Entfaltung der unternehmerischen Kräfte im Bereich der Montanindustrie.

Mit Beginn der Industrialisierung wuchs der Verbrauch an Eisen und Kohle um ein Vielfaches. Deshalb kam es im Ruhrgebiet und anderen Regionen Preußens zu einem rasanten Aufschwung des Bergbaus. So stieg allein in der Region zwischen Duisburg und Dortmund die Zahl der Kohlegruben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf 296. Im selben Zeitraum verzehnfachte sich die Fördermenge. Dies wurde vor allem durch den Übergang vom Stollenbergbau zu Tiefbauzechen möglich – beginnend mit der Abteufung eines 46 Meter tiefen Seigerschachtes in Langendreer bei Bochum im Jahre 1800. Ebenso führte der Einsatz von Dampfmaschinen ab 1809 zur Steigerung der Produktivität. Das gleiche galt für die Verwendung von Presslufthämmern und anderen Hilfsmitteln unter Tage.

Die staatliche Bevormundung des Bergbaus fand mit dem Gesetz ein Ende

Andererseits war aber das Anlegen und Betreiben der neuen, senkrechten Schächte mit erheblichen Kosten und wirtschaftlichen Risiken für die Bergwerksbetreiber verbunden, da der künftige Ertrag der Grube nur schwer abgeschätzt werden konnte. Deshalb machten sich bergbauliche Interessenverbände im Verein mit liberalen Politikern für die Überarbeitung der völlig veralteten preußischen Berggesetzgebung stark, die auf eine Gängelung des freien Unternehmertums hinauslief und zudem auch noch als wirres Konglomerat von allerlei verschiedenen Vorschriften daherkam. Einerseits existierten um die 50 feudale und bis zu 300 Jahre alte Provinzialbergordnungen sowie Verträge mit den jeweiligen Landesherren, wie der zwischen dem böhmischen König Ferdinand I. und den Ständen in der Lausitz von 1534, andererseits galt in den linksrheinischen Gebieten, die eine Zeitlang unter napoleonischer Besatzung gestanden hatten, nach wie vor das französische Berggesetz vom 21. April 1810. Des Weiteren kamen die bergrechtlichen Bestimmungen des Allgemeinen Preußischen Landrechtes vom 1. Juni 1794 zur Anwendung. Und dann gab es zusätzlich noch das sogenannte gemeine deutsche Bergrecht, ein ungeschriebenes und damit äußerst schwer zu handhabendes Gewohnheitsrecht.

Die meisten dieser Vorschriften basierten indes auf dem Prinzip der strikten staatlichen Reglementierung beziehungsweise „Direktion“, weil die preußischen Herrscher den Bergbau für kriegswichtig befunden hatten. So lagen die wesentlichen Entscheidungskompetenzen bei den königlichen Revierbeamten beziehungsweise Berg- und Oberbergämtern und nicht bei den Bergwerksbetreibern, die sich damit natürlich in ihren Gewinnerzielungsmöglichkeiten behindert sahen. Hierdurch entstand ein immer größerer Reformstau, dessen Auflösung ab 1826 in Angriff genommen wurde. Besonders die Provinziallandtage von Schlesien, dem Rheinland und Westfalen übten entsprechenden Druck auf die staatliche Bürokratie aus. Diese wiederum war gespalten in Befürworter des alten Systems und jene, die den preußischen Haushalt von den immer höher werdenden Ausgaben zu entlasten trachteten, die durch die Beamtenschar entstanden, der die Kontrolle und Lenkung des privatwirtschaftlichen Bergbaus oblag.

Zur letztgenannten Gruppe gehörte auch der preußische Finanzminister Karl Georg Maaßen. Unter seiner Ägide entstand 1833 der erste ausführliche Entwurf für ein einheitliches und modernes Berggesetz, in dem das staatliche Recht zur formellen Oberaufsicht über den Bergbau an die Stelle des alten Direktionsprinzips trat. Allerdings starb Maaßen zum Ende des Folgejahres. Damit verschwand das vielversprechende Papier in der Ablage.

Enorme unternehmerische Kräfte im Bereich der Montanindustrie wurden freigesetzt

Allerdings folgten 1841 und 1846 zwei weitere Vorschläge zur Neukodifizierung des Bergrechtes. Diese atmeten nun wieder den Geist der vorindustriellen Feudalzeit. Verantwortlich hierfür war der überragende Einfluss von Ernst August Graf von Beust, der seit dem 1. November 1840 als Oberberghauptmann und Direktor der Abteilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Berliner Finanzministerium fungierte. Dieser oberste Bergbeamte Preußens zählte zu den entschiedensten Verfechtern einer rigiden staatlichen Einflussnahme auf alle Bereiche des Bergbaus. Jedoch gelangten auch die von ihm favorisierten Entwürfe wegen der Revolution von 1848 nicht zur Verhandlung. Stattdessen erfolgten 1848 und 1849 zwei neue Gesetzesinitiativen unter Rückgriff auf die erste unternehmerfreundliche Fassung aus dem Jahre 1833.

Aber noch saßen die Konservativen am längeren Hebel. Damit scheiterte auch dieses Vorhaben. Gleichzeitig wuchs die Notwendigkeit, die Rechtslage an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen – nicht zuletzt, um die preußischen Bergwerkseigentümer gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu stärken. Deshalb griff der Staat schließlich zum Instrument der sukzessiven Veränderung einzelner, besonders hinderlicher Bestimmungen des Bergrechts. Nach einer ersten Novelle „Über die Verleihung des Bergeigenthums an Flözen“ vom 12. Mai 1851 folgten bis zum Juni 1863 noch 13 weitere solcher Detailregelungen. Hierdurch kam es zu einem sichtlichen Aufblühen des Bergwesens in Preußen, was dann auch die Reformgegner nach und nach umstimmte.

Das Resultat dieses Prozesses war der „Vorläufige Entwurf zu einem allgemeinen Berggesetze für die preußischen Staaten“ von 1862, den das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorlegte und anschließend diversen Behörden, Handelskammern, bergbaulichen Vereinen und Unternehmern zur Begutachtung übergab. Dabei erfuhr das Konzept, das die volle Selbstständigkeit der Bergbauindustrie bei gleichzeitiger Beschränkung des Staates auf die Überwachung des Grubenbetriebes im Hinblick auf Sicherheit und die Wahrung aller sonstigen öffentlichen Interessen vorsah, eine weitestgehend positive Resonanz. Deshalb konnte König Wilhelm I. schließlich am 24. Juni 1865 „mit Zustimmung beider Häuser des Landtages für den ganzen Umfang der Monarchie“ das „Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten“ verkünden. Dieses trat am 1. Oktober 1865 in Kraft und galt im westlichen Teil Deutschlands bis 1982, wonach es durch das noch heute gültige Bundesberggesetz abgelöst wurde.

Wolfgang Kaufmann

Gegen den Strom

Zu: Warum Deutschland wirklich ausstirbt (Nr. 23)

Wenigen Menschen ist offensichtlich bewusst, dass die Versuche zur Zerstörung der Familie bereits in der Zeit des kommunistischen Sowjetregimes begannen. Man wollte sich die Voraussetzungen für gefügige Untertanen schaffen. Die Nationalsozialisten – es waren ja auch braune Sozialisten – führten das weiter. Die moderne Industriegesellschaft scheint das alles nicht wahrgenommen zu haben, wundert sich aber über die Folgen.

Trotz alledem sollte man aber die Hoffnung nicht aufgeben, dass es noch Menschen gibt, die hier versuchen, bewusst gegenzusteuern, und sie sind dabei, auch den Mund aufzumachen.

Prof. Dr. Martin Knappke, Karlsruhe

Polen sind keine Griechen

Zu: Was bringt Duda den Deutschen? (Nr. 23)

Es macht Freude anzusehen, wie sich Polen in den letzten Jahren entwickelt hat. Wer in das Land reist, sieht überall aktive Menschen. Es wird viel gebaut und gewerkelt. Land und Leute gehen voran.

Dabei hat der Pole nicht den Griechenfehler gemacht, denn er hat seine Währung behalten. Eine richtige Entscheidung, es geht ihm nicht schlecht damit.

Nun sind in den letzten Jahren allerdings 3,5 Millionen junge Polen in die Welt ausgewandert, um Bildung und Arbeit zu suchen. Man trifft sie überall, in Belfast, London, Holland, Belgien, Frankreich, USA, Kanada und so weiter. Auch kommen der Aufschwung und die EU-Millionen nicht bei allen an. Das ist aber kein polnisches Problem, das ist das System „Marktwirtschaft“, also Kapitalismus.

Nun wird sich auch in Polen irgendwann das Blatt vom EU-Geldempfänger zum gleichberechtigten Mitspieler, also ebenfalls Einzahler und Kredit-Rückzahler, wenden. Nun, das weiß auch diese Regierung und sucht sich schon mal zukünftige Einnahmequellen. Und wenn Polen dann „Frontstaat“ wird, da kommt was in die Kasse.

Ich denke, der normale polnische Bürger möchte in Ruhe leben, arbeiten, Frieden mit allen Europäern, links und rechts seiner Grenzen. Und die Geschichte hat gezeigt, dass Polen immer Opfer von Großmachtplänen anderer Staaten wurde. Ich wünsche den Polen, dass das jetzt nicht erneut passiert.

G. Bonin, Sassnitz

Schwammiger Klartext-Minister

Zu den Leserbriefen zum Thema „Moral und Heuchelei“

Ich kann den Leserbriefen zum Thema der Zuwanderer-Toten im Mittelmeer nur beipflichten. Wenn ich mir die Bilder von den Geretteten in den Nachrichten ansehe, wie gutaussehend und wohlgenährt die schwarzen und ausschließlich männlichen Gesichter voller Erwartung in die Kameras blicken und dabei der Kommentator sagt, die wenigen Frauen seien auf der gefährlichen Überfahrt ertrunken, mache ich mir so meine Gedanken.

Wenn unser Finanzminister von Billionen an Euro von Sparvermögen der Deutschen erzählt, weckt das Begehrlichkeiten, und klingt das für mich wie ein Märchen. Denn nur die Aktionäre in Übersee haben durch die Finanzkrise in Europa Kasse gemacht. Meine Ersparnisse sind zusammengeschrumpft und tun es immer noch, dank unserem italienischen EZB–Manager Draghi.

Minister Schäuble hat vor Kurzem einen Rechenfehler bei der Staatskasse eingeräumt. Hoffentlich entpuppt sich seine stolze Billion nicht als Ente bei der italienischen Rechenmethode im Bilanzrecht der Deutschen. Endlich hat mal einer den Mut, Klartext zu reden, wie es die sogenannten Befreier wirklich getrieben haben. Vielen Dank! Ich bin zwar erst nach dem Krieg geboren, aber bis heute hatte ich Krieg. Und ich werde jedes Jahr daran erinnert, wie schäbig ich bin. Und „Befreier“: Bei dem Wort müsste Putin schmunzeln. Wenn der Gute mit Klartext eher gekommen wäre, hätte er womöglich hier noch seinen Job verloren.

Gudrun Piel, Witten

Lügenparolen

Zu: 70 Jahre Kriegsende (Nr. 19)

„Hitler, der Befreier“. So lautete die im Sommer 1941 in den deutschbesetzten Dörfern und Städten der Sowjetunion an die Mauern gemalte Lügenparole der Anhänger des Nationalsozialismus. Die damalige erschütternde Realität ist jedem hinlänglich bekannt.

Heute sind es bundesdeutsche Politiker, die von „Befreiung“ schwadronieren. Gemeint ist das Jahr 1945. Stellt sich bloß die Frage: Waren es wirklich alles „Befreier“, die Millionen Frauen vergewaltigt, ganze Volksgruppen aus der angestammten Heimat vertrieben, wahllos Menschen zur Zwangsarbeit verschleppt und eine restlos am Boden liegende Nation ausgeplündert haben?

Vincenz Oertle, Teufen AR/Schweiz

Ungleich verteilte Sozialgelder

Zu: Viel zu tun für die Marine (Nr. 24)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat für Migranten und Flüchtlinge für dieses Jahr 600 Millionen Euro eingeplant. Und es fordert vom Bund finanzielle Unterstützung. Man stelle sich vor, diese unglaubliche Summe nur für ein Bundesland! Wenn man hier auf alle Bundesländer hochrechnet, kommen wir hier auf einen x-Milliarden Betrag, welcher nur für die Ansiedlung von „hochqualifizierten“ Migranten und Flüchtlingen aufgebracht werden muss. Für die Infrastruktur Deutschlands sind keine oder nur wenige Gelder vorhanden.

Für 2015 erwartet Deutschland weitere 500000 Asylanten. Medien berichten, Asylanten kaufen neueste Smartphones. Des Weiteren erhält jeder vom Staat als Erstausstattung pro Person 2800 Euro, dies konnte man jedenfalls in einschlägigen Medien lesen. Der Wahrheitsgehalt ist hier zu hinterfragen. Die gut genährten und vor allem erstklassig angezogenen Asylanten tragen nur Markenjeans und neue Klamotten vom Feinsten und geben sich auf Kosten des deutschen Michels dem „Dolche Vita“ hin.

Nun ist auch klar, warum alles nach Deutschland will. In Parks und Restaurants genießt man die Frühjahrs-Sonne und die blöden Deutschen buckeln dafür, um den lieben Asylanten eine Deutsche Willkommenskultur angedeihen zu lassen. Wer Kontakt zu Personen hat, welche auf Sozialämtern oder Ausländerbehörden arbeiten, kann hier hinter vorgehaltener Hand Dinge erfahren, die unglaublich sind: nämlich Forderungen und nochmals Forderungen.

Fakt ist ja auch, Asyl ist eine Art Überbrückung und ist nicht auf Dauer angelegt. Das mag woanders zutreffen, aber nicht in Deutschland. Wer hier einmal ist, hat es geschafft. Diese ganze unselige Asylpolitik muss mit einem – gemeinsamen Neuansiedlungsprogramm der EU – in Zusammenhang stehen. Dieses Programm wird wahrscheinlich von Deutschland konsequent durchgesetzt. Als ich in der Presse vernehmen konnte, für dieses Jahr werde das Kindergeld um vier Euro und ab 2016 um weitere zwei Euro erhöht, dachte ich, hier handelt es sich um einen Aprilscherz. Aber nein, es ist die Wahrheit. Familien sowie alleinerziehende Mütter werden sich über den „Geldsegen“ freuen.

Wenn es aber um eine Erhöhung der Diäten unserer Volksvertreter geht, wird ordentlich zugelangt. Eine Erhöhung von 600 bis 700 Euro monatlich wird hier als „angemessen“ betrachtet. Da fehlen einem regelrecht die Worte.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen



Reine Männergesellschaft: Wieder hat ein Schwung Armutszuwanderer aus Afrika Europas Küste erreicht — Bild: action press

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gesandten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Papier für tote Fische

Zu: Zurückpöbeln verboten (Nr. 23)

Die sozialdemokratische Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles war wahrscheinlich irgendwo nur zu blöd, in einen Paternoster einzusteigen. Das quittiert man natürlich in der herrschenden Klasse sofort mit einer Verordnung. Und die Wochenzeitung „Die Zeit“ ist nun mal eine Qualitätszeitung. Sie eignet sich hervorragend, um tote Fische einzuwickeln. Daher lese ich ja auch nur die *Preußische Allgemeine*.

Dr. Peter Siemens, Hamburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 25 – 20. Juni 2015

MELDUNGEN

Rückzug vom Rückzug

Königsberg. – Auf der Internetseite des Kreml hieß es, der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolaj Zukanow, habe während einer persönlichen Unterredung mit Präsident Wladimir Putin um die Gewährung seines vorzeitigen Rücktritts gebeten. Der Mitteilung zufolge nahm Putin das Gesuch an und ernannte Zukanow bis zu den turnusmäßigen Wahlen am 13. September zum Kommissarischen Gouverneur. Putin verabschiedete Zukanow demnach mit den Worten, er würde zurecht auf die gewaltigen ungelösten Probleme des Gebietes hinweisen, hätte aber allen Grund, sich bei den anstehenden Wahlen erneut zu bewerben, um seine bisherige Arbeit fortzusetzen. Zur allgemeinen Überraschung wurden einen Tag später die Meldung wie der gleichfalls veröffentlichte Erlass zur vorläufigen Neubestallung Zukanows bis zu den Wahlen aus dem Netz genommen. Regierungssprecher Dmitrij Peskow erklärte, dass es sich bei der Meldung um einen „technischen Fehler“ handele, es weder einen Rücktritt Zukanows gegeben habe noch geben werde. Wie auch immer der technische Ablauf dieses „doppelten Rückzugs“ zu interpretieren sein mag, so steht doch fest, dass einerseits Textvorlagen für eine Entlassung Zukanows im Kreml existieren, andererseits jemand offenbar gezielt für deren Veröffentlichung sorgte. Der seit Jahren als politisch angeschlagen geltende Zukanow dürfte wohl den Zenit seiner Macht überschritten haben. *T.W.W*

Störungen des Verkehrs

Allenstein –Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Berghof [Tatary] – Candien [Kanigowo], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Powiersen [Powierz], Baustelle; Powiersen – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Groß Herzogswalde [Laseczno] Fußgängerzonenbau; Proberg [Probark] – Kossewen [Kosewo], Randstreifenarbeiten; Nikolaiken [Mikołajki], Randstreifenarbeiten; Arys [Orzysz] – Lyck, Baustelle; Wyssocken [Wysokie] – Rutki, Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle; Spiegelberg [Sprecowo] – Diwitten [Dywity], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Groß Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 58: Ortelsburg [Szczytno] – Alt Keykuth [Stare Kiejkuty], Baustelle; Altkelbunken [Stare Kiełbonki], Baustelle. Straße Nr. 58b: Johannisburg [Pisz], Straßenrenovierung; Straße Nr. 59: Rhein [Ryn] – Weydicken [Wejdyki], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Brückenrenovierung; Angerburg, Zamkowa Straße, Baustelle. Straße Nr. 65: Herzogskirchen [Gaski] – Przytullen [Przytuły], Baustelle; Lyck [Ełk] – Prostken [Prostki], Baustelle; Lyck – Neuendorf [Nowa Wies Ełcka] – Fußgängerzonenbau. *E.G.*

Abriss der Stadtautobahn geplant

St. Petersburger Architektenbüro »Studio 44« gewann Königsbergs städtebaulichen Wettbewerb

Die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs um die Neugestaltung Königsbergs sind in der Berliner Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung präsentiert worden.



Preisgekrönter Entwurf: Jawejn stellt seine Pläne zur Umgestaltung des Königsberger Zentrums vor *Bild: Leh*

Wie das deutsche Jury-Mitglied Hans Stimmann erklärte, soll die Stadtautobahn „Leninskij Prospekt“ abgerissen werden und eine kleinteilige Bebauung im „Herzen der Stadt“ erfolgen.

Verblüfft registrierte Andreas Kleine-Kraneburg, der Leiter der Akademie der Adenauer-Stiftung, wie viele Hände in die Höhe gingen, nachdem er gefragt hatte, wer schon einmal in Königsberg gewesen sei. Auch geborene Königsberger waren unter den Gästen im großen Akademie-Saal in der Tiergartenstraße. Die Adenauer-Stiftung hatte auf Anregung des CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig zur Vorstellung der Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs eingeladen. Aus der Pregel-Stadt begrüßte Kleine-Kraneburg den Schriftsteller, Kulturwissenschaftler und Leiter des Stadtplanungsbüros, Alexander Popadin. Dieser ist zudem Vorsitzender des Rates für Kultur des Bezirksgouverneurs. Sodann stellte Kleine-Krahnert den Sieger im internationalen Städtebauwettbewerb Königsbergs vor, den Chef des St. Petersburger Architektenbüros „Studio 44“, Professor Nikita Jawejn, der mit seinem Mitarbeiter Iwan Koschin an die Spree gekommen war. Die Preisträger wurden bereits im letzten Herbst in Königsberg ausgezeichnet.

Der frühere Berliner Staatssekretär und Senatsbaudirektor Hans Stimmann war Mitglied der international besetzten Jury. Gemeinsam mit Popadin, Jawejn und Koschin erläuterte er die Planungen für Königsbergs „Heart of the City“. Herz der Stadt, nennt sich die von Popadin geleitete Bürgerinitiative, die sich eine Neugestaltung des Stadtzentrums vorgenommen hat. Unter der Überschrift „Operation am offenen Herzen“ hatte Stimmann bereits letztes Jahr einen Beitrag über das Resultat des Wettbewerbs in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht.

Wie Stimmann erklärte, war eine Studie der Initiative „Heart of the City“ unter Leitung Popadins Grundlage der Wettbewerbsausschreibung. Diese hatte einige Vorgaben gemacht. Es sollte nicht um eine Wiederherstellung des historischen Erscheinungsbildes gehen, sondern um eine Neubestimmung und Neugestaltung des Altstadtareals und seiner weiteren Umgebung. Das „Haus der Sowjets“, das

Hauptverkehr soll in die Peripherie

rund 70 Meter hohe Gebäude im Stil des sowjetischen Brutalismus, sollte erhalten bleiben. Das Wettbewerbsgebiet umfasste den engeren Bereich von Altstadt und Schlossgelände sowie 56 Hektar mitsamt Kneiphofinsel. Die Insel, in der Ausschreibung „Kant-Island“ genannt, sollte nicht bebaut und zu einem „Philosophischen Park“ entwickelt werden. Allenfalls in unmittelbarer Nähe des Doms hätten die Auslober des Wettbewerbs eine Bebauung für sinnvoll erachtet, erklärte Stimmann. Auf dem Gelände von Altstadt und Schloss soll ein Zentrum für Kommunikation und Kultur mit einer Konzerthalle und unter anderem einem Kunstmuseum entstehen.

Am Wettbewerb beteiligten sich 39 Architekten. In der internationalen Jury unter Vorsitz des Holländers Bart Goldhoom saßen unter anderem zwei Deutsche, die Chefarchitekten von Region und Stadt sowie der Gouverneur der Region, Nikolaj Zukanow, sowie Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk. Neben dem Wettbewerbssieger „Studio 44“ wurden auch Entwürfe von Architektenbüros aus Frankreich, Großbritannien und Schweden prämiiert.

Der Entwurf von „Studio 44“ sieht den Abriss der Autobahn „Leninskij Prospekt“ (Vorstädtische Langgasse, Kneiphöfische Langgasse, Steindamm) vor. Anscheinend auch, soweit es auf den Modellzeichnungen erkennbar war, den der kreuzenden Autobahn „Moskowskij Prospekt“ (Unterlaak, Altstädtische Langgasse). Der Verkehr dieser bisherigen großen Straßen soll in die Peripherie verlegt werden.

Stimmann erklärte, neben dem vorgesehenen Abriss der Stadtautobahn finde er beim Entwurf von „Studio 44“ die geplante kleinteilige Bebauung, die wenn möglich auf den historischen Hausfundamenten erfolgen solle, am wichtigsten. „Also keine großen Klötze“, fügte er hinzu. Damit verbunden sei der Versuch der „Reetablierung einer Bürgergesellschaft“. Der Entwurf von „Studio 44“ sei ein „auch nach unseren Maßstäben wunderbares Projekt“. Allerdings sei er skeptisch, erklärte Stimmann, ob die Stadt auch die ökonomische Kraft aufbringe, es tatsächlich zu verwirklichen. *Michael Leh*

Wechsel im Königsberger Dom-Direktorium

Nach 23 Jahren muss Dombaumeister Odinzow seinen Hut nehmen – Arkadij Feldman wird neuer Leiter

Das regionale Ministerium für Kultur hat den Vertrag des Domdirektors Igor Odinzow nicht verlängert. Damit endet eine Ära der ständigen Leitung der staatlichen Organisation „Kathedrale“, die im Jahr 1992 begann. Gerüchte, dass Odinzows Arbeitsvertrag nicht verlängert würde, hatte es schon vor zwei Jahren gegeben. Dennoch kam die Nachricht, dass Odinzow nicht länger Domdirektor sein wird, unerwartet. Vor allem verwunderte die plötzliche Art. Es lag nahe, dass der 78-Jährige irgendwann seinen Posten verlassen würde, aber da Odinzow seine Arbeit mit der feurigen Energie eines jungen Spezialisten ausübte, hatte niemand so bald damit gerechnet.



Igor Odinzow *Bild: MRK*

Da die normalerweise vorgeschriebene öffentliche Stellenausschreibung bei der Besetzung der Leitung einer staatlichen Einrichtung ausblieb und stattdessen Arkadij Feldman zum neuen Direktor ernannt wurde, gab diese Vorgehensweise Anlass zu Spekulationen. Es ist bekannt, dass Odinzow konsequent die Arbeit des regionalen Kulturministeriums kritisiert hat und er als äußerst prinzipientreu galt.

Gouverneur Nikolaj Zukanow unterschrieb eine Verordnung, Odinzow mit dem Orden „Für die Verdienste um die Kaliningrader Oblast“ auszuzeichnen. Allerdings hat der ehemalige Domdirektor die Annahme der Auszeichnung verweigert. Zukanow seinerseits stellte bei einer Sitzung des Kulturrats beim Gouverneur des Gebiets fest, dass es eine Zeit gegeben habe, als der Dom abgerissen werden sollte. Doch dann sei die Entscheidung gefallen, ihn wieder aufzubauen.

Odinzow ist für sein stürmisches, unberechenbares und manchmal rücksichtslos ungehobeltes Verhalten bekannt. Doch diese Eigenschaften waren es auch, die es ihm ermöglichten, sich für lange Zeit in seinem Dienst zu halten und, noch wichtiger, die Unversehrtheit des Doms zu garantieren. Solange Odinzow den Dom leitete, gab es keinen Zweifel daran, dass Pläne zur unsachgemäßen Nutzung des Doms sowie der Insel, auf der er sich befindet, nicht realisiert würden. Da sei der Versuch der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) genannt, sich das Eigentum am Dom zu sichern. Der Königsberger Dom ist fast das einzige Gebäude, das gegen die Begehrlichkeiten der ROK verteidigt werden konnte. Gerüchten zufolge fiel die endgültige Entscheidung über diese Frage in Moskau. Alle anderen Kirchen, über die die gesetzgebenden Versammlungen des Gebiets und der Städte zu entscheiden hatten, sind in den Besitz der ROK übergegangen.

Eine andere Gefahr geht von den vielzähligen Initiativen aus, die das Antlitz der Insel bis zur

Odinzow verhinderte Zweckentfremdung des Doms

Unkenntlichkeit verändern wollen. Einige wollen der Insel ihr Vorkriegs-Aussehen wiedergeben. Diese Initiative hat eine Bebauung von gewaltigem Ausmaß mit Wohnhäusern, Geschäfts- und Erholungszentren zum Ziel. Dabei gilt es zu bedenken, dass im Vorkriegs-Königsberg weitaus weniger Verkehr auf den Straßen fuhr und zahlreiche Plätze und Grünflächen für die ökologische Bilanz sorgten. Heute ist die Grünfläche um den Dom quasi das grüne Herz der Stadt. Der Kneiphof ist für viele Städter ein beliebter Ort für Spaziergänge. In Königsberg gibt es nur wenige historische Bauten, die das Kolorit eines Stadtzentrums vermitteln und es attraktiv machen.

Nach dem Weggang Odinzows kann sich vieles verändern. Ob der neue Direktor des Königsberger Doms, Arkadij Feldman, denselben prinzipienfesten Standpunkt einnehmen wird wie Odinzow, muss sich zeigen. Allerdings ist es wichtig, dass ein verdienter Kulturvertreter die Leitung übernimmt.

Feldman hat viele Jahre das Sinfonieorchester geleitet. Seine Ernennung begrüßten vor allem seine Musikerkollegen enthusiastisch, aber auch die Leiter anderer kultureller Einrichtungen. Zweifelsohne hat das musikalische Kulturprogramm des Doms alle Chancen, noch reicher und vielfältiger zu werden. Von daher kann der Dom als musikalischer Veranstaltungsort der Stadt unter der Leitung von Feldman nur gewinnen. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wir schließen nahtlos auf zu der letzten Folge, in der wir über die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräbersorge (VDK) veranstaltete Feier in Esbjerg berichteten, deren voller Titel so lautet: „Gedenkveranstaltung zum Ende des Zweiten Weltkrieges und zum Gedenken an die Flüchtlinge in Dänemark, Deutsche Kriegsgräberstätte Esbjerg“. Allerdings hatten wir nur kurz auf die Gestaltung der am 8. August stattfindenden Feier hingewiesen, zu der auch wir beitragen, denn der Schauspieler **Herbert Tennigkeit** wird das Gedicht von **Agnes Miegel** „O Erde Dänemarks“ über den Gräbern sprechen. Und noch ein weiteres von **Walter Scheffler**, das vielleicht in dem während der Lagerzeit entstandenen Büchlein „Gesänge hinter Stacheldraht“ enthalten ist. Dieses kleine Werk, das der ehemalige Buchbinder selber gebunden hatte und von dem es deshalb nur wenige Exemplare gab, suchen wir dringend und haken hiermit noch einmal nach. Der eigentliche Grund dieser erneuten Publizierung liegt aber in der Ankündigung des Programms, das uns nun vorliegt. Es dürfte vor allem die Leser interessieren, die sich noch unschlüssig über eine Teilnahme an der Feier sind. Sie beginnt am Sonnabend um 11 Uhr und wird mit einem Musikstück von dem dänischen Prinsens Musikkorps eingeleitet, das auch für die weitere musikalische Gestaltung der Feier sorgt. Herr **Hauke Homeier**, als Referent des VDK verantwortlich für diese Gedenkveranstaltung, wird die Teilnehmer begrüßen, es folgen die Grußworte des Vizebürgermeisters von Esbjerg und von Oberstleutnant i. G. **Axel Gerke**, Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft in Kopenhagen. Die Gedenkansprache hält **Wolfgang Wieland**, Mitglied im Bundesvorstand des VDK. Die dann von Herbert Tennigkeit gesprochenen Gedichte werden von Musik umrahmt, es folgt eine ökumenische Andacht. Bevor die Kranzniederlegung erfolgt, wird das Lied „Der gute Kamerad“ als Trompetensolo über den Gräbern erklingen. Die Feier endet mit den Nationalhymnen des Königreiches Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland.

Soweit also das vorläufige Programm, das eine würdige Gedenkfeier verspricht. Es dürfte vor allem unsere Leser – und da besonders die ehemals in Dänemark internierten – aus dem Norden der Bundesrepublik interessieren, die keine lange Anfahrt haben. Leider sind die Busse, die der VDK von Schleswig-Holstein aus einsetzt, schon voll besetzt. Aber vielleicht können sich Fahrgemeinschaften bilden, und da bin ich für eine rechtzeitige Unterrichtung dankbar. Der Sommertag ist ja lang und die Fahrt durch das weite Jütland mit seinen guten Straßen angenehm. Wer noch Fragen oder Anregungen zu der Gedenkveranstaltung hat, wende sich bitte an Herrn Hauke Homeier, VDK Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Gedenkkultur und Bildungsarbeit, Werner Hilpertstraße 2 in 34112 Kassel, Telefon (0561) 7009-140, E-Mail: hauke.homeier@volksbund.de



Was bedeuten die Buchstaben S und L im Königsberger Wappen? Bild: privat

Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen bieten immer wieder Anlass, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden, um ergänzende Angaben zu bekommen. So wendet sich Herr Dr. **Bernd Schimpke** aus Hamburg an uns, der als Sammler der Arbeiten der Niddener Künstlerkolonie auch Bilder des Malers **Carl Knauf** besitzt und nun ein Vermächtnis der leider verstorbenen **Maja Ehlermann-Mollenhauer** erfüllen will. Dr. Schimpke schreibt: „Carl Knauf gehörte zu den herausragenden Malern der Niddener Künstlerkolonie. Kein anderer verkaufte zu Lebzeiten so viele Bilder wie er. Leider ist nicht viel über den Menschen Karl Knauf überliefert. Er lebte sehr zurückgezogen, hielt sich stets in der Natur auf, für keinen ansprechbar, wenn er malte. Carl Knauf verstarb am 1. April 1944 in Nidden im Alter von nur 51 Jahren. Frau Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter von **Ernst Mollenhauer**, wollte ihm noch ein Grabkreuz auf dem bekannten Niddener Friedhof setzen, denn er wurde fast neben dem Grab ihres Großvaters **Hermann Blode**, dem legendären Mäzen der Niddener Künstler, beigesetzt. Leider verstarb Frau Ehlermann-Mollenhauer vor drei Jahren. Nun möchte ich dieses Vorhaben der Verstorbenen realisieren und frage die Leserinnen und Leser der Ostpreußischen Familie: Wer hat den Maler Karl Knauf noch persönlich kennen gelernt und kann etwas über ihn als Menschen sagen? Hat jemand sein Grab auf dem Niddener Friedhof einmal besucht und vielleicht sogar fotografiert? Ihre Kenntnis würde mir sehr helfen, das Grabkreuz noch in diesem Jahr anlässlich der Eröffnung einer großen Carl-Knauf-Ausstellung in der Domschaitis-Galerie in Memel/Klaipeda im Oktober zu errichten.“ Es geht hier also um viel mehr als um Informationen für eine Ausstellung, denn das Grabkreuz wird das Gedenken an diesen so früh verstorbenen Maler – der die Vertreibung nicht mehr erleben musste sondern in der Erde der von ihm geliebten Kurischen Nehrung ruht – für immer wach halten. (Dr. Bernd Schimpke, Arndtstraße 7 in 22085 Hamburg, Telefon 040/22739333.)

Was wäre unsere Wochenkolumne ohne eine Suchfrage, die noch nach 70 Jahren versucht, Licht in das Dunkel eines vermissten Angehörigen zu bringen? Diesmal geht es um den eigenen Vater, dessen ungeklärtes Schicksal noch immer Sohn und Tochter beschäftigt. Es handelt sich um die Familie Garohn aus Wehlau. Dort besaß der am 20. April 1909 wahrscheinlich in Wehlau geborene **Willi Garohn** eine Mühle, die er auch betrieben hat. Er war verheiratet mit **Charlotte** geborene **Wölk**. Der Ehe entstammten zwei Kinder: **Liselotte**, *18. Januat 1940, und **Wolfgang** *24. Oktober 1941. Die junge Mutter hat als Hilfskraft in einer Schulküche gearbeitet und kam erst mit ihren Kindern 1948 aus dem russisch besetzten Wehlau nach Mitteldeutschland in die Mark Brandenburg. Die wenigen Angaben, die sein Sohn bei einer Nachfrage am Telefon machen konnte, führen auch nicht gerade zu einer klärenden Spur. Er selber hat keine Erinnerungen mehr an die Zeit in Wehlau, alle Angaben stammen von seiner verstorbenen Mutter und weisen deshalb viele Fragezeichen auf. Auf seinem letzten Heimatbesuch soll der zu jener Zeit in Norwegen bei der Flak eingesetzte Vater gesagt haben, er kehre nicht mehr dorthin zurück, sondern wolle in Deutschland bleiben. Wollte er Fahnenflucht begehen? Jedenfalls gab es von da an kein Lebenszeichen mehr von ihm. Seine Familie konnte erst spät über das Rote Kreuz einen Suchantrag stellen, aber sie erhielt weder einen Vermissten- noch einen Todesbescheid. Die einzige konkrete Angabe gibt es zu seiner Erkennungsmarke: -241-schw.Flak.Ers.Abt.11. Seine Kinder vermuten nun, dass er das Kriegsende überlebt und vielleicht vergeblich nach Frau und Kindern gesucht hat, die ja erst spät nach Mitteldeutschland kamen. Es könnte möglich sein, dass er vielleicht im Westen noch einmal geheiratet und eine neue Familie gegründet hat – auch das würden seine Kinder akzeptieren, die nur eines wissen wollen: Ob und wo ihr Vater gelebt hat und wo er begraben liegt. Willi Garohn wohnt heute in Zeuthen und ist unter der Telefonnummer (033762) 822595 zu erreichen.

Nicht jedes Stadtwappen kann ein Gedicht aufweisen, das auf dieses Symbol gemacht wurde – Königsberg kann es, und es stammt sogar von Agnes Miegel:

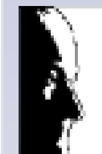
„Es führt an ihren Toren drei Wappen die alte Stadt –
ich bin auf der Insel geboren, die den Arm im Schilde hat.
Es hebt aus den blauen Wellen eine goldene Krone ins Licht –
vieler Städte Wappen sah ich, ein schöneres sah ich nicht.“

Nicht nur für die große Dichterin war das Königsberger Stadtwappen das schönste, sondern es ist und bleibt es auch für viele Königsberger, weil es wie ein Bilderbuch die wechselvolle Geschichte dieser Stadt erzählt. Denn unter dem preußischen Adler befinden sich drei Wappen, weil Königsberg bis 1724 aus drei Städten mit eigenen Wappen bestand und erst durch König Friedrich Wilhelm I. zu einer Stadt vereinigt wurde. Wenn wir hier eine kleine Wappenkunde einschieben, hat das seinen Grund, denn uns erreichte eine Anfrage von Herrn **Heinz Ney** aus Potsdam, die sich mit diesem Thema befasst. Das erste Wappen geht auf die Gründung der Stadt durch die Verleihung der Handfeste im Jahr 1286 zurück. Ob es der Stadt verliehen wurde oder ob die Bürger es selber gewählt hatten, ist unbekannt. Dieses Wappen bestand aus einem waagerecht geteilten Schild, das in der oberen weißen Hälfte eine rote Krone, im unteren roten Feld ein weißes Kreuz zeigte – es blieb erhalten und bildet den Mittelpunkt unseres heutigen Wappens. Bei der Gründung einer zweiten Stadt im Jahr 1300, dem Löbenicht, erhielt diese am nördlichen Pregelufer gelegene Siedlung ein eigenes Wappen, das auf blauem Grund eine goldene Krone zwischen zwei silbernen Sternen zeigt. Eine dritte Stadt entstand 1327 auf der Pregelinsel, dem Kneiphof, die auch bald diesen prussischen Namen annahm, nachdem sie auf „Pregelmünde“ getauft worden war. Dieses Wappen ist es, das Agnes Miegel zu dem Gedicht angeregt hat, denn es ist von besonderer Symbolkraft: Auf grünem Grund hebt ein blau bekleideter Arm eine goldene Krone aus blausilbernen Wellen, von zwei silbernen Jagdhörnern flankiert. Die bekannteste Königsberger Sage, die von dem Schustergesellen **Hans von Sagan**, der trotz seiner Verletzung bei der Schlacht von Rudau 1370 die Ordensfahne rettete und damit dem Orden zum Sieg verhalf, wurde schon mit diesem Wappen verwoben: Der ausgestreckte Arm soll der des kneiphöfischen Schustergesellen sein. Doch das spielt in der Frage von Herrn Ney keine Rolle. Sie betrifft das Königsberger Wappen, wie wir es heute kennen – das übrigens seine endgültige Form erst 1906 erhielt –, und zwar den Mittelteil, der das Wappen der Altstadt zeigt. In dem schwarzen Teil der Umrandung ist links ein weißes S, rechts ein ebensolches L zu sehen, „Was bedeuten diese Buchstaben?“ fragt Herr Ney, der mit der Königsberger Geschichte ja schon allein durch seine Arbeit an dem Buch „Gottes Häuser in Königsberg“ bestens vertraut ist. Aber hier muss er passen. Doch mit Sicherheit nicht die Heraldiker unter unseren Lesern. (Heinz Ney, Zum Kahleberg 85 in 14478 Potsdam.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Die ostpreußische Familie


Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Zukunft verlangt Herkunft

Eine Leserzuschrift bestätigt diesen Leitspruch – Edelgard Hesse berichtet, wie ostpreußische Nachfahren zueinander fanden

Es kommt nicht oft vor, dass wir eine sehr ausführlich geschriebene Leserzuschrift in voller Länge bringen, weil wir sie nicht in unsere Kolumne einfügen können und dafür den Sonderplatz benötigen. So auch heute, denn das Schreiben von Frau **Edelgard Hesse** aus Crivitz kann man einfach nicht kürzen, weil es einen Suchvorgang behandelt, der zuerst ziemlich aussichtslos erschien und dann nach längerer Zeit eine unerwartete Wende bekam. Es ist nicht nur die Freude über die endlich gefundene Verwandtschaft, die aus ihren Zeilen spricht, sondern auch die Aufmunterung – die für alle Suchenden gilt, wenn sich bisher keine Spuren finden ließen –, das kleine Fünkchen Hoffnung am Glimmen zu halten. Es zeigt aber auch, dass, wenn die nachfolgenden Generationen sich bemühen, mit den für sie selbstverständlichen elektronischen Kommunikationsmitteln den Älteren die Suche zu erleichtern, die Erfolgsaussichten erheblich steigen. Ich könnte auch ohne die Unterstützung der nachfolgenden, technisch versierten Jahrgänge meiner Familie kaum eine solch intensive Aufgabe bewältigen, wie sie unsere Sucharbeit darstellt, denn fast bei jeder Anfrage muss sorgfältig recherchiert werden. Und die Suchfragen mehren sich, und sie werden oft von den Enkeln für die Oma, von der Großnichte für den Großonkel gestellt – aber auch für die eigene, die nachfolgende Generation. Es zeigt sich, dass der Philosophenspruch „Zukunft verlangt Herkunft“ mehr denn je Gültigkeit hat.

Aber nun zu der letzten Zuschrift von Frau Edelgard Hesse, mit der wir schon längere Zeit in Verbindung standen. Sie hatte sich aufgrund einer erfreulichen Resonanz auf ihre ersten Suchfragen erneut in Folge 17/13 an uns gewandt mit der Bitte, nach Nachfahren ihres Urgroßvaters **Jakob Bendig** aus Jurgasdorf zu forschen, war aber vorerst ohne Echo geblieben. Wo, wie und von wem es dann doch überraschenderweise kam, schildert Frau Hesse in diesem Schreiben, das wir in vollem Wortlaut von der ersten Zeile bis zum Endpunkt bringen, damit die Vorgänge für unsere interessierten Leserinnen und Leser nachvollziehbar sind. Edelgard Hesse schreibt:

„Sie leisten eine unermüdliche Arbeit, die trotz der Jahrzehnte nach Kriegsende nichts an Bedeutung verloren hat. Immer noch suchen und finden sich Menschen, haben Fragen. Zunehmend sind es nun die nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen. Auch mir als Kriegskind ging es so, als ich mich im Jahr 2013 an Sie wandte und meine Suchanzeige in der Ausgabe vom 27. April 2013 erschien. Ich suchte Nachfahren meiner Urgroßeltern Jakob und **Karoline** Bendig aus Jugarsdorf oder Nachfahren ihrer Geschwister, speziell der ältesten Tochter, von der ich nur wusste, dass es sie gab. Alter und Name waren mir nicht bekannt, nur dass sie einst den bäuerlichen Hof in Jugarsdorf übernommen hatte. Leider kam keine Antwort, auch nicht auf eine Suche in der Heimatkreiszeitung. Und auch eine Nichte von mir erhielt über Internet keine Rückantwort.

Dann aber, kurz vor Jahresende 2014, erhielt ich unerwartet von einem Herrn einen Brief mit dem Hinweis, dass ich mich an Frau **Hedwig** Bendig in Mühl Rosin wenden könnte. Eventuell wüsste sie eine Antwort, sei sie eine der gesuchten Personen. Ich war erstaunt, denn die genannte Hedwig Bendig war meine vor zehn Jahren verstorbene Mutter! Woher kannte der Briefschreiber ihren Namen? Spontan griff ich zum Hörer und erfuhr, dass der Name im Telefonbuch seiner Oma gefunden wurde. Wie er mir mitteilte, war er der Abkömmling der von mir gesuchten Tochter meines Urgroßvaters und selbst auf der Suche nach Nachkommen ihrer Geschwister, zu denen auch mein Großvater gehörte. Ich wollte natürlich den Namen der Großmutter erfahren. „**Lieselotte Schramm**“ sagte er. Nun war ich abermals überrascht, da ich meinerseits diesen Namen im Telefonbuch meiner Mutter gefunden hatte, ihn aber nicht genau zuordnen konnte. Woher meine Mutter die Adresse hatte, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Schade, dass mein Vater das nicht mehr erlebte! Die Oma des Absenders war seine Nichte! Meinen Vater bedrückte es einst sehr, dass er nach Kriegsende keinen Kontakt zu weiteren Verwandten finden konnte. „Es können doch nicht alle gestorben sein“ – so waren immer seine Worte.

Jetzt, 70 Jahre nach Kriegsende, begaben sich zwei Nachfahren seines Großvaters auf Spurensuche: Ich, die Urenkelin von Jakob Bendig, Enkelin seines Sohnes **Adam**, und **Michael Becker**, Nachfahre in der fünften Generation, Abkömmling der von mir gesuchten ältesten Tochter! Zwei Menschen unterschiedlicher Generationen begaben sich auf Familienforschung und fanden sich dank moderner Kommunikationsmittel. Es war für mich eine echte Freude. Schade, dass dies mein Vater nicht mehr erleben konnte. Inzwischen konnten gehörte Familiengeschichten bestätigt, ergänzt und ausgetauscht werden, auch Fotos. Michael, mit der modernen Technik bestens vertraut, machte mir so Informationen zugänglich, zu denen ich sonst keinen Zugang gefunden hätte. Ich spüre, dass ihm die Familiengeschichte genauso am Herzen liegt wie mir. Es ist die Bewahrung der Familiengeschichte für spätere Generationen. So stellte er aufgrund gegenseitiger Informationen den kompletten Stammbaum der Nachfahren meiner Urgroßeltern zusammen, fand dank moderner Technik den Standort des einstigen Gehöftes, auch Dokumente zum Hof. Jetzt gilt es noch die Wurzeln der Familie zu erforschen, die den Erzählungen nach in der Salzburger Gegend liegen sollen. Michael Becker aus Neuss half mir, in der Familienforschung ein ‚Gleichgewicht‘ zu geben, da väterlicherseits viele Fragen offen waren. Diese verwandtschaftlichen Wurzeln aufzeichnen zu können bedeutet mir eine Gleichstellung mit den Linien meiner Mutter. Dass dieses möglich wurde, ist Ihrer Arbeit zu verdanken. Dass sie auch in Zukunft notwendig sein wird, zeigen die vielen Zuschriften.“ *R.G.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Reimer, Ursula, geb. **Zerrath**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Engelke, Hildegard, geb. **Sulies**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Rade, Hans-Dietrich, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 26. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Eder, Erna, geb. **Scheidemann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Nagel, Gerda, geb. **Zink**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni
Neumann, Dorothea, geb. **Westphal**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Abendroth, Johanna, geb. **Kellner**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Kretschmann, Herbert, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 25. Juni
Naumann, Elfriede, geb. **Stanzick**, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Skusa, Lotte, geb. **Mross**, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Weigel, Karl, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brandtstäter, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, und aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 25. Juni
Glaner, Lotte, geb. **Lippik**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 20. Juni
Glaser, Egon, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Henseleit, Irmgard, geb. **Osten**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Kories, Emma, geb. **Weber**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 20. Juni
Krüger, Änni, geb. **Panzer**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Maslo, Hedwig, geb. **Masurek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 22. Juni
Mennong, Herta, geb. **Juckel**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Rogalla, Johanna, geb. **Sobottka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni
Rupsch, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Albrink, Betti, geb. **Türling**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Bergenroth, Heinz, aus Krebsfließ, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Fallbach, Anni, geb. **Grudzinski**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Neumann, Agnes, aus Arys/Masuren, am 22. Juni
Schreiber, Emmi, aus Arys/Masuren, am 22. Juni
Paul, Lieselotte, aus Königsberg, General-Litzmannstraße 22, am 23. Juni
Wittat, Käthe, geb. **Gutowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bethke, Elfriede, aus Treuburg, am 26. Juni
Büdenhölzer, Erna, geb. **Kaspereit**, aus Wehlau, am 22. Juni
Drenske, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni
Heyna, Herta, geb. Dombrowski, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 25. Juni
Kuchen, Frieda, geb. **Komossa**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 25. Juni
Kwassny, Frieda, geb. **Borris**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 21. Juni
Lampe, Edith, geb. **Reimer**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Lehmann, Hilde, geb. **Borchert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 26. Juni
Lyhs, Ruth, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 24. Juni
Meyer, Edeltraut, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni
Preiß, Ella, geb. **Palm**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni
Schmidtke, Hildegard, geb. **Schönfeld**, aus Radau, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juni
Sill, Eva, geb. **Koschorreck**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 25. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Annutsch, Edeltraut, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Juni
Axnick, Gerhard, aus Königsberg/Preußen, Ostbahnhof, am 22. Juni
Borchardt, Irmgard, geb. **Kiewitt**, aus Goldschmiede, Kreis Samland, am 21. Juni
Fröhlich, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Kantereit, Herbert, aus Ragen, Kreis Angerapp, am 26. Juni
Klüssendorf, Zita, geb. **Lamprecht**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. Juni
Krause, Ursula, geb. **Fischer**, aus Wehlau, am 20. Juni
Krings, Inge, geb. **Rogge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Kunter, Ilse, geb. **Domscheit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Lischewski, Marta, geb. **Klein**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni
Miller, Erika, geb. **Schiemann**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Ogilvie, Annemarie, geb. **Pilz**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 22. Juni
Peukert, Ida, geb. **Neumann**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 21. Juni
Philipp, Elfriede, geb. **Fuchs**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Rupli, Hildegard, geb. **Bast**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 25. Juni
Simader, Charlotte, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Stinka, Heinrich, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 24. Juni
Wieckenberg, Gertraud, geb. **Mauerhoff**, aus Treuburg, am 22. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barkowski, Eva, geb. **Kledewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Benecke, Gertraut, geb. **Kemsies**, aus Waldburg, Kreis Gerdauen, am 20. Juni
Böhmer, Christel, geb. **Rattay**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 24. Juni
Fischer, Hedwig, aus Lisken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Garben, Siegfried, geb. **Galilea**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Hartig, Edith, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 21. Juni
Kinder, Horst, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juni
Pietrzik, Traute, geb. **Liebergesell**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Juni
Pohner, Evemarie, geb. **Block**, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni
Poschadel, Irmgard, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Scholz, Elisabeth, geb. **Burkatzki**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Schulz, Marianne, geb. **Schiele**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Schwöll, Günter, aus Biegiethen, Kreis Samland, am 22. Juni
Spoerke, Helga, geb. **Liedtke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Traube, Karen, aus Woydiethen, Kreis Samland, am 23. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bengsch, Helga, geb. **Zehlius**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Biallas, Ernst, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 21. Juni
Bürgen, Arnold, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juni
Dombrowski, Günter, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 25. Juni
Ferdian, Irmgard, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Juni
Foss, Irmgard, geb. **Jablonski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Gabriel, Johanna, geb. **Agustin**, aus Lyck, Blücherstraße 20, am 23. Juni
Gehrke, Ruth, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Grätsch, Gertrud, geb. **Meyn**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Grundmann, Marianne, geb. **Münchow**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Hennig, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Kluthke, Friedrich Wilhelm, aus Ebenrode, am 25. Juni
Konstanski, Karl, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni
Lasogga, Johannes, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Lehmann, Margarete, geb. **Wendt**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Maksymiuk, Edeltraut, geb. **Kohls**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 20. Juni
Mattutat, Ruth, geb. **Artschwager**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Poersch, Gerhard, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 23. Juni
Rosowski, Alfred, aus Schobendorf, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Sadowski, Marie, geb. **Galla**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni
Sarge, Helmuth, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juni
Schöttke, Hans, aus Widitten, Kreis Samland, am 23. Juni
Taube, Ernst-Moritz, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Thiemann, Karl-Heinz, am 25. Juni
Tischler, Herbert-Otto, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Wlotzka, Ruth, geb. **Pyko**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Dr. Christel, geb. **Kuster**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Befeld, Erna, geb. **Schauer**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 26. Juni
Benger, Werner, aus Ebenrode, am 22. Juni
Brand, Adolf, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Juni
Broscheit, Edith, geb. **Marquardt**, aus Schaaksvitte, Kreis Samland, am 26. Juni
Broschk, Erich, aus Bartdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Juni
Bruweleit, Heinz, aus Neuwiese, Kreis Labiau, am 22. Juni
Brzoska, Günter, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Erdmannsky, Karl-Heinz, aus Lyck, am 23. Juni
Eremef, Kurt, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Forchheim, Käthe, geb. **Daumann**, aus Mankuslauken, Kreis Heydekrug, am 24. Juni
Gera, Manfred, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 23. Juni
Giehoff, Horst, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 20. Juni
Gorka, Erich, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 21. Juni
Grübler, Guntram, aus Weidenau, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Gryzik, Dieter, aus Lyck, am 21. Juni
Heckmann, Ursula Lotte, geb. **Madeia**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juni
Hoff, Johanna, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Jakobeit, Heinz, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. Juni
Kollenberg, Jenny, geb. **Höhfeld**, aus Stülinghausen, am 22. Juni
Kosnik, Anna, geb. **Wittke**, aus Thurowken, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Kurz, Elfriede, geb. **Ruchatz**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 24. Juni
Mosdzen, Hans, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 24. Juni
Packhäuser, Horst, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 20. Juni
Pfeifer, Erika, geb. **Mosdzen**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni
Pick, Irmgard, geb. **Schumann**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni
Reeve, Eleonore, geb. **Hölger**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Reich, Heinz, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Juni
Rosenbaum, Vera, geb. **Putzke**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 22. Juni
Rother, Ursula, geb. **Spurgat**, aus Ebenrode, am 22. Juni
Schmitz, Hildegard, geb. **Putschew**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 23. Juni
Schruba, Edith, geb. **Stankewitz**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 24. Juni
Suckow, Hannelore, geb. **Badziong**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Trawny, Gerhard, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Treu, Benno, aus Hohenwalde, am 21. Juni
Völkner, Viktor, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Weihe, Kurt, aus Bilden, Kreis Schloßberg, am 1. Juni
Wiemer, Horst, aus Krebsfließ, Kreis Ebenrode, am 26. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bolz, Gerda, geb. **Zander**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Flickinger, Edeltraut, geb. **Wicht**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni
Flock, Dagmar, aus Lötzen, am 25. Juni
Heinrich, Werner, aus Hohendorf, Ortsteil Stümwalde, Kreis Preußisch Holland, am 23. Juni
Langenberg, Prof. Dr. Manfred, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 23. Juni
Luka, Lothar, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 21. Juni
Marks, Helga, geb. **Drehn**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Odenbach, Hartmut, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Regelhy, Waltraud, geb. **Brudereck**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni
Schulz, Hubert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Strauß, Siegfried, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Tkocz, Helmut, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Warnick, Lothar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Wilkens, Regina, geb. **Odenbach**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

Termine der LO

2015

20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
27. bis 28. Juni: III. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Königswinter.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 20. Juni, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 175 Jahren: Der amerikanische Erfinder Samuel Morse erhält das Patent für einen Schreibtelegrafen.
Sonnabend, 20. Juni, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Gesichter Europas: Moules-Frites – Eine kleine Kulturgeschichte des belgischen Nationalgerichts.
Sonnabren, 20. Juni, 18.30 Uhr, Phoenix: Die Gustloff – Die Dokumentation.
Sonnabend, 20. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Fremde Heimat – Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945.
Sonnabend, 20. Juni, 23.50 Uhr, Phoenix: Wolfskinder. Dokumentation, D 1991.
Sonntag, 21. Juni, 20.15 Uhr, Tele 5: 1911 Revolution. Spielfilm über die Xinhai-Revolution, VRC/HK 2011.
Montag, 22. Juni, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 75 Jahren: Frankreich und Deutschland schließen den Waffenstillstand von Compiègne.
Dienstag, 23. Juni, 16.15 Uhr, 3sat: Sagenhaftes Polen – Auf Entdeckungsreise in Westpommern.
Mittwoch, 24. Juni, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 150 Jahren: Mit der Kapitulation der letzten konföderierten Truppen endet der Amerikanische Bürgerkrieg.
Mittwoch, 24. Juni, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Aus Religion und Gesellschaft: Der Volkstribun aus dem Mittelalter – Vor 600 Jahren wurde der böhmische Theologe Jan Hus als Ketzer verbrannt.
Mittwoch, 24. Juni, 23.30 Uhr, SWR/SR: Anfang aus dem Ende – Die Flakhelfergeneration.
Donnerstag, 25. Juni, 20.15 Uhr, Arte: 1864 – Liebe und Verrat in Zeiten des Krieges (7+8/8). Letzter Teil des Historiendramas, D/DK/GB 2014.
Freitag, 26. Juni, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 70 Jahren: Die Charta der Vereinten Nationen wird unterzeichnet.
Freitag, 26. Juni, 21.15 Uhr, NDR: Diebe im Dorf – Vom Leben an der Grenze.
Freitag, 26. Juni, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen, Literatur: Fire and forget – Irak-Veteranen schreiben über den Krieg.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de. Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen" klicken.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes.

Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



Baden-Württemberg

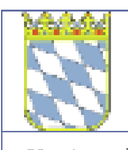
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 21. Juni, 9 Uhr, Haupteingang der Basilika in Walldürn: Teilnahme an der Vertriebenen-Wallfahrt. Weitere Informationen: R. S. Winkler, Telefon (06821) 8137. – Dienstag, 30. Juni: Fahrt zum Schloss Kirchheim/Teck mit einer interessanten Führung in Kostümen: Die Hofdame Aurelia von Burgenstein und das Dienstmädchen „Luisle" werden von der Herzogin Henriette berichten. Anschließend gibt es noch Kaffee und ein Stück Henriettentorte. Anmeldungen bitte unter Telefon (06281) 8137 (R. S. Winkler).

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Vordere Karlstraße 41, 73033 Göppingen die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Heidelberg – Sonntag, 5. Juli, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Gemeinsames Treffen mit der Landesvorsitzenden Uta Lüttich. Zum 150. Geburtstag von Frieda Jung hält sie einen Vortrag über die Dichterin, die am 4. Juni 1865 in Kiaulkehmen im Kreis Gumbinnen geboren wurde. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 1. Juli, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14, Schwäbisch Hall: Die Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern e.V. bietet den Beitrag „Der Erste Weltkrieg in Ostpreußen" bereits am Heimatnachmittag am Mittwoch, den 1. Juli an. Am 3. Oktober fährt die Kreisgruppe zur Hengstparade in das Haupt- und Landgestüt nach Marbach. Interessierte melden sich bitte bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, an. Bereits am 26. Mai erlebten Mitglieder und Freunde einen herrlichen Ausflug ins Neckartal. Höhepunkte waren die Schifffahrt auf dem Main bei Miltenberg und die Besichtigung des Elfenbeinmuseums in der Residenzstadt Erbach im Odenwald.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 20. Juni, 14.30 Uhr: Lesung „Prußische Geschichten" von Heinz Georg Podehl. Erinnerung an unsere Vorfahren und die Namensgeber Preußens.

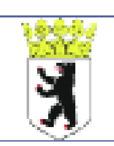
Landshut – Dienstag, 7. Juli, 14 Uhr, Minigolf-Platz Mittenwöhr: Gemeinsames Treffen.

München – Freitag, 10 Juli. 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Treffen der Frauengruppe.

Weiden – Beim Heimatnachmittag im Cafe Mitte am Stockerhutpark konnte sich der 1. Vorsitzende Norbert Uschald über einen sehr guten Besuch freuen. Nach der Begrüßung wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gesungen.

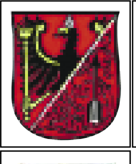
Im Anschluss daran gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats Juni. Der Vorsitzende berichtete danach vom Paneuropa-Kongress, der diesmal in Weiden stattfand. Er erklärte, wie sich die Paneuropabewegung seit der Gründung im Jahre 1922 entwickelte und erläuterte die Idee der friedlichen Vereinigung Europas auf der festen Basis der christlichen Werte.

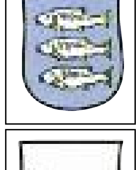
Im Anschluss daran erfreute Barbara Uschald die Landsleute mit Liedern, die sie mit ihrer Flöte vortrug. Norbert Uschald sorgte für weitere musikalische Unterhaltung. Andreas Uschald stellte in Gedichtform die ostpreußische Speise „Rinderfleck" vor und Katharina Uschald las eine von ihr selbst verfasste Fantasiegeschichte. Auch Ilse Stark trug mit zwei Gedichten zum Gelingen des Nachmittags bei. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich bis zum Gartenfest am Samstag, 27. Juni, um 14 Uhr. Es findet wieder im Garten der Familie Uschald statt. Nach einer Sommerpause findet der nächste Heimatnachmittag am Sonntag, 6. September, um 14.30 Uhr im Cafe Mitte statt. *Norbert Uschald, 1. Vorsitzender*



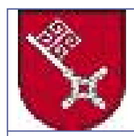
Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





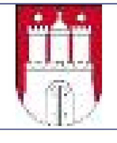
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – 23. Juni, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: gemeinsames Treffen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681. Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, (030) 75635633.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

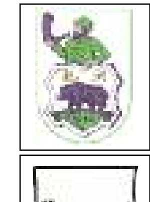
Bremerhaven – Freitag, 26. Juni, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus: Alljährliches Sommerfest mit Grillen. Anmeldung erbeten unter Telefon (0471) 86176.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

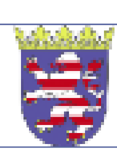
KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 20. Juni, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling (früher Krohn), Fuhlsbüttler Str. 755, Hamburg-Ohlsdorf: Sommerfest. Das Restaurant liegt unmittelbar am U/S-Bahn-Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Der Nachmittag beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Den herannahenden Sommer begrüßen wir mit Liedern und Geschichten.



Hessen

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Landesgruppe – Zum alljährlichen Frühlingsfest trafen sich Mitglieder und Gäste in der Sandelmühle. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Dorle Wein und dem gemeinsamen Singen des Ost- und Westpreußenliedes wurde Kaffee und Kuchen serviert. Als erstes Lied wurde „Der Mai ist gekommen" gesungen. Dorle Wein las danach eine Geschichte vom Storch und dem Pogg. Kurt Andreas erzählte von einer armen alten Frau, die einen Bittbrief an den lieben Gott schrieb. Lieselotte Schneider brachte etwas über das alte Ostpreußen und Barbara Karpa über die Heuernte. Dazwischen wurden immer wieder Frühlingslieder gesungen wie „Im schönsten Wiesengrunde, Ännchen von Tharau", „Zogen einst fünf wilde Schwäne", begleitet von Frau Schmidt auf der Ziehharmonika. Am Abend wurde noch ein Imbiss gereicht. Mit „Es dunkelt schon in der Heide" ging ein fröhlicher Nachmittag zu Ende.

Darmstadt/Dieburg – In den letzten Tagen konnten zwei Personen aus unserem Mitgliederkreis Geburtstag feiern, in dem auch eine Null geschrieben werden konnte. So wurde am 26. Mai bei Gerhard Schröder, unserem Vorsitzenden, eine 8 vor der Null, und am 10. Juni bei Anni Oest eine 9 vor der Null geschrieben. Beide gehen mit Engagement und Lebensfreude in das neue Lebensjahr, und konnten viele Glück-wünsche entgegennehmen. Wir hoffen und wünschen, dass beide bei guter Gesundheit unsere Veranstaltungen noch lange mit ihren Vorträgen und Ausführungen bereichern können.

Auch wollen wir unsere „Blumenfrau" Waltraud Barth nicht vergessen, die am 3. Juni ihren 83-sten Geburtstag feiern konnte. Wir wünschen ihr alles erdenklich Gute und beste Gesundheit für das neue Lebensjahr damit sie uns auch weiterhin mit ihren Blumendekorationen erfreuen kann.

Am 6. Juni konnten wir, Christian und Gisela Keller, als Gäste der LOW Darmstadt, bei dem Treffen der Insterburger Gruppe ein paar schöne Stunden verbringen, und uns auch bei der Gestaltung des Treffens einbringen. Wir waren gern gesehene Gäste in einer gelungenen Veranstaltung.

Auch hier, wie in unserer Landsmannschaft, sind Gäste zu allen Veranstaltungen herzlich eingeladen und immer sehr willkommen. Allen die die Sommerpause für eine Urlaubsreise nutzen werden, wünschen wir eine schöne, erholsame Zeit.

Wetzlar – Sonnabend, 11. Juli, 13 Uhr, Treffpunkt ist das Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn: Grillfest. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559. Am 11. August wird es einen Tagesausflug nach Bad Nauheim geben mit Besuch der Rosenstadt Steinfurth.

– Bericht –

Der bekannte Heidedichter Hermann Löns (1866–1914) stammte nicht aus der Lüneburger Heide sondern aus Westpreußen. Darauf wies die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, Karla Weyland (Rauschenberg) bei einem Vortrag in den Wetzlarer Grillstuben hin.

Löns wurde am 29. August 1866 in Kulm an der Weichsel geboren. Dort war sein aus Bochum stammender Vater als Lehrer eingesetzt. Hermann hatte sechs Brüder und eine Schwester. Etwa ein Jahr alt war Hermann, als der Vater nach Deutsch Krone versetzt wurde, einem kleinen Städtchen Westpreußens. Hier erlebte er eine schöne Kindheit und sein Interesse an der Natur wurde schon früh geweckt. Mit 18 Jahren war Löns bereits Naturforscher, Naturfreund und Jäger. Seine erste wissenschaftliche Arbeit verfasste er bereits mit 16 Jahren. Es handelte sich um eine Übersicht über die Vogelwelt des Kreises Deutsch Krone. Darin beschrieb er 117 Vogelarten. Schon als Junge hatte er gelernt, Tiere zu präparieren. Immer wieder trieb es ihn in die Wälder der Tucheler Heide, heute im nördlichen Polen gelegene Wald- und Heidelandschaft. Schon vor etwa 140 Jahren schrieb er: „Unsere Kultur sorgt sowieso mit ihrer Sucht nach Ufergeradelegung und Buschausrodung allzu sehr dafür, dass dem Eisvogel die Daseinsbedingungen arg beschnitten werden, ihm, dem herrlichsten Vogel von allen". 1884 wurde der Vater Friedrich Löns zurück nach Westfalen versetzt. Dies hatte vor allem die Mutter betrieben, so Weyland, die sich nie recht in Westpreußen einleben konnte. Den Mitschülern in Münster erschien der Neuling als sonderbarer Kauz und von besonderem träumerischem Wesen. Seine Gedanken flogen immer wieder in die westpreußische Heimat zurück. Die Eltern merkten, dass er sich in Münster nicht zu Hause fühlte. Nach dem Abitur 1886 wollte Hermann Löns Naturwissenschaften studieren, doch der Vater ließ das nicht zu. So studierte er Medizin. Allerdings sah er die Universität selten von innen. Im Alter von 27 Jahren kam es zum Bruch mit dem Vater. Seine fertige Doktorarbeit ging auf der Fahrt von Kaiserslautern nach Heidelberg mit seinem Gepäck verloren. Löns arbeitete als Journalist bei verschiedenen norddeutschen Zeitungen. 1907 wurde er Chefredakteur der „Schaumburg-Lippischen Landes-Zeitung" in Bückeburg. Löns hat nicht nur die Lüneburger Heide in blumigen Worten beschrieben. Er war

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Bereichernde Aspekte

Wahlen beim Hamburger Landesverband der Vertriebenen

Erneut bestätigt in seinem Amt als Vorsitzender des Landesverbandes der Vertriebenen Deutschen in Hamburg (LvD Hamburg) wurde am 1. Juni im Haus der Heimat am Michel Willibald J.C. Piesch. Bereits in der vorangegangenen Sitzung waren sich die angeschlossenen Landsmannschaften und Verbände einig, dass der alte auch der neue Vorstand bleiben sollte. In seiner Begrüßung dankte Piesch allen Verbänden für die ab 1953 vorbildliche heimatpolitische, sozial- und kulturpolitische Mitarbeit in einer wechselnden und oft unberechenbaren Verbandspolitik der Hansestadt Hamburg. Er betonte, dass die bisherige Öffentlichkeitsarbeit nicht nur vom Senat und der Bürgerschaft, sondern auch von den hanseatischen Mitbürgern nicht nur weiter beachtet, sondern voll unterstützt werden. Dabei wies er auf die gut besuchten Veranstaltungen im „Haus der Heimat" und in den Stadtteilen hin. Dass die Verbandsarbeit aller unterschiedlich organisierten Vereine mit ihrer vielfältigen Kulturgeschichte der Mittel- und Ostdeutschen sowie der Siedlungsdeutschen aus Süd-ost-Europa die hanseatisch-norddeutsche Kulturszene um so viele Aspekte bereicherten,hätte ab 1945 niemand erwartet.

Im Verlauf der üblichen satzungsnotwendigen Regularien war der Vorschlag von Piesch, Franz Buchmann, Obmann und Bundesvorstandsmitglied der sudetendeutschen Landsmannschaft, als Wahlleiter vorzuschlagen, ein Glücksgriff. Einstimmig

Von den Mitbürgern voll unterstützt

gewählt, leitete dieser souverän den weiteren Verlauf. Dem von allen Delegierten neugewählten Geschäftsführenden Landesvorstand, Soziales & Politik, Willibald J.C. Piesch, Peter Voß, gleichzeitig gewählter Kulturreferent sowie Hartmut Klingbeutel (Landesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen), sowie die wiedergewählten Otto Horst (Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland), Helga Brenker, Landesfrauenreferentin (Landesvorsitzende der Hamburger Landsmannschaft der Pommern), Georg Galauner, Schriftführer (Landsmannschaft der Donauschwaben), Torsten Freygang, Medien-PC-Referent (Hamburger Landsmannschaft der Pommern), als Landesrechnungsprüfer Johanna Kalläwe (Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg), Heinz Silkenath (Freunde Pommerns Hamburg) und Irmgard Laue (Landsmannschaft Westpreußen) dankte man. Der laut Satzung bestimmten Geschäftsleitung und Kassenführung durch Lilia Heffel dankten alle für die seit Jahrzehnten vorbildliche Leistung, aber auch der neuen Migranten-/Aussiedlerbetreuerin Valentina Weidner.

In seinem Schlusswort dankte Piesch für das Vertrauen. Er wies zudem auf neue Aktivitäten wie das Politische Seminar „200 Jahre Reichskanzler von Bismarck" am 23. Juni, den Besuch des „Zentralen Tags der Heimat" in Berlin sowie den „30. Heimatmarkt" am 26. September hin. Ebenfalls erwähnte er den Antrag an das Präsidium des Bundes der Vertriebenen, den „Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter" als Mitglied aufzunehmen. Zum Ausklang dankte Piesch besonders den tüchtigen Landsleuten Frau J. Kalläwe, Frau H. Brenker und Frau R. Reetz für die Hilfe anlässlich seines 80. Geburtstages am 18. März.

Georg Galauner



Im Amt bestätigt (von links): Peter Voß, Willibald J.C. Piesch und Hartmut Klingbeutel als Vorstandsmitglieder des LvD Hamburg Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

auch als Autor von Liedern aktiv. „Ich glaube sagen zu können, dass die Löns-Lieder zum europäischen Liedgut geworden sind“, so Weyland.

Trotz seines fortgeschrittenen Alters sah er es als Pflicht an in den Ersten Weltkrieg zu ziehen. Bei einem Angriff wurde er durch Herzschuss am 26. September 1914 bei Reims in Frankreich getötet. Seine Gedichte, Lieder und Geschichten aber leben weiter in seinen Büchern, die eine Auflage von bislang rund zehn Millionen Exemplaren erreicht haben. Drei seiner Werke wurden zudem verfilmt „Rot ist die Liebe“, „Das zweite Gesicht“ und „Grün ist die Heide“.

Hildegard Henning konnte zu dem Abend rund 30 Besucher begrüßen. Dabei wies sie darauf hin, dass die Regionalgruppe für den 11. Juli ein Grillfest plant. Treffpunkt ist das Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn.

Wiesbaden – Sonnabend, 27. Juni, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Monatstreffen. Zu sehen ist ein Film über Königin Luise, einer Frau, die Spuren in der Geschichte hinterließ und oftmals als die populärste Frau der preußischen Geschichte und als herausragende Persönlichkeit der Hohenzollerndynastie bezeichnet wird. – Donnerstag, 9. Juli, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Wegen der Platzdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 3. Juli, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße

– **Bericht** –

Das letzte Monatstreffen wurde als Jahreshauptversammlung durchgeführt. Nach der Totenehrung, in der Helga Kukwa an die verstorbenen Mitglieder und Freunde des Vereins erinnerte, gab der Vorsitzende Dieter Schetat den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die durchgeführten Veranstaltungen im Jahr 2014. Mit Freude vermerkte er, dass sich im vergangenen Jahr sechs neue Mitglieder der Landsmannschaft angeschlossen haben und dass diese nun rund 170 Mitglieder zählt. 2016 kann unser Kreisverband auf sein 70-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Mitglieder entlasteten den Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr einstimmig. Besondere Anerkennung der Rechnungsprüfer Irmgard Gethöffer und Margot Schittko erhielt unser Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie und sorgfältige Kassenführung. Nach dem offiziellen Teil zeigte der Vorsitzende Lichtbilder aus dem Vereinsleben.



Wetzlar: Karla Weyland, die Kulturbeauftragte der Kreisgruppe, stellte den „Heidedichter“ Hermann Löns vor Bild: Rühl



NIEDERSACHSEN

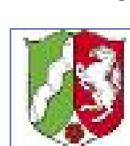
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 24. Juni, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Gemeinsames Treffen mit einer Lesung aus dem Buch „Rückblick oder Das Kaleidoskop eines Zeitzeugen“. Verfasser und Vortragender ist das Mitglied Kurt Kowalzik.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hatte am 10. Juni Dr. Christoph Hinkelmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, zu Gast. Sein Vortrag „Glanzlichter unserer Heimat – Besonderheiten aus der Natur Ostpreußens, die bis heute nachwirken“ spannte einen weiten Bogen über alle Naturbereiche der ostpreußischen Regionen, um die reichhaltigen Wurzeln darzulegen, die für viele Disziplinen in Ostpreußen lagen und noch liegen. Vom Segelfliegen zu den Elchen, von der Landfrauenbewegung zu den „Vögeln über Haff und Wiesen“ (Heinz Sielmann), der vielfältigen, heute noch namensgebenden Rassetaubenzucht („Elbinger Weißkopf“ bis „Memeler Hochflieger“) über die Vogelwarte Rossitten bis hin zu der Trakehner Pferdezucht, die heute noch in verschiedenen Gestüten gezüchtet werden. Dem lebendigen und bilderreichen Vortrag folgten über 40 Zuhörer, darunter viele, die zum ersten Mal zu uns gekommen waren. Natürlich durfte das Ostpreußen-Lied zum Schluss nicht fehlen.

Im Juli machen wir eine Tageskulturfahrt zum Westpreußischen Landesmuseum nach Warendorf. In August ist Sommerpause und für die Veranstaltung am 10. September werden wir rechtzeitig einladen. *Gisela Borchers*

Osnabrück – Donnerstag, 25. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis – Dienstag, 30. Juni, 16.30 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – In diesem Jahr findet an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloß Burg eine Kulturveranstaltung der Landsmannschaften Ostpreußen und Schlesien, Landesgruppen Nordrhein-Westfalen, statt. Wir wünschen uns, dass wir am 5. Juli ab 11 Uhr (Zeit zum Plachandern) recht viele Landsleute und Gäste auf unserem „Kleinen Ostpreußen-/Schlesiertreffen“ begrüßen können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (Beginn: 14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau. Wir gedenken unserer Toten und hören das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“ (Trompeter F. Braun). Tobias Körfer von der Agmo e.V. wird die Ansprache halten. Bärbel Beutner führt Sie durch die Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen verschiedener Gruppen mit Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für die Veranstalter mit ihren ehrenamtlich Mitwirkenden.

Bonn – Dienstag, 23. Juni, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 7. Juli, 18 Uhr, haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch in lockerer Runde.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 25. Juni, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Leverkusen – Die Kreisgruppe feiert am Sonnabend, 20. Juni, ihr traditionelles, fröhliches Sommerfest im Hause Ratibor, Küpersteger Straße 56 in Leverkusen. Beginn ist um 15 Uhr mit einer Kaffeetafel. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und gern gesehenen Gästen möchten wir den Sommer begrüßen mit Wettbewerbsspielen jeglicher Art (Sieger erwarten Preise), mit Gesang und kleinen Überraschungen. Abendessen, vorbereitet von freundlichen Helfern, wird zum geringen Preis angeboten. Ganz herzlich bitten wir um Kuchenspenden. Der Erlös wird eingesetzt für die gemeinsame Weihnachtsfeier. Informationen bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763. Wir freuen uns auf Sie.



Geburtstag im Kreis der Lieben: Günter Kunick feierte seinen 85. Dieter Zank (links), Schatzmeister der Kreisgruppe Münster, gehörte zu den Gratulanten Bild: privat

Münster – Am 18. Mai feierte Günter Kunick, langjähriges Mitglied in der Landsmannschaft Ost - und Westpreußen Kreisgruppe Münster (Westf.) e. V., in seiner Wohnung am Donders Ring in zauberhafter Frühlingsatmosphäre im Kreise seiner Kinder, Enkel und eines Urenkels die Vollendung seines fünfundachtzigsten Lebensjahres. Auch ein Vorstandsmitglied der Landsmannschaft war als Gratulant zu diesem ehrenvollen Anlass erschienen. Günter Kunick erblickte am 18. Mai 1930 im westpreußischen Marienburg, bis heute berühmt durch das von den Polen wieder hergestellte gleichnamige Deutschordensschloss, das Licht der Welt und gelangte durch den beruflichen Weg seines Vaters schon 1934 nach Münster (Westf.), wo er zunächst glückliche Kinderjahre verlebte, die allerdings im Zweiten Weltkrieg 1943 durch das Vermisstenschicksal des Vaters in Russland und 1944/45 noch durch die eigene Einberufung zur militärischen Ausbildung ihr jähes Ende fanden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg heiratete er 1957 Margret Kanowsky, die es 1948 nach bitterem Vertreibungsschicksal aus Ostpreußen mit einem Teil ihrer Familie nach Münster verschlagen hatte, gründete eine Familie, erarbeitete sich durch Fleiß und Tüchtigkeit als Malermeister eine verlässliche Lebensgrundlage und verlebt seit dem plötzlichen Tod seiner Frau 2008 trotz altersbedingter Beschwernisse selbstständig und mit Interesse an der Gegenwart den Ruhestand in seiner Wohnung. Günter Kunick, seit Jahrzehnten aktives Mitglied der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe in Münster, war beinahe ein Vierteljahrhundert ihr erfolgreicher Schatzmeister, wie auch der Kassenstand bei der Kassenübergabe 2014 bewies. Sein Nachfolger in diesem Amt, Dieter Zank, überbrachte ihm namens des Vorsitzenden der Kreisgruppe, Stefan Leschniok, seiner Stellvertreterin, Irmgard Bludau, und aller Mitglieder sowie ebenfalls im Namen des Vorsitzenden der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Westpreußen, Heinz Muhsal aus Moers, herzliche Glück- und Segenswünsche für zukünftige aktive Jahre zu diesem besonderen Lebensjubiläum.

Als Aufmerksamkeit überreichte er ihm ein kleines Geschenk in Form eines Rebentropfens und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass Günter Kunick weiterhin noch lange als gewählter Kassenprüfer tatkräftig mit der Arbeit in der Landsmannschaftmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Münster(Westf.), verbunden bleibe. *Dieter Zank*

Neuss – Donnerstag, 2. Juli, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.

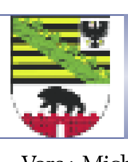
Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 14 Uhr im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Kartenspielen. – Jeder vierte Dienstag im Monat, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatliche Gesprächsrunde. – Donnerstag, 21. Juni, 13.30 Uhr, Haupteingang des Hauptbahnhofes: Fahrt mit dem Zug nach Bad Münster am Stein/Ebernburg. Besuch des Weingutes Rapp.

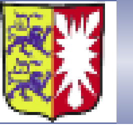


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 26. Juni, 14 Uhr: Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Treffen.

Magdeburg – Dienstag, 30. Juni, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Sonntag, 21. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Vertreterversammlung der Landesgruppe Schleswig-Holstein. Die Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner, 2. Totenehrung durch Herrn Gawehns, 3. Grußworte, 4. Ehrung, 5. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, 6. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 15. Juni 2014, 7. Bericht des Landesvorsitzenden, zugleich in der Funktion des Kulturreferenten, Herr Ferner, 8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 (Frau Beyer), 9. Entgegennahme des Kassenprüfungsberichtes, 10. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 11. Genehmigung des Haushaltsplans für 2015 (Frau Beyer), 12. Vortrag von Edmund Ferner zum Thema „66 Jahre Bundesrepublik Deutschland (Was ist unser Vaterland?)“. 13. Mittagspause (circa 13 Uhr), 14. Vortrag: „Agnes Miegels Leben und Schaffen“ von Frau von Vogel, der zweiten Vorsitzenden der Agnes-Miegel-Gesellschaft), 15. Aussprache, 16. Kaffeepause, 17. Anträge, 18. Verschiedenes, 19. Die Vertreterversammlung schließt mit dem Ostpreußenlied.

Bad Schwartau – Donnerstag, 18. Juni, 14.30 Uhr, AWO, August-straße 34a, Bad Schwartau: Monatstreffen. Illustre Gäste werden an diesem Nachmittag erwartet: Gisela Heese – aufgewachsen in einem Filmtheaterbetrieb, Ethnologin, Archäologin, Reederin und Redakteurin – berichtet von der abenteuerlichen Lebensreise einer ospreußischen Kinofamilie durch eine unruhige Zeit. Eine Autorenlesung mit Bildern und

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Musikbeiträgen aus dieser Zeit, die Wolf Rüdiger Ohlhoff, ehemaliger Veranstaltungsleiter Bereich Kunst und Kultur der Hansestadt Lübeck, mitbringt. Musik aus einer anderen Zeit, die er aus seiner umfangreichen Sammlung für diesen Nachmittag zusammengestellt hat.

Da im Juli Sommerpause ist – also keine Veranstaltungen angeboten werden, bietet dieser Nachmittag bereits die Möglichkeit, sich für die Herbstfahrt am 13. August anzumelden: „Ein Tag auf dem Lande – so wie es früher war“ beginnt auf einem Obsthof in Jork mit einer Rundfahrt auf einem Hof-Express, damit die Gäste auch einmal etwas über die Ernte, alte Obstsorten und die Lagerung erfahren. Nach einem Besuch des Hofladens geht es dann weiter nach Kutenholz, wo alle an Omas Buffet – Leckereien die schon unseren Großeltern geschmeckt haben – schlemmen können. Es folgt der Besuch einer 200 Jahre alten Kirche in Mulsum mit einer kleinen Andacht und Musik, und anschließend dann Kaffee und Kuchen wieder in Kutenholz. Abfahrt vom ZOB Bad Schwartau um 8 Uhr. Rückfahrt ab Kutenholz gegen 16.30 Uhr. Die Herbstfahrt kostet 45 Euro. Weitere Informationen: Regina Gronau, Telefon (0451) 26706

Burg auf Fehmarn – Der diesjährige Tagesausflug führte mit 40 Personen an die Westküste in den Kreis Nordfriesland, der der nördlichste Landkreis Deutschlands ist und Heimat der Minderheiten der Nordfriesen und Dänen. Hochdeutsch, Plattdeutsch, Dänisch und Friesisch, mehr als neun Mundarten werden hier gesprochen und machen den Kreis zur sprachenreichsten Region Deutschlands. Nach einem Halt in Husum ging es dann weiter nach Norstedt im Herzen von Nordfriesland gelegen, wo ein Mittagessen in einem ehemaligen Marschbauernhof von der Gruppe eingenommen wurde. Eine wunderschöne, interessante Rundreise schloss sich an, um unter anderem etwas über „Land un Lüüd“ zu erfahren. Zurückgekehrt mach Norstedt wartete schon die Kaffeetafel auf die Gruppe, die dann noch mit einem eineinhalbstündigen Musik- und Gesangsprogramm unterhalten wurde und danach die Heimreise antrat.

Mölln – Mittwoch, 24, Juni, 17 Uhr, Quellenhof: Traditionelles Matjesessen. Davor wird der Landesvorsitzende Herr Ferner einen Dia- und Video-Vortrag über seine Reise nach Frankreich halten. Eingehen wird er auf die vielen französischen Worte in der deutschen Sprache, den Lebensstil und natürlich das Essen. Anmeldung zum Essen unter Telefon (04542) 5044 bei Herrn Schumacher. Auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien, Mölln, Freunde und Bekannte sind recht herzlich eingeladen.

Neumünster – Mittwoch, 8. Juli, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Gemeinsames Treffen zum Thema „Ostpreußische Sprachkultur – so schabberten wir to Hus!“ – Ein typisch ostpreußischer Nachmittag. Gäste sind willkommen!

Pinneberg – Sonnabend, 28. Juni, 15 Uhr: Sommerfreuden, Lieder und Gereimtes. Anmeldungen bis spätestens vier Tage vorher, Telefon (04101) 62667.



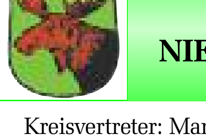
THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Schmalkalden – Donnerstag, 2. Juli, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „I. Kant“.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Vom 10. bis 11. September findet das Kreistreffen und die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf statt. Eingeladen sind alle ehemaligen Bewohner des Kreises, deren Nachfahren sowie aller Freunde Ostpreußens. Das Programm am Donnerstag, 10. September:

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer/Delegiertenversammlung, Treffen im Restaurant

16 bis 18 Uhr: Film- und/oder Diavorträge

Das Programm für Freitag, 11. September:

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10.15 bis 11.45 Uhr: Unser Bildarchiv/unsere Homepage, Wolfgang Nienke, Film- und/oder Diavorträge; 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant

14 Uhr: Eröffnung des Treffens, Totenehrung, Grußwort der stellvertretenden Landrätin Frau Hartmann-Grolm, Berichte 2015 von den Kirchspielvertretern, Wahlen und Ehrung;

16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, Plachandern

Ab 18 Uhr Musikalische Unterhaltung

Weitere Informationen: Für Übernachtungsmöglichkelten bitten wir mit dem Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110 oder dem „Parkhotel Deutsches Haus“, Bahnhofstraße 22, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 94 370; Fax (05723) 9437 500 oder dem Kur- und Verkehrsverein, Kurhausstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Kontakt aufzunehmen

Elchniederung, Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit

Am Sonnabend, 12. September, beginnt um 10 Uhr das Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Elchniederung und der Stadtgemeinschaft Tilsit. Austragungsort ist das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf. Das Programm: Eröffnung durch James-Herbert Lundszien. Es folgen Totenehrung und die Begrüßung durch die Kreisvertreter Manfred Romeike (Elchniederung), Hans Dzieran (Tilsit-Stadt) und Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit). Anschließend hält Jürgen Leiste einen Vortrag zum Thema „Naturschutzgebiet Elchwald gestern und heute“. Zwischen 11.30 Uhr und 13 Uhr: Mittagspause. Als Festredner wird dann Wilhelm von Gottberg das Wort übernehmen. Um 14 Uhr tritt der „Schaumburger Shanty-Chor“ auf. Danach gibt es ein geselliges Beisammensein. Die Schlussworte spricht Manfred Romeike. Gegen 17 Uhr wird die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Singen des Qstpreußenliedes beendet.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Ortstreffen

22. bis 25. Juni: Ortstreffen Skandau, Sillginnen, Solknick (auch Landsleute aus dem übrigen Kirchspiel Laggarben willkommen) im Ostheim.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Neuer Ortsatlas

Nach mehreren Verzögerungen ist es jetzt in einer Gemeinschaftsarbeit der Autoren Annelies und Gerhard Trucewitz, Brigitte Karow und Mark Oberüber gelungen, eine Dokumentation der gesamten südlichen Stadt Goldap und den zur Neuen Kirche gehörenden Dörfern zu erstellen. Der „Ortsatlas des Kirchspiels Neue Kirche Goldap Kreis Goldap, Ostpreußen“ (ISBN: 978-3-9815253-4-2), herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Goldap enthält: Eine Chronik der Stadt Goldap von der Gründung bis heute in Form einer Zeittafel. (Dr. C.B. Fiedler/Truc.), eine Kirchenchronik, eine Kirchspielchronik, Angaben zu Infrastrukturen, Zeitzeugenberichte und ausführliche Fotodokumentationen für jedes Dorf und die südliche Stadt Goldap. Dazu einen alphabetischen Namensindex.

Der Erste und Zweite Weltkrieg und seine Auswirkungen im Bereich des Kirchspiels Neue Kirche und der Stadt ist unter anderem mit Ereignisschicksalsberichten und Luftbildaufnahmen der Luftwaffe von 1944/45 dokumentiert. Farbfotoseiten aus heutiger Zeit, Quellen- und Literaturnachweis mit Erklärung von Begriffen vervollständigen die Dokumentation.

Die dokumentierten Gemeinden dieses Buches sind: Goldap südliche Stadt mit den Siedlungen und Stadtgütern Rosteck (Schöneberg), Abrahamsruh, Kleeberg, und Wilhelmsberg, sowie die Dörfer Amberg, Czerwonnen/Rotenau, Friedrichowen /Friedrichau, Gr. Wronken/Winterberg, Jeblonsken/Urbansdorf, Johannisberg, Kosmeden, Morathen/Bergesruh, Pietraschen /Rauental, Skötschen/Grönfleet und Sutzken/Hitlershöhe.

Weitere Informationen: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, Telefon (04142) 3552 oder (04141) 7977537. Öffnungszeiten: Jeden Mittwoch von 13 bis 16.30 Uhr.

HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Patenschaftsfeier

26. bis 27. Juni, Werlte: Heimattreffen und Feier zur 60-jährigen Patenschaft mit dem Landkreis Emsland.

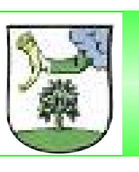


INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Seniorenfreizeit und Puschdorf

22. Juni, Bad Pyrmont: Treffen der Seniorenfreizeit der Heimatgruppe Darmstadt und der Kirchspielgemeinde Puschdorf. Weitere Informationen: Werner Kleist, Telefon (05351) 41770.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Regionaltreffen in Leipzig

20. Juni, Leipzig: 3. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Labiau, Königsberg-Land, Fischhausen und Wehlau in der Gaststätte „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91. Beginn: 10 Uhr. Weitere Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

„Professor Bernstein“ zu Gast

Niemand hat auf die Uhr geschaut: So fesselnd war es, in wenig mehr als 60 Minuten durch fast 60 Millionen Jahre der Erdgeschichte zu eilen. Von der Entstehung des Baltischen Bernsteins bis zu Kunstwerken aus Bernstein – das war die Spannbreite des Vortrags, den der ausgewiesene Spezialist nicht nur für das Thema Bernstein, Dr. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, im Mai am monatlichen Veranstaltungstag im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster hielt.

In notwendig komprimierter Form führte er den Besuchern dieses Nachmittags zum Thema „Schätze europäischer Bernsteinkunst“ die Struktur der „Blauen Erde“ vor Augen, brachte Beispiele für die Bedeutung von Bernstein im alten Ägypten und im Römischen Kaiserreich, zeigte Gebetsketten aus Bernstein und aus dem Mittelalter erhalten gebliebene Verträge über Lieferungen von Bernstein durch den Deutschen Orden.

Er erinnerte an das Bernsteinmonopol des Deutschen Ordens und an die drastischen Strafen für die Unterschlagung von Bernstein. Lange Zeit waren Lübeck und Brügge die Zentren der Bernsteinverarbeitung. Mit sehr anschaulichem Bildmaterial führte er den Zuhörern die Entwicklung der Methoden der Bernsteingewinnung in der Spanne 19./20. Jahrhundert vor Augen, vom Keschern und Tauchen, vom Graben und Baggern nach Bernstein bis hin zum großen Tagebau Palmnicken. Daran schloss der Teil des Vortrags an, der für die meisten Zuhörer viel Neues brachte. Wem war schon bewußt, dass im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg solche Schätze aus Bernstein zu bewundern sind? So zum Beispiel eine Kanne aus dem 16. Jahrhundert, eine Madonna von 1627, ein Prunkhumpen aus dem 17. Jahrhundert, Schmuckkästchen in der Kombination Bernstein mit Elfenbein, Kruzifixe, ein Tischaltar mit feinsten Bildgravuren – Meisterwerke von Bernsteinschnitzern und Bernsteindrechslern!

Im 19. Jahrhundert wurde Bernstein dann zu „bürgerlichem Schmuck“, ab 1880 gab es Pressbernstein, und im 20. Jahrhundert waren Produkte der Staatlichen Bernsteinmanufaktur Königsberg, nicht nur Schmuck, sondern auch kunsthandwerkliche Gebrauchsgegenstände, der vorläufige Schlusspunkt einer langen Entwicklung. – Viele Fragen an den Fachmann schlossen sich an. Barfod wusste bestens Auskunft zu geben. Die Anwesenden, vor allem die bernsteingeschmückten Damen, dankten es ihm mit viel Beifall.

Ausgrabungen im Archiv

Ende April besuchte die verantwortliche Betreuerin des Lötzener Kreisarchivs, Ute Eichler, den Archäologen Timo Ibsen, der tätig ist in einer Forschungseinrichtung der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf, im Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie. Sie stellte ihm die archäologischen Fundkarten, die vor wenigen Jahren als Zufallsfund auf einem Regensburger Flohmarkt gekauft und im vergangenen Jahr dem Lötzener Kreisarchiv übereignet worden waren (Einzelheiten siehe Lötzener Heimatbrief Nr. 116/Nov. 2015), zum Digitalisieren und Auswerten zur Verfügung. Bei dieser Gelegenheit erhielt sie an einem Computerarbeitsplatz Unterweisung und Information zu Bodendenkmalfunden und ihrer wissenschaftlichen Erfassung, soweit sie den Kreis Lötzen betreffen.

Fünf Wochen später kam Ibsen zum Gegenbesuch in das Lötzener Archiv in Neumünster. Er brachte die Kartenblätter zurück und überreichte die digitalisierte Fassung. Eine Kopie davon wurde inzwischen auch polnischen Archäologen, zu denen die Lötzener Einrichtung seit Jahren Kontakt hat, zur Verfügung gestellt. Ibsen verschaffte sich einen Überblick über die im Lötzener Archiv zum Thema Vor- und Frühgeschichte gesammelten Archivalien und er begutachtete die wenigen Artefakte, die im Sammlungsbestand vorhanden sind. Damit setzte er die Zusammenarbeit, die vor Jahren zwischen seinem Kollegen Volker Hilberg und Ute Eichler begonnen hatte, fort. Im Zusammenhang mit dem großen auf 18 Jahre angelegten Projekt der Erfassung aller erhaltenen Archivalien und Funde aus dem ehemaligen Prussia-Museum in Königsberg, dazu der Erfassung der nebengeordneten Bestände der vorkriegszeitlichen Archäologie des ehemaligen Ostpreußens insgesamt in Form einer webbasierten Datenbank zur Rekonstruktion der Fundlandschaft bis 1945, wird auch eine Bewertung und Einarbeitung der im Lötzener Archiv vorhandenen Materialien vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang ist „Die Schmidt'sche Fundkartei“, die das Kriegsende überdauerte und dem Lötzener Archiv 1957 von Arthur Schmidt übereignet wurde, von besonderer Bedeutung. Ein Beispiel mehr dafür, dass einzelne Archivalien erst nach Jahrzehnten wissenschaftlich ausgewertet werden – wenn die Zeit dafür reif ist.

Ausstellung und Vortrag

Sonnabend, 20. Juni 2015: Das Lötzener Museum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung) hat zwischen 10 und 15.30 Uhr geöffnet. Besucher sind herzlich eingeladen, die Sonderausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gesehen“ zu besuchen. Um 15.30 Uhr Beginn des Vortrags „Die Kurische Nehrung im Spiegel von Reiseführern und literarischen Texten“. Ute Eichler stellt diese besondere Landschaft vor. Der Eintritt ist frei.

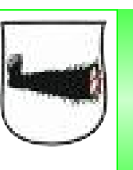


RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Korschener Treffen

26. bis 28. Juni, Bad Fallingbostel: Korschener Treffen im Hotel Schnehagen, Adolphsheider Straße 33.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ortstreffen

26. bis 29. Juni, Eberbach am Neckar: 30. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde im Hotel „Krone-Post“, Hauptstraße 1.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



TILSIT-RAGNIT

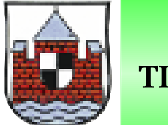
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Patenschaftstreffen Schillen

Im Pfingstheft 2015 des Heimatbriefes „Land an der Memel“ ist die Einladung der Patenstadt Plön und die Anmeldung zum diesjährigen Schillener Patenschaftstreffen vom 12. bis 13. September veröffentlicht. Anmeldetermin ist der 31. Juli.

Inzwischen haben mehrfach Landsleute mitgeteilt, dass sie bei der Nutzung des Anmeldeformulars Probleme haben. Deshalb hat der Kirchspielvertreter von Schillen das Anmeldeformular aus dem Heft abgescannt und ausgedruckt.

Es wurde bereits an alle Teilnehmer versandt, die sich beim letzten Patenschaftstreffen am 2. Juni 2013 in die Anwesenheitsliste eingetragen haben. Bei Bedarf kann das Anmeldeformular bei Walter Klink angefordert werden. Vom 19. bis 29. Juni hat er jedoch eine Fahrt nach Ostpreußen geplant.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Neustädtische Schule

Fast ein Jahrzehnt lang trafen sich jährlich in der ersten Augustwoche die „Neustädtischen“ in der „ Alten Fuhrmannsschänke“ in der Lüneburger Heide. Natürlich wurde die Gruppe immer kleiner, aber Tradition und Heimatverbundenheit machten diese Treffen zu einer „Pflichtveranstaltung“ für unsere mittlerweile „verschworene Gemeinschaft“. Erstmals haben wir in diesem Jahr die Situation, dass durch gesundheitsbedingte Einschränkungen und dem Tod unserer Uschi Abicht – einer „Aktivistin der ersten Stunde“ – das Jahrestreffen in der „Fuhrmannsschänke“ in der ersten Augustwoche ausfallen muss. Unser Treffen wird aber nur verschoben!

Wir verbinden unser Schultreffen mit dem traditionellen Treffen der drei Nachbarkreise „Stadt Tilsit“, „Tilsit-Ragnit“ und „Elchniederung“ am 11. und 12. September in Bad Nenndorf. Alle erforderlichen Organisationsfragen sind im letzten Rundbrief aufgeschrieben. Am Freitag, 11. September sollte spätestens die Anreise erfolgen, wenn möglich im Hotel „Deutsches Haus“, in dem Erwin Feige logiert. Ab 19 Uhr treffen sich offiziell die „Neustädtischen“ in diesem Hotel, im Rahmen der „Tilsiter Runde“ an reservierter Tafel. Am Sonnabend nehmen wir dann gemeinsam am zentralen „Drei-Kreise-Treffen“ im Hotel „Esplanade“ teil, auch hier sitzen wir an einem Tisch. Bis dahin zufriedene Gesundheit, Auf Wiedersehen in Bad Nenndorf!

Erwin Feige, Schulsprecher und Vorstandsmitglied

96. Heimatbrief erhältlich

Pünktlich zum Pfingstfest wurde die Ausgabe 96 von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“ ausgeliefert. Dem neuen Schriftleiter Heiner J. Coenen ist es gelungen, einen in Optik und Inhalt hochwertigen Heimatbrief zusammenzustellen, der bereits sehr positive Reaktionen ausgelöst hat. Alle Tilsiter, die den Heimatbrief nicht bekommen haben, sei es durch nichtgemeldeten Wohnungswechsel oder durch langjährige Spendenabstinenz, haben die Möglichkeit, ein Exemplar anzufordern bei Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig. Texte und Fotos bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



Nicht das Ende der Leiden

Auch die Ost- und Westpreußenstiftung gedachte des Kriegsendes

Am 8. Mai trafen sich rund 40 Mitglieder der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren in Oberschleißheim, dem Sitz der Stiftung.

Dort wurde auch der neue Glockenstuhl für die Glocken aus Kiwitten eingeweiht. Der evangelische Pfarrer und Studiendirektor im Ruhestand Werner Ambrosy (82) lud zu einem Gottesdienst ein. Er gelangte mit dem Lazarett seines Vaters, einem Arzt, nach Burghausen. Mit der Erzählung, wie er das Kriegsende erlebte, warb er für eine genaue, wahrhafte Darstellung der Kriegsereignisse.

Gerd Rossius (70), Bauunternehmer und erster Vorsitzender des Vereins, plädierte für ein Gedenken ohne falsche Wehmut und Ressentiments. Beide Redner stellten heraus, dass das Kriegsende für viele nicht das Ende einer Leidensgeschichte war und dass sie Versöhnung mit Polen erlebten.



Gerd Rossius: Gedenken ohne falsche Wehmut und Ressentiments Bild: Arendt

Ein Wendepunkt für Ambrosy war 2001 beim ökumenischen Kirchentag die ausgestreckte Hand des Bischofs Jagutzki, der die evangelische Kirche in Polen leitete. Der Bischof würdigte auch die Wohltätigkeitsorganisation der Heimatvertriebenen, insbesondere im Rahmen der Johanniter.

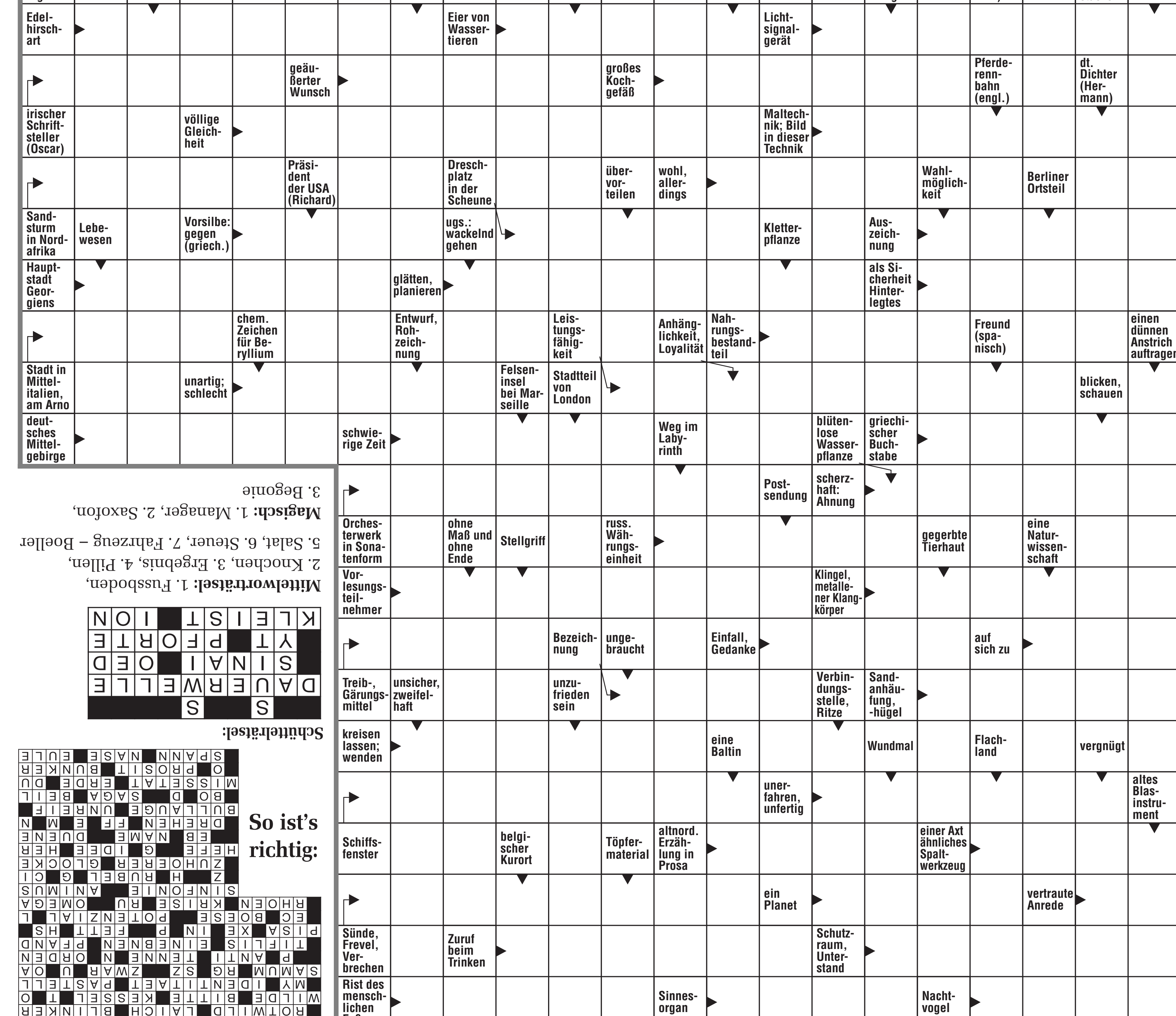
Die Glocken aus Kiwitten, 1652 gegossen, wurden 1942 abgenommen, um sie zu Waffen zu schmieden. Nach dem Krieg im Hamburger Hafen aufgefunden, dienten sie wieder als Kirchenglocken, bis sie 1985 bei der Ost- und Westpreußenstiftung aufgestellt wurden. Man begriff sie zuerst als Leihgabe, als man noch die Hoffnung hatte, in die Heimat zurückkehren zu können. Während des Umbaus der Vereinsgebäude wurde eine Glocke im Mai 2007 gestohlen. Das Diebesgut wurde jedoch bei einem Memminger Eisenhändler zurückgelassen. Es gelang, den Sprung der gestohlenen Glocke zu schließen; beide wurden in einem neuen Glockenstuhl aufgehängt, der nun eingeweiht wurde.

Die ganze Gesellschaft fand sich anschließend zu einem geselligen Beisammensein mit Erbsensuppe ein, die vom Sehbehindertenzentrum in Unterschleißheim geliefert wurde. Angeregt wurden an allen Tischen eigene Erinnerungen und Erlebnisse ausgetauscht.

Bernhard Arendt



Marlene Froidl und Werner Mai von der Landsmannschaft Fürstenfeldbruck Bild: Arendt



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

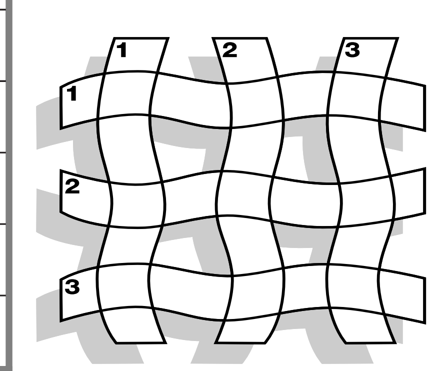
ADEEE LLRUW	ALSY		EISTU	APRS		FISTW	ILOR	ELOT	DEEN
AIINS						DEO			
EIKL ST			EFOP RT						
						INO			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Feuerwerkskörper.

1	PARKETT		BELAG
2	MARK		BAU
3	REKORD		LOS
4	KNOBLAUCH		DREHER
5	WURST		GURKE
6	LOHN		MANN
7	KRAFT		PARK

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Unternehmensleiter
2 Blasinstrument
3 Zierpflanze



Eine von vielen Attraktionen in Bad Pyrmont: Der größte Palmengarten nördlich der Alpen Bild: Archiv

Eine große Familie

Im Ostheim: Sommerfreizeit für Senioren

Vom 29. Juni bis 13. Juli bietet das Ostheim letztmalig eine Sommerfreizeit für Senioren an, da das Haus zum 31. Dezember diesen Jahres geschlossen wird. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Abenden mit Dia- und Videovorträgen, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend.

Schönster Kurpark Deutschlands

Der im Jahre 2005 als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Park vin Bad Pyrmont lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein.

In der Hufeland-Therme können Besucher die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt und das Staatsbad bieten gerade in dieser Zeit viele Kulturangebote an: Vom 3. bis 5. Juli zum Beispiel den „Historischen Fürstentreff“. Am 10. Juli heißt es „Happy Birthday Musikschule – 25 Jahre Musikschule“. Besucher erleben eine Festveranstaltung im Konzerthaus mit Musik, Tanz und Wort. Am 11. Juli findet dann der World Cup in den Latein-Amerikanischen Tänzen im Großen Schloßhof statt. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied. Jeder kann nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern. Wir sind eine Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, eine große Familie.

Fürstentreff und Tanz-World-Cup

Die 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 670 Euro und im Doppelzimmer pro Person 580 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen – bitte nur schriftlich – richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, Mail: info@ostheim-pyrmont.de

PAZ

Masurens Clownsgesichter

Für Naturfotografen ein begehrtes Fotomotiv: Die Otter der Seenplatte

Im deutschen Westen war der Fischotter so gut wie ausgerottet. In Masuren hingegen ist er trotz der Kriegswirren nie richtig weg gewesen. Kein Wunder: Fauna und Flora der Masurischen Seenplatte übertreffen an Schönheit und Vielfalt der Natur viele andere Gebiete in Europa. Zum Glück wurde die Region daher auch besonders geschützt.

Größter Naturpark im heutigen Polen

Nach einem ersten Versuch, der 1970 misslang, wurde der Landschaftspark Masurische Seenplatte 1977 ins Leben gerufen. Er ist mit einer Fläche von 55 000 Hektar der größte Naturpark im heutigen Polen. Rund 850 verschiedene Pflanzenarten sind hier zu finden, darunter der vermutlich älteste Baum Masurens, die „Königliche Fichte“. Zu seinen tierischen Bewohnern zählen neben 200 verschiedenen Vogelarten auch Rotwild, Biber, Uhus, Elch und Wolf. Dem Fischotter begegneten wir dort erstmals 1997 an der Kruttinna, als wir nach einer Litauen-Tour durch das Memel-Gebiet noch einen Abstecher zu den Konik-Pferden in Popiellnen machten.

Fischotter sind die Charaktertiere dieser Wasserlandschaft. Es lohnt sich wahrhaftig ihnen zuzuschauen. Wie kaum ein anderes Tier erfüllen sie Bäche und Seen mit anmutigem Leben. Sie zeigen ein wahres Feuerwerk an Grimassen. Sie pfeifen wie die Gassenjungen, keckern und schreien schrill. Otterkinder jagen einander beim Spiel im Wasser, und eigentlich spielen sie immer. Ihr Clownsgesicht mit der schwarzen Knopfnase macht sie zu perfekten Streicheltieren. Dass aus plüschigen Pustebacken noch ein tieftrauriger, abwärts gebogener Bart aus dicken Tasthaaren sprießt, rundet das possierliche Gesamtbild ab. Hinzu kommt ihre Fähigkeit sich menschenähnlich aufzurichten. Dabei benutzen sie die Vorderfüße wie Hände. Mit diesen Patschhändchen führen sie ihre Beute zum Mund.

Trotz ihres schlechten Rufes bei Anglern als unersättliche Fischvertilger sind sie obendrein nützlich: Wo Otter jagen, sind Fische gesünder. Seit Biologen sich mit ihrer Ernährung befassten, wissen wir, dass sie keineswegs Problemtiere am Fischwasser sind, sondern im Naturhaushalt wichtige Funktionen haben. Wo Otter jagen, haben Fische bessere Kondition und Konstitution, weil Fischkrankheiten seltener sind.

Wolfgang Alexander Bajohr

Der Naturfotograf lebt im bayerischen Gilching. Die Familie des 84-Jährigen stammt aus der Nähe von Ortelsburg



Otter an der Kruttinna: „Feuerwerk an Grimassen“ Bild: Bajohr

Unersättliche Fischräuber? Biologen fanden heraus, dass sie vor allem kranke Fische jagen Bild: Bajohr

Schwarze Zahlen, weiße Prinzen

Ungeachtet ihres hohen Alters versucht Wiens Spanische Hofreitschule, mit der Zeit zu gehen

Die schönste Reithalle der Welt bietet die perfekte Kulisse für die Vorführungen der Spanischen Hofreitschule in Wien. In diesem Jahr feiern die Dressur-Künstler auf ihren reinrassigen Lipizzaner-Pferden 450-jähriges Bestehen.

Am 25. September 1814 begann der Wiener Kongress, am 9. Juni 1815 unterzeichneten die Bevollmächtigten die Schlussakte. Der Wiener Hof, der als Gastgeber die Kosten trug, hatte für die Neuordnung des Kontinents nach den Napoleonischen Kriegen mit maximal zwei Monaten gerechnet. Dass schließlich über acht daraus wurden, ist seine eigene Schuld. Nach dem Motto „Das Vergnügen erringt den Frieden" wurden die Verhandlungen von einem so reichen Unterhaltungsprogramm begleitet, dass Kaiser Franz I. stöhnte: „Wenn das noch lang so weitergeht, lass i mi pensionieren ..."

Besonderen Anreiz boten die Bälle in der zum Festsaal umgestalteten Winterreitschule. 1565 gegründet, war diese bis 1735 zwar vornehmlich für die Reiterei genutzt worden. Doch der barokke Bau ist viel zu prachtvoll, um ihn nicht von Anfang an multifunktional zu nutzen: für höfische und reiterliche Feste, für die Monumental-Konzerte der 1812 gegründeten Gesellschaft der Musikfreunde, für die Versammlung des Reichstages 1848 und anderes mehr.

Seit 2010 setzt die Fête Impériale die Balltradition in der schönsten Reithalle der Welt fort. Im Jubiläumsjahr kommt der Reinerlös von Wiens größtem Sommerball Forschungsarbeiten zugute, die den Erhalt und die Zucht der Lipizzaner gewährleisten. Und wenn sich dieses Jahr zum zweiten Mal die Sangeskunst der Wiener Sängerknaben mit der Reitkunst der Spanischen Hofreitschule paart, ist auch das kein wirkliches Novum (Mai bis Oktober). Nächstes Jahr soll das Programm „A Tribute to Vienna" mit Musikern der Wiener Philharmoniker fortgesetzt werden.

Verantwortlich für den frischen Wind ist die Ausgliederung der Spanischen Hofreitschule zusammen mit dem Bundesgestüt Piber Anfang 2001 aus der Bundesverwaltung und die Zusammenführung beider Institutionen in eine Gesellschaft öffentlichen Rechts. Seitdem muss sich das Unternehmen unter Fortführung der traditionsgemäßen Zucht und Aufzucht sowie der Ausübung und Bewahrung der Hohen Schule selber tragen.

Die Entlassung in die Selbstständigkeit erfolgte mit einer Morgengabe von 23 Millionen Euro und Grundbesitz. Fünf Jahre später war die Kasse leer und zwischen Einnahmen und Ausgaben klaffte ein Defizit von sechs Millionen. Als „Retter in der Not" konnte man Elisabeth Gürtler, Chefin des Sacher-Hotel-Imperiums, gewinnen. Am 1. Dezember 2007 übernahm die Diplomkauffrau und Pferdeliebhaberin vom Typ einer Ursula von der Leyen – auch sie begeisterte Reiterin – gemeinsam mit Erwin Klissenbauer die Leitung der Spanischen Hofreitschule und drückte ihr zart, aber bestimmt ihren Stempel auf. Als österreichische Vizestaatsmeisterin im Dressurreiten von 1979 blickt sie auf eine eigene erfolgreiche Vergangenheit im Sattel zurück, und als Organisatorin des Wiener Opernballs von 1999 bis 2007 kennt sie sich mit 1A-Prominenz bestens aus. Für die Vermietung der Immobilien schuf sie daher auch gleich ein eigenes Büro.

Damit allein ist die Spanische Hofreitschule jedoch nicht saniert. Sie arbeitet inzwischen mit zwei Equipen. „Um auf Tournee gehen zu können und gleichzeitig das Haus in Wien offen zu halten und Vorführungen anbieten zu können, braucht man 16 Reiter, jeweils acht für die Quadrille. Dazu mindestens zwei Pferde für den Langen Zügel (derzeit drei), die Levade (derzeit sechs), die Courbette (derzeit drei) und die Kapriole (derzeit sechs). Dabei immer nur das Allerbeste vom Vorhandenen zu präsentieren, schaffen wir nicht", sagt Elisabeth Gürtler in gewohnter Bescheidenheit. Die klassischen Ideale werden dadurch nicht verraten. Die Zahl der Besucher aus aller Welt, die sich in ausverkauften Vorstellungen von der Harmonie zwischen Pferd und Reiter faszinieren lassen, spricht für sich. „Wenn alles klappt, kommen wir am Ende des Jahres auf eine Null. Doch es braucht nur eine Tournee auszufallen, um wieder im Minus zu sein. Daher haben wir die Zusage erhalten, dass wir künftig pro Jahr mit einer Million aus der Staatskasse rechnen dürfen."



Ganz hohe Reitkunst: Lipizzaner in der sogenannten Kapriole, der schwersten aller Dressurlektionen

Um die Kritiker zu beruhigen: Den Lipizzanern geht es besser denn je. Schon immer kamen die Hengste für sechs Wochen ins Sommerquartier. Heute verlangt der Tierschutz aber eine bestimmte Boxen-Größe und freie Bewegung. In Wien gibt es inzwischen zwar 22 Außenboxen, doch keine Paddocks und Koppeln. Daher kommt jeder Hengst dreimal im Jahr für mindestens vier Wochen auf den Heldenberg, die neue moderne Außenstelle, 70 Kilometer von Wien entfernt. Ein Paradies für Pferd und Reiter!

„Damit haben unsere Hengste drei von zwölf Monaten alles, was der Tierschutz vorschreibt", so Gürtler. Und die Reiter Gelegenheit, mit ihren Hengsten auszureiten. „Eine Abwechslung und ein echter Genuss", bestätigt Bereiter Marcus Nowotny strahlend nach dem Morgenritt. Außerhalb der Hofetikette vergessen die weißen Pferde alle Contenance und wälzen sich genüsslich auf der Koppel.

Vorbei auch die Zeit, wo die Spanische Hofreitschule eine reine Männerbastion war. Hannah Zeitlhofer ist es als erster Frau gelungen, in der Vorführung mitzureiten. Neue Elevinnen eifern ihr bereits nach. Bei Hannah kommt auch Elisabeth Gürtler ins Schwärmen: „Eine hervorragende Reiterin, welche die Pferde liebt und sich hauptsächlich mit den jungen beschäftigt und mit viel Geduld und Gefühl anlongiert und anreitet." Eine Arbeit, welche die männlichen Kollegen ihr gerne überlassen.

Sogar das Pferd hat sich verändert. „Der Lipizzaner hat sich in den letzten 25 Jahren mehr zum modernen Reitpferdetyp entwickelt. Wir haben das Stockmaß (die Größe) hinaufgesetzt, weil es einfach nicht mehr zu unseren Reitern passt. Wir haben auch die Rittigkeit der Pferde und das Gangvermögen verbessert. Hatte der Lipizzaner früher eine ganz steile Schulter und fast überhaupt keinen Raumgriff, hat der moderne Lipizzaner Raumgriff, schwebt und federt ab", so Gürtler. Damit dürfte der Schwung bis zum nächsten Jubiläum gesichert sein. *Helga Schnehagen*

Jubiläum: Generalprobe 25. Juni, Jubiläum 26. Juni, Gala 27. Juni, jeweils 19 Uhr auf dem Heldenplatz, Fête Impériale 26. Juni, www.srs.at

Ponierin der Chemie

Verzweifelt wählte Clara Immerwahr schließlich den Freitod

Clara Immerwahr – der Name klingt fast wie für ein Kinderbuch erfunden. Wie „Daniel Düsentrieb" oder „Raupe Nimmersatt". Doch Clara Immerwahr ist kein Phantasiename. Er gehört zu einer Frau, die leibhaftig gelebt hat.

Am 21. Juni 1870 wurde Clara Immerwahr in Polkendorf bei Breslau geboren. Die Eltern betrieben ein landwirtschaftliches Gut. Der Vater war auch als Chemiker tätig. Die finanzielle Situation der jüdischen Familie erlaubte es, dass ein Privatlehrer die vier Kinder unterrichtet. Schon früh interessierte sich Clara für Naturwissenschaften.

Als die Mutter starb – Clara war 20 – zog sie mit dem Vater nach Breslau. Hier könnte ihr Wunsch wahr werden: Studieren und eine akademische Laufbahn einschlagen – wenn, ja wenn sie denn das Abitur hätte.

Das Abitur oder gar ein Studium für Frauen ist im deutschen Kaiserreich um 1900 allerdings nicht vorgesehen. Clara durfte also nicht studieren. Aber sie durfte das Lehrerinnenseminar in Breslau besuchen. So war Clara im Bildungsbereich tätig.

Mutig kämpfte sie weiter um ihre Hochschulzulassung, die sie schließlich mit Sondergenehmigung erhielt. Clara Immerwahr gehörte nun zu den ersten Frauen in Deutschland mit Abitur.

Wieder mit Sondergenehmigung durfte die inzwischen 26-Jährige an der Universität Breslau naturwissenschaftliche Vorlesungen besuchen. Als einzige Frau in einer reinen Männerwelt – belächelt, argwöhnisch beäugt, verspottet und auch angefeindet. Clara schlug sich tapfer.

Mit einem Sondererlass des Kultusministeriums durfte sie schließlich promovieren. Ihr Doktorvater, Richard Abegg, förderte die Ausnahmestudentin. Dezember 1900: Als erste Frau in Deutschland wurde Clara Immerwahr in Chemie an der Uni Breslau promoviert – mit „magna cum laude".



Clara Immerwahr Bild: Archiv

Der zäh erkämpfte Aufstieg endete 1901 mit der Eheschließung. Clara traf ihren Tanzstundenfreund Fritz Haber. Der ebenfalls aus einer jüdischen Familie stammende Haber hatte zehn Jahre zuvor schon einmal um Claras Hand angehalten. Jetzt, als 30-Jährige, geht sie auf seinen Antrag ein. Auch Fritz Haber ist promovierter Chemiker. Also eine Wissenschaftler-Ehe par excellence – könnte man meinen.

Es kam alles ganz anders. Fritz Haber machte Karriere als Chemiker. Seiner Frau Clara überließ er die Führung des Haushalts und repräsentative Aufgaben bei den häufigen Treffen mit Kollegen. Um den 1902 geborenen, kränkelnden Sohn Hermann kümmerte sich Fritz Haber nur wenig. Er hatte die eigene Karriere fest im Blick. Seine 1909 – mit Claras Hilfe – entwickelte Ammoniaksynthese schuf die Grundlage zur Herstellung von Düngemitteln und Sprengstoff. Letzterer wurde im bald folgenden Ersten Weltkrieg dringend gebraucht.

Und – Fritz Haber trieb Versuche mit Giftgas voran. Im April 1915 leitete er in Belgien einen Chlorgas-Einsatz, bei dem über 5000 Soldaten umkamen. Clara geißelte das Unternehmen als „Perversion der Wissenschaft" – während ihr Ehemann Fritz als „Vater des Gaskrieges" gefeiert wurde. Bei einem Fest am 1. Mai 1915 in der Familienvilla in Berlin-Dahlem wurde Fritz Haber zum Hauptmann befördert. Verzweifelt verließ Clara in der Nacht zum 2. Mai 1915 die Feier und ging in den Garten. Mit der Dienstwaffe ihres Mannes erschoss sich Clara Immerwahr, die erste deutsche Chemikerin. *Siegfried Schmidtke*

Einst die reichste Stadt

Industriedenkmäler und Renaissancebauten – Freiburg ist vielseitig

Freiberg war die reichste Stadt des mittelalterlichen Sachsen, nicht Dresden, Leipzig oder Meißen. Ein „feudaler Wirtschaftsliberalismus" gestattete es jedem, auf dem Gebiet des Kurstaats nach Erz zu graben. Bergleute aus dem Harz fanden im 12. Jahrhundert Silber an einer Stelle, der einige Jahrzehnte später schon das Stadtrecht zuerkannt wurde. Um den Obermarkt entstand ein regelmäßiges Straßengitternetz. Die hochgeschossigen Bürgerhäuser repräsentieren dort noch heute den Stolz einer Provinzhauptstadt. Da Freiberg ebenso weit von Chemnitz wie von Dresden entfernt ist, wird es nicht von der Sphäre einer dieser Großstädte marginalisiert. Es vermag gut aus sich selbst zu bestehen, verfügt über einen gesunden Einzelhandel, Industriebetriebe, historische Gasthäuser und ein beachtliches Kulturangebot. „Die Kunst gehört dem Volke" steht auf dem Giebel des ältesten ununterbrochen bespielten Stadttheaters der Welt. Der 14-jährige Carl Maria von Weber brachte hier auf der Durchreise sein erstes Singspiel zur Uraufführung. Seit 1995 versorgt das Mittelsächsische Theater von hier aus auch Döbeln mit großer Oper von „Tannhäuser" bis „Rosenkavalier".

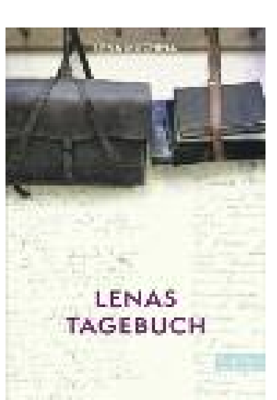
Kontributionszahlungen nach den verlorenen Schlesischen Kriegen mit Preußen intensivierten die Rohstoffförderung. Dazu gründete Friedrich Anton von Heynitz 1765 die Bergakademie. Heynitz war ein Vetter des Dichters Novalis, der ebenso in Freiberg studierte wie Theodor Körner, Alexander von Humboldt und zuletzt auch Georg Friedrich Prinz von Preußen, der gegenwärtige Chef des Hauses Hohenzollern. Freiberg lehrt als einzige Hochschule in Deutschland Industriearchäologie. Die Exkursionsorte dafür sind naheliegend, zum Beispiel der Industriekomplex Muldenhütten oder das 1794 errichtete Amalgamierwerk in Halsbrücke, dessen gemauerte Esse lange Zeit als höchster Schornstein der Welt galt. Auf einem Erzkanal im Muldental wurde die Ausbeute der Gruben in Kähnen zur Hütte Halsbrücke befördert. Ein erhaltenes Kahnhebehaus gilt als ältestes Schiffhebewerk der Welt.



Altstadt mit Blick auf Dom St. Marien Bild: Stadt Freiberg/Ralf Menzel

Die spätromanische Goldene Pforte des Doms verbindet architektonische Strenge mit knospenhaft sprießendem Bildwerk. Natürlichkeit und strenge Formgebung prägen das einmalige Bildwerk. Da steigen die nackten Leiber der Auferstehenden in bestürzender Gegenwärtigkeit aus ihren Särgen hervor. Weitere drei Jahrhunderte später zeugen die Meisterwerke einer obersächsischen Schule von Reichtum und Geschick einer regionalen Kunstepoche. Die filigrane Tulpenkanzel des Hans von Witten befindet sich im Inneren des Doms, dessen Chor von italienischen Baumeistern zur Grablege der Wettiner umgestaltet wurde. Das Schloss Freudenstein war zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Residenz des sächsischen Herzogs und Markgrafen von Meißen Heinrich der Fromme. Später hat Zar Peter der Große hier übernachtet, als er die Freiberger Erzgruben besichtigte. Heute birgt der Renaissancebau das Bergarchiv des Freistaats und die weltgrößte private Mineraliensammlung „terra mineralia". *Sebastian Hennig*

Vom 25. bis 28. Juni findet das Bergstadtfest Freiberg statt. Die große traditionelle Bergparade beginnt am Sonntag um 9.15 Uhr mit dem Einmarsch zum Berggottesdienst in den St-Marien-Dom. Internet: www.bergstadtfest.de



Idylle und Inferno

Leningrad im II. Weltkrieg

Von der Blockade Leningrads während des Zweiten Weltkrieges ist wenig bekannt, obwohl es sich um eine humanitäre Katastrophe biblischen Ausmaßes gehandelt hat. Stalin, zu dessen Kriegszielen es keineswegs gehörte, den Blokkadering um die ungeliebte Stadt schnellstmöglich zu sprengen, ließ Leningrad zur Heldenstadt verklären. Über die Fehler der Armeeführung und das kolossale Versagen der Sowjet-Bürokratie wurde nicht diskutiert. Erst 1981 kam in Moskau das zweibändige „Blockadebuch“ von Ales Adamowitsch und Daniil Granin heraus, in dem die Situation der Zivilbevölkerung der Stadt nachgezeichnet wird. Vor wenigen Jahren machte David Benioffs „Stadt der Diebe“ die Tragödie Leningrads einem breiten Publikum bekannt.

Lena Muchinas Tagebuch ist das Gegenteil von Benioffs reißerischem Thriller. Es ist geschrieben von einem 16-jährigen Mädchen, das ungefiltert seine Eindrücke wiedergibt. Ein sehr stilles Buch. Es beginnt am 22. Mai 1941, kurz vor dem Angriff auf die Sowjetunion. Lena und ihre Schulkameraden büffeln für ihre zahlreichen Prüfungen, albern nach Schulschluss herum. Das Mädchen hat nur Augen für Wowka und denkt ununterbrochen darüber nach, ob er ihre Gefühle wohl erwidern könnte. Die letzte Eintragung vor dem 22. Juni schildert seitenlang eine alberne Jagd der Mädchen nach den Jungen und umgekehrt. Dann bricht der Krieg in diese pubertäre Idylle ein. Lena erlebt die ersten Bombenangriffe. Sie hört im Radio Siegesmeldungen, während der Ring um die Stadt immer enger gezogen wird. Am schlimmsten ist der Hunger, der umso stärker wird, je näher der Winter kommt. Lena muss erleben, wie erst ihre alte Großtante, dann ihre Mutter stirbt. Sie zieht auf einem Schlitten die Tote zur Leichensammelstelle und bleibt allein zurück.

Kritik an den Sowjets kommt ihr nicht in den Sinn. Nur einmal bricht es aus ihr heraus, als der britische Außenminister Eden im Dezember 1941 Moskau besucht: „Wir sterben hier vor Hunger wie die Fliegen, aber in Moskau hat Stalin gestern wieder ein Essen zu Ehren Edens gegeben. Es ist empörend, sie fressen dort wie die Teufel, während wir noch nicht einmal unser Stück Brot bekommen …“

Lena beschreibt, wie die Menschen um sie herum abmagern, bis sie kaum noch zu erkennen sind. Selbst ihren geliebten Wowka identifiziert sie erst auf den zweiten Blick. Lena selbst entgeht dem Erschöpfungstod, weil Kolleginnen ihrer verstorbenen Mutter sie auf die Evakuierungsliste setzen lassen. Die Stadt hat da noch über 800 Blockadetage vor sich.

»Sie fressen dort wie die Teufel«

Lenas Tagebuch gelang 1962 ins Leningrader Parteiarchiv, wo es erst nach ihrem Tod 1991 entdeckt wurde. Deshalb wird man nie erfahren, unter welchen Umständen es ihr abgenommen wurde. Sie konnte aber erfolgreich identifiziert und ihre Biografie teilweise rekonstruiert werden. In ihren späteren Lebensjahren arbeitete sie unter anderem in einer Moskauer Elektrotechnischen Fabrik. Selbst einige wenige Fotos von ihr wurden gefunden. Lena hat damit für uns ein Gesicht.

Die Übersetzer Lena Gorelik und Gero Fedtke haben nicht nur eine hervorragende Übersetzung geliefert, sondern in einem Vor- und Nachwort eine wertvolle Arbeit zur historischen Einordnung des Textes geleistet. Auch diese Abschnitte machen deutlich, dass es hohe Zeit ist, diese Blockade mehr ins kollektive Gedächtnis zu rücken. Sie ist ein Lehrbeispiel dafür, wozu totalitäre Diktaturen imstande sind.

Vera Lengsfeld

***Lena Muchina: „Lenas Tagebuch“**, Graf Verlag, München 2014, broschiert 384 Seiten, 9,99 Euro*

75 Jahre alter Stachel

Das Verbrechen von Katyn im Spiegel bislang kaum bekannter Quellen



Katyn, das ist für Polen eine schwärende Wunde und ein Stachel im Verhältnis zu Russland. Die historischen Fakten sind bekannt (siehe *PAZ* 12, Seite 10): Im Frühjahr 1940 hatte die Sowjetunion annähernd 22 000 gefangene polnische Offiziere ohne jedes gerichtliche Verfahren in drei abgelegenen Waldgebieten im heutigen Weißrussland und in der Ukraine erschossen. Da die Mehrzahl in Katyn nahe der Stadt Smolensk umgebracht wurde, blieb der Ortsname für den Massenmord haften. Tausende wurden aber auch im weiter nördlich gelegenen Kalinin und in Starobelsk nahe Charkow umgebracht.

Als die Massengräber der notdürftig verscharrten Leichen im Frühjahr 1943 von der deutschen Wehrmacht entdeckt wurden, entspann sich ein erbitterter Propagandakrieg zwischen beiden totalitären Regimen; für Goebbels war das Verbrechen willkommener Anlass, die Unmenschlichkeit des Sowjetsystems vor aller Welt anzuprangern, was vice versa auch Moskau tat. Man beschuldigte einfach die Deutschen, die Morde begangen zu haben.

Der viele Jahre als Osteuropakorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ tätige Journalist Thomas Urban hat jetzt in akribischer Recherche das Verbrechen von Katyn analysiert. Neben den tatsächlichen Ereignissen widmet er sich dabei besonders dem Jahrzehnte dauernden Streit zwischen Russen und Polen über die Urheberschaft und dem für viele Polen besonders wichtigen Wunsch nach vollständigen Totenlisten. Urbans Darstellung zeigt: Der ganze Vorgang ist ein Musterbeispiel dafür, wie schwer sich eine selbstbewusste und auftrumpfende Macht zu einem Geständnis eigener Schuld bewegen lässt, – und wenn sie es tut, es schließlich doch gleich wieder relativiert.

Die eigentlichen historischen Vorgänge von Herbst 1939, dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen, und dem Morden im Frühjahr 1940 schildert Urban vergleichsweise kurz. Die Quellenlage ist eindeutig: Stalin und die Führung der KPdSU spürten, dass sich die gefangenen Offiziere nicht vereinnahmen ließen, so dass deren Liquidierung als, so NKWD-Chef Lawrentij Berija, „unausweichliche Maßnahme“ angesehen wurde. In Urbans Werk nimmt der anschließende Propagandastreit zwischen Sowjets und Deutschen und danach zwischen Sowjets und Polen den größten Raum ein: Urban konnte eine Fülle bislang kaum oder gar nicht bekannter Quellen in Warschau, teils sogar in Moskau auswerten (im fast ausschließlich fremdsprachige Lteraturverzeichnis wäre eine deutsche Übersetzung hilfreich gewesen!). Mit ihrer „Lebenslüge“ von den Deutschen als Tätern liefen die Sowjets ausgerechnet bei den Nürnberger Prozessen auf, als durch Quellen und Zeugenaussagen ihre alleinige Schuld deutlich wurde. Der bald einsetzende Kalte Krieg führte dann auch dazu, dass die bis dahin überaus nachsichtigen Briten und Amerikaner eigene historische Kommissionen bildeten, deren Untersuchungen die Sowjet-union schwer und unwiderlegbar belasteten.

Schuld am Morden war der »Zeitgeist«

Erst unter Gorbatschow, den Urban vielleicht doch etwas zu harsch der „Tricksereien“ zeiht, und später Jelzin rang sich Moskau zu einem Eingeständnis durch: „Die sowjetische Seite drückt ihr tiefstes Beileid wegen der Tragödie von Katyn aus und erklärt, dass sie eines der schwersten Verbrechen des Stalinismus darstellt.“ Doch inzwischen wird die eigene Schuld schon wieder relativiert. Der „Zeitgeist“ wird für die damaligen Verbrechen verantwortlich gemacht. Zudem weigert sich Moskau nach wie vor, vollständige Totenlisten herauszugeben, was besonders die Angehörigen der Opfer zutiefst verbittert. Urbans knappes Fazit: Solange nicht die letzten Grabstätten bekannt und die letzten Akten geöffnet sind, steht Katyn weiter einer Versöhnung zwischen beiden Völkern entgegen. Katyn, so zeigt dieses faktenreiche, in klarer Sprache zu den Schuldigen geschriebene Buch, ist 75 Jahre später noch immer ein aktuelles politisches Problem.

Dirk Klose

***Thomas Urban: Katyn 1940. Geschichte eines Verbrechens.** C.H.Beck Verlag, München 2015, broschiert, 250 Seiten, 14,95 Euro*

„Warum sitzt Katyn so tief?“

Buchautor Thomas Urban im Interview mit der *PAZ* über Moskaus Lügen und den Umgang mit der Sowjetvergangenheit

PAZ: *Wird das Erinnern an Katyn in Polen als besonderer Gedenktag begangen?*

Thomas Urban: Es gibt keinen staatlichen Gedenktag, doch seit vier Jahren wird am 10. April der Opfer gedacht. Der Anlass ist doppelt tragisch, denn an diesem Tag stürzte 2010 die polnische Präsidentenmaschine bei Smolensk ab, in der eine Delegation aus Warschau zu einer Gedenkfeier im Wald von Katyn unterwegs war.

PAZ: *Objektiv war ja die Zahl der von Deutschen ermordeten Polen viel größer; warum sitzt Katyn gleichwohl so tief?*

Urban: Bitten um Vergebung für deutsche Verbrechen sind ebenso wie das Bemühen um zumindest materielle Wiedergutmachung Kernstücke der deutschen Politik gegenüber Polen. Moskau aber hat zu Katyn nicht nur ein halbes Jahrhundert lang Lügen verbreitet, sondern über seine Statthalter an der Weichsel auch alle Polen, die die Wahrheit einforderten, verfolgen lassen. Der Kreml lehnt bis heute jede Entschädigung ab und behindert wieder nach Kräften die Dokumentation und die juristische Aufarbeitung.

PAZ: *Welche Quellen beziehungsweise Informationen verlangt die polnische Seite noch heute und warum stellt sich Moskau immer noch quer?*

Mindestens 68 Aktenbände aus sowjetischen Archiven sind nach wie vor als geheim eingestuft. Dazu dürften Angaben zu noch nicht bekannten Exekutionsorten gehören. In Katyn liegen ja nur rund 4400 der insgesamt mehr als 22 000 ermordeten polnischen Offiziere, Fähnriche und Beamten. Warum die Akten mehr als sieben Jahrzehnte später noch die Sicherheit des russischen Staates gefährden können, bleibt schleierhaft. Es ist eher ein Versuch, ein besonders düsteres Kapitel der Sowjetgeschichte wieder zu beschweigen.

PAZ: *Wer auf russischer Seite außer vielleicht die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ gibt uneingeschränkt die russische Schuld zu?*

Urban: Die letzten Kremlchefs – Gorbatschow, Jelzin, Putin und Medwedjew – haben durchaus die Schuld des NKWD eingestanden. Aber Putin betreibt inzwischen zunehmend die Glorifizierung der russischen Vergangenheit. Dazu gehört, die Geheimdienstler Moskaus als heldenhafte Verteidiger des Vaterlandes darzustellen. Der heimtückische Massenmord an wehrlosen Kriegsgefangenen passt nicht in dieses Bild.



Thomas Urban wurde 1954 im schlesischen Breslau geboren. Derzeit ist er Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Madrid. Bild: Ewa Mormul

Provokant und mutig

Unsere Freiheit ist in Gefahr – Ein Buch beschreibt überzeugend, wie sie uns Schritt für Schritt genommen wird

Die persönliche Freiheit ist unser höchstes Gut. Auf ihr beruhen alle anderen Freiheiten vor allem die freie Marktwirtschaft. Dennoch arbeiten wir als „gute Demokraten“ unentwegt daran, sie einzuschränken. Wir tun es aufgrund von politischen Versprechen nach mehr Sicherheit, mehr Wohlfahrt, und größerer „sozialer Gerechtigkeit“. Wir tun es trotz der Gefahr, in eine dirigistische Planwirtschaft abzudriften.

Mit seinem Buch „Zombies, Hacker und legale Drogen. Zwei Dutzend Denkanstöße zum Diskutieren, Weiterdenken und Weitersagen“ hat sich Henning Lindhoff (33) genau dieses wichtigen Themas angenommen. Der Autor, ehemals Sozialarbeiter, ist stellvertretender Chefredakteur des Monatsmagazins „eigentümlich frei“ und schreibt als Kolumnist unter anderem für den Internetauftritt der renommierten Unternehmensberatung A.T. Kearney. Nun präsentiert uns Lindhoff ein mutiges Buch: Mit seinen Denkanstößen will er bewusst provozieren und zum Mitdenken anregen. Er möchte, dass wir unsere Gedanken- und Meinungsfreiheit endlich wieder höher einschätzen. Wie leichtgläubig seien wir doch bei wohlklingenden politischen Versprechungen wie der nach „sozialer Gerechtigkeit“. Dabei ist sie nur eine politische Utopie, zumal in einer pluralistischen Gesellschaft. Und sie ist für die Politik „ein Blankoscheck, um unablässig neue Steuern herbei zu fantasieren und durchzusetzen“.

Soziale Gerechtigkeit ist nur eine Utopie

Sie ist also weder sozial, noch individuell gerecht. Das Recht gilt zwar gleichermaßen für alle, doch die Rechtsansprüche sind je nach Interessenlagen extrem unterschiedlich. Das zeigt zum Beispiel das Streikrecht, das keine Rücksichten auf fremde Rechte kennt.

Die Gesellschaft ist ein abstraktes Gebilde, ein Konglomerat extrem unterschiedlicher Interessengruppen. Wer uns Sicherheit verspricht, schränkt uns automatisch ein, mindert unsere Freiheit, will uns reglementieren für einen angeblich „guten Zweck“. Das freie Spiel der Kräfte in einer Marktwirtschaft wird erdrosselt von Planwirtschaft.

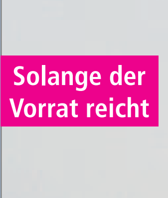
Wer diesen Trend stoppen und seine Eigenverantwortlichkeit für sein Leben wahren will, wer das Übermaß an Bürokratisierung und staatlicher Reglementierung eindämmen will, der muss das Buch von Henning Lindhoff lesen. Die von ihm gegebenen Denkanstöße und seine Lösungsvorschläge mögen in dem einen oder anderen Punkt zunächst irritieren, weil sie provozieren, aber wer einen Körper bewegen will, muss ihn zuerst aus dem Ruhezustand, „aus der Ruhe, bringen“.

Sie wissen, wie man die Bürger fängt

Wie macht man Menschen „politisch korrekt“? Wie bringt man sie dazu, sich dem „Zeitgeist“ zu fügen? Ein probates Mittel der Manipulation ist dabei die „Angst“ und das seit Urzeiten. Sind Ängste erst einmal „in den Köpfen und Herzen der Menschen erzeugt, dann steht der Legitimation staatlicher Intervention zur Einschränkung individueller Freiheiten kaum mehr etwas im Wege.“ Dies ist einer der Schlüsselsätze des Buches. Die Propagandisten des Wohlfahrtstaates wissen, wie man die Bürger fängt. Sie wissen, dass für die Mehrheit der Deutschen Sicherheit wichtiger ist als Freiheit. Dies zeigt auch das Bestreben nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“. Die Palette der staatlichen Leistungen wächst, weil die Menschen, deren Gewissen politisch domestiziert wurde, Bequemlichkeit und Sicherheit mehr schätzen als Freiheit und Eigenverantwortlichkeit. Die Freiheit steckt in einer Zange, deren Druck uns langsam aber stetig immer weiter einengt.

Wolfgang Thüne

***Henning Lindhoff: „Zombies, Hacker und legale Drogen; Zwei Dutzend Denkanstöße zum Diskutieren, Weiterdenken und Weitersagen“**, FinanzBuch Verlag, München 2015, broschiert, 240 Seiten, 17,99 Euro*



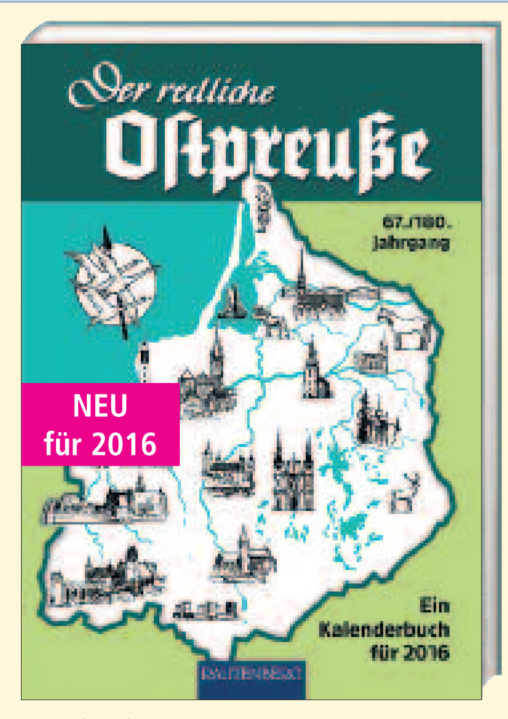

Solange der Vorrat reicht

Bernsteinanhänger mit Silberumrandung
Nr. P A0635 Bernsteinanhänger ohne Kette 39,90 €
Bernsteinanhänger mit Silberkette (Silberkette 45 cm Länge)
Nr. P A0649 Bernsteinanhänger mit Kette 79,90 €



Solange der Vorrat reicht

Bernsteinohrhänger mit Silberumrandung
Bernsteinohrhänger in Silber gefasst passend zum nebenstehenden Bernsteinanhänger mit Silberumrandung
Nr. P A0636 Bernsteinohrhänger 39,90 €



NEU für 2016

Silke Osman (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2016
Ein Kalenderbuch für 2016
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2016, jetzt mit 144 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten wie Theodor Gottlieb von Hippel d. Ä., Ruth Geede, Ferdinand Gregorovius, Alfred Brust, Hermann Scherchen, Heinrich Bromm, Johann Christoph Gottsched, Waldemar Rösler sowie Erzählungen und Gedichten von: Charlotte Keyser, Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Hildegard Rauschenbach, Walter Scheffler, Ruth Geede, Willy Kramp, Eva Maria Sirowatka, Ermina von Olfers-Batocki, Theodor Gottlieb von Hippel, Annemarie in der Au, Robert Roberthin, Ruth Maria Wagner, Ferdinand Gregorovius, Frieda Jung, Agnes Harder, Johann Daniel Falk u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 144 S.
Nr. P 533170 Gebunden 9,95 €



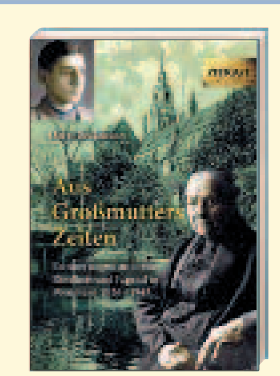
Siegfried Lenz
So zärtlich war Suleyken
128 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 7962 6,95 €

Es war einmal ein zärtliches Dörfchen, Suleyken genannt, gelegen irgendwo und nirgendwo in Masuren, zu erreichen – wie allerorten bekannt und in diesen Geschichten nachzulesen – mit einer Kleinbahn namens Popp, bequemer jedoch mit der Phantasie. So erleben wir denn nicht nur große Ereignisse und den Titus Anatol Plock sondern auch das Duell in kurzem Schafspelz und den Adolf Abromeit. Und wir begegnen nicht nur dem Hamilkar Schaß, dem Tantchen Arafa, der festlichen Einweihung besagter Kleinbahn und dem Briefträger Hugo Zappka, sondern auch dem souveränen Humor eines geistvollen Erzählers, dessen Geschichten eine Huldigung an seine alte Heimat Masuren sind.



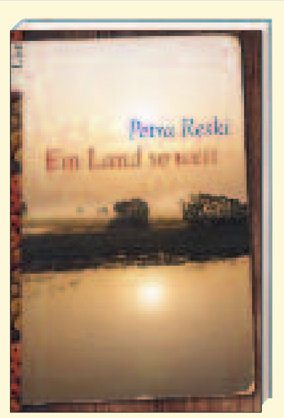
Eduard von Keyserling
Wellen
Am Südhang
240 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0360 8,00 €

„Keyserling versteht einen Sommerabend so zu beschreiben, dass man während seines Glühens und Verdämmerns das Gefühl des ganzen Lebens hat." – Was Hermann Hesse über Keyserlings Prosa schreibt, gilt für die beiden hier versammelten Texte in besonderem Maße, die wahre Meisterwerke atmosphärischer Naturbeschreibungen sind. Zugleich aber sind diese Texte – und das macht sie so beunruhigend modern – auch Meisterwerke einer sprachkritischen Ironie, die sich gegen unsere hohlen Sommerklischees richtet. „Mondschein und Meer, Meer und Mondschein", sagte er und wiegte sacht den Kopf, „da kann man gefühlvoll werden. Das Meer macht immer Eindruck."



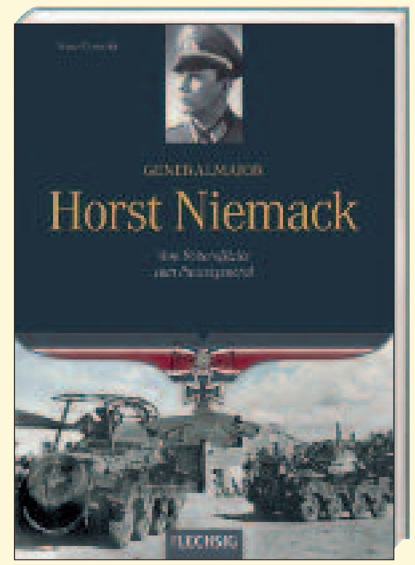
Horst Beckmann
Aus Großmutters Zeiten
Erinnerungen an meine Kindheit und Jugend in Pommern 1926-1945
Gebunden
128 Seiten.
Nr. P A0390 12,90 €

Ja, unsere Großmutter konnte gut erzählen, aber mehr noch gab es hernach über sie zu berichten. Denn als fromme Frau bekam sie zu der modernen Zeit nur schwer Zugang. So habe ich in diesem Büchlein einige Anekdoten über Erlebnisse gesammelt, die ich mit meiner Oma hatte. Die letzten Geschichten haben sich nach ihrem Tod zugetragen, aber bei jeder könnte ich fragen: Was hätte Großmutter dazu gesagt? Oft habe ich mit meinen Berichten aus der alten Zeit die Gesellschaft erheitert und möchte nun auch gern die Leser dieses kleinen Buches über diese Zeitspanne staunen und schmunzeln lassen.



Petra Reski
Ein Land so weit
342 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 9075 9,95 €

Als Kind hat Petra Reski die sentimentalen Geschichten, die ihre Familie über Ostpreußen erzählte, nicht mehr hören können. Doch dann führt sie der Zufall in das Heimatdorf ihres Vaters. Im Bewohnern des Dorfes findet sie ihre Großeltern wieder. Die Erzählungen vom Leben und Überleben verbinden sich mit der Geschichte ihrer Familie. Und der lang vergessene Klang der Sprache ruft Erinnerungen an die Kindheit wach. Eine sehr persönliche Annäherung an das Thema Heimat. Und eine ungewöhnliche Familiengeschichte, wunderbar witzig und melancholisch erzählt wie ein großer Roman. Ein Buch, das, von erzählerischem Witz und großen Emotionen getragen, die Suche nach der eigenen Identität beschreibt.

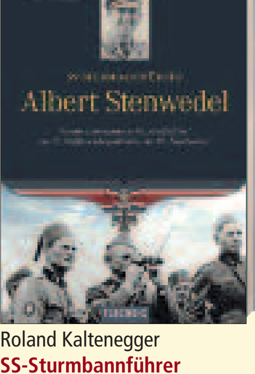


Franz Kurowski
Generalmajor Horst Niemack
Vom Reiteroffizier zum Panzergeneral
Dies ist die Geschichte von Generalmajor Horst Niemack. Geboren am 10. März 1909 in Hannover, trat er nach dem Abitur im Juni 1927 als Offiziersanwärter in die Reichswehr ein. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als Schwadronchef der 3. Schwadron der Aufklärungsabteilung 5 in der 5. Infanteriedivision eingesetzt, kämpfte Niemack im Frankreichfeldzug an vorderster Front. Mit der Aufklärungsabteilung 5 führte ihn das Unternehmen „Barbarossa" in die Weiten Russlands. Es folgten Einsätze in Italien mit der 24. Panzerdivision. Zurückgekehrt auf den russischen Kriegsschauplatz nahm er als Kommandeur des Panzerfüsilierregiments „Großdeutschland" an den Kämpfen im Südabschnitt der Ostfront teil und erlebte das Kriegsende im Ruhrkessel als Kommandeur der Panzerlehrdivision. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub und den Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, war er nach dem Krieg als Brigadegeneral der Reserve in der Bundeswehr aktiv und stand lange Jahre an der Spitze der Reitschule Warendorf. Als Offizieller und Chef der Reiter-Equipe nahm er an den Olympischen Spielen 1956, 1960, 1964 und 1968 teil. 82 S/W-Abb. 160 Seiten
Nr. P 575785 Gebunden mit farbigem Überzug 9,95 €



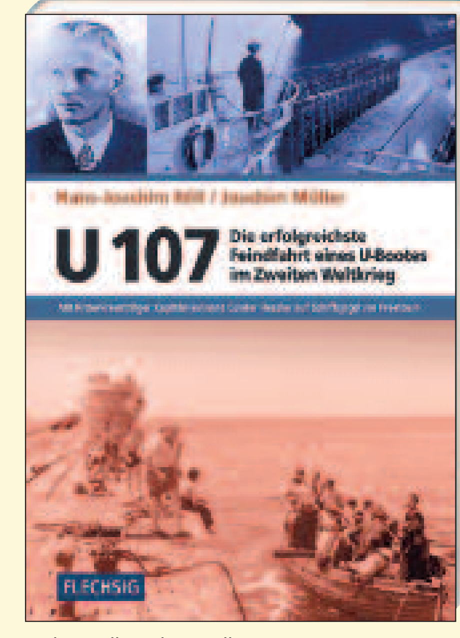
Roland Kaltenegger
Oberst Ludwig Stautner
Von der Dolomitenfront im Ersten Weltkrieg zur Westalpenfront im Zweiten Weltkrieg
126 Abb. 160 Seiten. Gebunden
Nr. P 540063 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Oberst Ludwig Stautner. Am 4. Mai 1895 in Schrobenhausen geboren, trat er am 3. August 1914 als Kriegsfreiwilliger in das Ersatzbataillon des 20. königlich bayerischen Infanterieregiments in Lindau ein. Im Ersten Weltkrieg an der Somme, bei Arras und mit dem Deutschen Alpenkorps in Serbien, bei Verdun und in den Dolomiten eingesetzt, führte ihn sein Weg über das Hunderttausend-Mann-Heer der Reichswehr zu den Gebirgsjägern. Mit der 3. Gebirgsdivision Dietls in Norwegen eingesetzt, wurde ihm für besondere Tapferkeit bei der Schlacht um Elvenes das Ritterkreuz verliehen. In der Schlacht um Stalingrad und in der Normandie eingesetzt, erlebte er das Kriegsende in den Westalpen mit der 5. Gebirgsdivison.



Roland Kaltenegger
SS-Sturmbannführer Albert Stenwedel
Von der Leibstandarte SS „Adolf Hitler" zur 13. Waffen-Gebirgsdivision der SS „Handschar"
119 Abb. 160 Seiten. Gebunden
Nr. P 540064 9,95 €

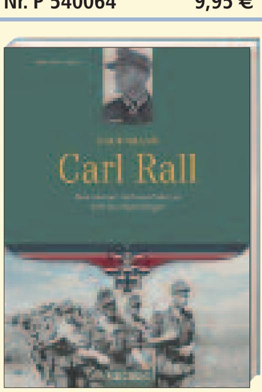
Dies ist die Geschichte von SS-Sturmbannführer Albert Stenwedel. Am 10. September 1908 in Hamburg geboren, trat er am 1. März 1932 als SS-Anwärter in die SS-Verfügungstruppe ein. Zuerst im SS-Regiment 3 „Der Führer" sowie im SS-Hauptfürsorge- und Verwaltungsamt eingesetzt, war Albert Stenwedel ab Sommer 1943 an der Aufstellung der 13. Waffengebirgsdivision der SS „Handschar" beteiligt. Mit ihr in Bosnien und Kroatien zur Partisanenbekämpfung eingesetzt, führte er als SS-Sturmbannführer das II. Bataillon des Waffengebirgsjägerregiments der SS 27 auf dem Rückzug durch Ungarn nach Österreich. Für die Verteidigung des Muribergangs erhielt er kurz vor der Kapitulation am 3. Mai 1945 das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.



Hans-Joachim Röll/Joachim Müller
U 107 und die erfolgreichste Feindfahrt eines U-Bootes im Zweiten Weltkrieg
Mit Ritterkreuzträger Kapitänleutnant Günter Hessler auf Schiffsjagd vor Freetown
Dies ist die Geschichte von Kapitänleutnant Günter Hessler, dem ersten Kommandanten von U 107 und seiner drei Feindfahrten mit diesem Boot. Günter Hessler führte U 107 im Jahr 1941 auf drei Unternehmungen im Nord- und Mittelatlantik bis vor Sierra Leone an der westafrikanischen Küste. Dabei erlangten er und seine Besatzung vor allem auf ihrer zweiten Feindfahrt vom 29. März 1941 bis zum 2. Juli 1941 besonderen Ruhm, denn bei dieser legendären Unternehmung im Mittelatlantik und vor Freetown gelang es ihnen, vierzehn Schiffe mit 86.699 Bruttoregistertonnen zu versenken, was diese Fahrt zu der erfolgreichsten Feindfahrt eines deutschen U-Bootes im Zweiten Weltkrieg machte. Von diesen Unternehmungen berichtet dieses zeitgeschichtliche Werk. 161 S/W-Abb., Dokumente und Karten. 296 S.
Nr. P 540054 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €

Roland Kaltenegger
Feldwebel Peter Grübl
Vom Reichsarbeitsdienst zu Säuberungsaktionen auf dem südfranzösischen Plateau von Vercors
148 Abb. 160 Seiten. Gebunden
Nr. P 540059 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Feldwebel Peter Grübl. Am 27. Dezember 1917 in Pötzing geboren, trat er nach Ableistung des Reichsarbeitsdienstes am 15. November 1938 den aktiven Wehrdienst beim Gebirgsjägerregiment 98 in Mittenwald an. Im Frankreichfeldzug mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und im Russlandfeldzug mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet, wurde ihm für seinen wagemutigen Einsatz bei der Eroberung einer Brücke im Donezgebiet als Angehöriger der 1. Gebirgsdivision das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Mit der 157. Gebirgsdivision in Südfrankreich zu Säuberungsaktionen auf dem Plateau von Vercors eingesetzt, erlebte er die letzten Kriegsmonate in der Alpenfestung.

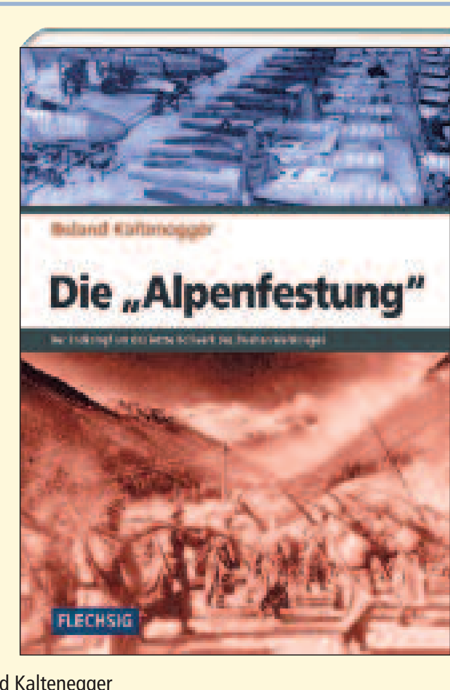


Roland Kaltenegger
Hauptmann Carl Rall
Vom Deutsch-Südwestafrikaner zum Ritterkreuzträger
138 Abb. 160 Seiten. Gebunden
Nr. P 540062 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Carl Rall. Am 2. Dezember 1913 in München geboren, wuchs er in Deutsch-Südwestafrika auf und trat nach seiner Rückkehr nach Deutschland im April 1932 als freiwilliger in das 19. (bayerische) Infanterieregiment in Kempten ein. Als Zugführer und Kompaniechef nahm er mit dem Gebirgsjägerregiment 98 an den Feldzügen gegen Polen, Jugoslawien, Russland und auf dem Balkan teil. Als Kompanieführer wurde er am 30. Januar 1943 für den schlachtentscheidenen Angriff am Ssemaschcho, einem Berg im Waldkaukasus, mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Das Kriegsende erlebte er neben Oberst Franz Pfeiffer als einer der Geheimnisträger des Reichsbankschatzes vom Walchensee.



Hans-Joachim Röll
Im Strom feindlicher Bomber
Der Eichenlaubträger Heinz Strüning und die deutsche Nachtjagd 1940–1945
Dies ist die Geschichte von Hauptmann Heinz Strüning. Geboren am 13. Januar 1912 in Neviges bei Wuppertal, trat er im März 1935 in die Luftwaffe ein. Bei Kriegsbeginn zunächst als Flugzeugführer in einer Zerstörerstaffel im Einsatz, wurde Strüning im Juli 1940 zur neu gebildeten Nachtjagdwaffe versetzt. Ab 1942 flog Strüning vom holländischen Fliegerhorst Gilze-Rijen aus Nachtjagdeinsätze gegen die alliierten Bomberflotten. Nach 23 Luftsiegen erhielt er am 29. Oktober 1942 das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. Ab 1944 flog Heinz Strüning mit der wohl besten deutschen Nachtjagdmaschine, der Heinkel He 219, mit der er sein Abschusskonto weiter in die Höhe trieb. Sein letzter Luftsieg gelang ihm am 19. Juli 1944 mit dem Abschuss einer englischen Mosquito. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz startete er an Heiligabend 1944 zu seinem 280. Feindflug, von dem er nicht zurückkehrte. 118 Abbildungen. 232 Seiten.
Nr. P 540053 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Roland Kaltenegger
Die „Alpenfestung"
Der Endkampf um das letzte Bollwerk des Zweiten Weltkrieges
März 1944. Der Krieg war längst entschieden. Mit dem Ziel, bei Soldaten und Zivilisten den Glauben an den Endsieg aufrechtzuerhalten, verfolgte Hitler die Taktik, möglichst viele Städte zu „Festungen" zu erklären, die von dort massierten Truppen bis zum letzten Mann verteidigt werden sollten – ein fataler Fehler, der unzähligen Soldaten das Leben kostete. Jedoch gelang es der deutschen Propaganda im Rahmen dieser Strategie, die US-amerikanische Führung davon zu überzeugen, dass das Deutsche Reich im Begriff sei, eine gewaltige Verteidigungsstellung als letzten Rückzugsort der deutschen Streitkräfte und der Führung des Deutschen Reiches in den Alpen zu errichten – Die „Alpenfestung". Das Projekt beunruhigte die Westalliierten derart, dass der US-Oberbefehlshaber Eisenhower vom geplanten konzentrischen Sturm auf Berlin abließ und sich mit der Masse seiner militärischen Kräfte auf dieses vermeintlich letzte Bollwerk warf. 302 S/W-Abbildungen, 496 Seiten.
Nr. P 540051 Gebunden mit farbigem Überzug 19,95 €



Dr. Hans Heinz Rehfeldt
Mit dem Eliteverband des Heeres „Großdeutschland" tief in den Weiten Russlands
Gebunden mit farbigem Überzug. 244 Abbildungen.
375 Seiten
Nr. P 575773 14,95 €

Als Hans Heinz Rehfeldt im Herbst 1941 seine Ausbildungszeit beim Ersatzbataillon des verstärkten Infanterieregiments „Großdeutschland" beendet, ahnt er noch nicht, welch wechselvolles Soldatenschicksal ihn erwartet. Der Krieg in Russland war bislang siegreich verlaufen. Am 3. November 1941 in Orel angekommen, wird Hans Heinz Rehfeldt bei den Gefechten um Tula zum ersten Mal mit dem Krieg konfrontiert. Im Granatwerferzug der 8. Kompanie des II. Bataillons erlebt er die verlustreichen Abwehrkämpfe während des kalten russischen Winters 1941/42. Es folgen die Kämpfe um Woronesch, die Abwehrschlacht um Rshew und die größte Panzerschlacht am Kursker Frontbogen um Bjelgorod und Charkow beim Unternehmen „Zitadelle".



Dr. Hans Heinz Rehfeldt
Mit dem Panzerkorps „Großdeutschland" in Russland, Ungarn, Litauen und im Kampf um Ostpreußen
Geb. mit farbigem Überzug.
199 Abbildungen. 321 Seiten
Nr. P 575781 14,95 €

Nach dem Abbruch der letzten großen deutschen Offensive im Osten, wird Karl-Heinz Rehfeldt, inzwischen zum Unteroffizier in der Division „Großdeutschland" befördert, mit seinen Kameraden als Feuerwehr an den Brennpunkten der russischen Front eingesetzt. Zum verstärkten IR (mot.) 1029 Großdeutschland kommandiert, nimmt er am Unternehmen Margarethe I in Ungarn teil. Im Mai 1944 zu seiner alten Einheit, dem Granatwerferzug, zurückgekehrt, erlebt er die schweren Abwehrgefechte in Rumänien und ab August 1944 in Ostpreußen und Litauen. Aus dem Kessel von Memel im Schiffstransport nach Königsberg gebracht, nimmt er an den Kämpfen in Ostpreußen im Winter 1945 und im Kessel von Königsberg teil.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Städte fordern Milliarden

Berlin – Der Bund müsse den Kommunen über die bereits fließende eine Milliarden Euro hinaus noch mehrere weitere Milliarden zuschießen für die Versorgung von Zuwanderern und Flüchtlingen. Das fordert Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Allein die Gesundheitskosten für einen einzigen schwerst traumatisierten Bürgerkriegsflüchtling machten 50 000 bis 60 000 Euro aus – im Monat. *H.H.*

Brüssel: Neue Rechtsfraktion

Brüssel – Im EU-Parlament haben sich der französische Front National, die italienische Lega Nord, die österreichische FPÖ, Geert Wilders niederländische Partei für die Freiheit, der belgische Vlaams Belang und die polnische Neue Rechte zu einer neuen Rechtsfraktion zusammengeschlossen. Die Fraktion soll „Europa der Nationen und der Freiheit" heißen. Vorsitzende ist Front-National-Chefin Marine Le Pen. *H.H.*

ZUR PERSON

Tradition als Wachstumsmotor

Wenn ein ausländischer Investor ein deutsches Traditionsunternehmen kauft, bedeutet das für die Arbeitnehmer in diesen Betrieben in der Regel den Verlust des Arbeitsplatzes. Karstadt- und Quelle-Mitarbeiter können ein Lied davon singen. Statt als Retter erwiesen sich Manager wie Thomas Middelhoff und Investor Nicolas Berggruen als rücksichtslose Spekulanten und Arbeitsplatzvernichter.

Bei der Übernahme des Kaufhof-Konzerns durch die kanadische Hudson's Bay Company soll das anders werden. Deren Chef und Kaufhof-Investor **Richard Baker** will den Beschäftigten der Warenhauskette umfangreiche Garantien zusichern. Entlassungen wird es in den nächsten drei Jahren nicht geben, die 140 Waren- und Sporthäuser in Deutschland und Belgien sollen erhalten bleiben. Der 49-jährige Baker, ursprünglich im Immobiliengewerbe tätig, setzt auf Traditionshäuser. Nachdem er 2006 mehrere alt eingesessene



amerikanische Kaufhäuser übernommen hatte, erwarb er 2008 die inzwischen kanadische Hudson's Bay Company, ein alteingesessenes Unternehmen, das 1670 in London gegründet worden war. Ganz ohne Einschnitte in Filialen und Kostenstrukturen sind seine bisherigen Käufe nicht geblieben, jedoch soll Baker ein gutes Gespür für Handelsgeschäfte haben. In Deutschland und Belgien sieht er große Potenzial und Wachstumsmöglichkeiten.

Das wird den österreichischen Karstadt-Eigner René Benko, der sich seit Jahren um eine Kaufhof-Übernahme bemüht hat, ärgern. Der Metro-Konzern wollte die Kaufhofkette wegen der angeblich fehlenden Zukunftsfähigkeit loswerden, Benko plante, Karstadt und Kaufhof zu einem Konzern zu fusionieren, was wiederum Filialschließungen und Entlassungen nach sich gezogen hätte. *MRK*



Allerletzter Sehtest

Varoufakis' Traum

Wie die Politik die Konten der Griechen rettet, was Margaret Thatcher dazu gesagt hätte, und was den Deutschen Hoffnung gibt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Dass sie den Griechenkarren an die Wand fahren, wissen wir seit fünf Jahren, genau seit Mai 2010, als das erste „Rettungspaket" geschnürt wurde. Aber wir wollen nicht nachtragend sein. Selbst in diesen von Unsicherheit geschüttelten Tagen vergessen die Verantwortlichen in Berlin und den anderen Hauptstädten der Euro-Zone nicht ihre Fürsorgepflicht für die geplagten Bürger.

Zumindest nicht, was eine bestimmte Gruppe von Bürgern angeht. Seit Tagen nun basteln die Staats- und Regierungschefs an einem Plan für den „Grexit" und daran, wie man ihn möglichst sanft über die Bühne bringt. Wenn es soweit sei, müssten alle hellenischen Banken geschlossen und der Kapitalverkehr Griechenlands mit dem Ausland unterbrochen werden, so der Plan.

Damit solle ein „Bankenansturm" verhindert werden, also, dass die Griechen ihre Bankeinlagen abräumen, sagt man der Öffentlichkeit.

Aber das ist natürlich Käse fürs dumme deutsche Volk. Das Gegenteil ist richtig: In Wirklichkeit will man den Griechen gerade diese Möglichkeit schaffen, die man zu blockieren vorgibt. Sonst würde man das ja nicht viele Tage vor dem Ereignis ankündigen. Dieses öffentliche Gerede über Bankenschließungen und Kapitalverkehrskontrollen ist nichts als die Aufforderung an die Hellenen: Geht hin und bringt euer Geld in Sicherheit!

Und warum sagt man das nicht? Nun, das Geld, das die Griechen vom Konto holen, wird durch sogenannte „ELA-Kredite" auf Kosten aller Bürger der Euro-Zone ersetzt, damit die Hellas-Banken nicht zusammenkrachen. Was die Politik da gerade inszeniert, ist also sozusagen der finale Raubzug zu Lasten der übrigen Euro-Völker, wie immer vor allem der Deutschen.

Im Falle Zyperns hat man so eine Bankenschließung samt Kontenenteignung schon 2013 durchexerziert. Damals kam die Maßnahme tatsächlich ziemlich plötzlich und für viele Zyprioten überraschend. Die Mittelschicht der Insel wurde rasiert. Um die Reichen zu schonen, erlaubte man es den zypriotischen Geldhäusern aber, ihre Filialen im Ausland offen zu halten, damit die richtig dicken Fische, die eine Wohnung oder Geschäftskontakte in Berlin oder London hatten, ihre Millionen doch noch retten konnten, derweil ihre ärmeren Landsleute ohne Auslandsverbindungen daheim in die Röhre guckten.

Da sehen Sie's: Unsere Politiker und Zentralbanker sind weder herz- noch rücksichtslos. Sie kümmern sich sehr wohl um „ihre" Leute, wenn's hart auf hart kommt. Daher auch jetzt diese wirklich reizende Vorankündigung von Bankenschließungen und Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland. Den Deutschen bleibt derweil nichts übrig als zuzuschauen, wie man sie mit weiteren „Krediten" belastet.

> Die sozialistische Krankheit: Ihnen ist das Geld der anderen Leute ausgegangen

Also doch „Grexit", wie es scheint. Und nun? Scheitert jetzt Europa, wie es uns die Kanzlerin seit 2010 androht? Ach was! Europa geht weiter, und Giannis Varoufakis weiß auch schon, wohin. Der „Bild"-Zeitung gab er ein Interview, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Wir sollten die EU „weiterentwickeln, sodass wir ein europäisches Finanzministerium und einheitliche Grundsätze für Mehrwertsteuern und soziale Sicherheit bekommen. Das wäre wunderbar!", schwärmt der griechische Finanzminister.

Nur einen einzigen Satz weiter erklärt er dem „Bild"-Reporter: „Wissen Sie, was unser wirkliches Problem mit der Mehrwertsteuer ist? Wir sind nicht in der Lage, sie zu kassieren!"

Nun wissen wir, wie sich Giannis Varoufakis und seine Regierung die „weiterentwickelte EU" vorstellen: Überall gelten die gleichen Mehrwertsteuersätze, nur dass die Deutschen sie auch bezahlen müssen, während das bei den Griechen leider nicht geht. Die Steuern landen beim europäischen Finanzminister, der das eingetriebene Geld dann je nach „Bedürftigkeit" unter den EU-Ländern verteilt – da stehen die Griechen, die beim Bezahlen frech geschwänzt haben, wieder ganz vorn in der Reihe.

Beim Absahnen der „gemeinsamen sozialen Sicherheit" wären selbstverständlich alle gleich, nur dass die Deutschen dafür ein paar Jährchen länger buckeln sollen als die Griechen. Schließlich kann man von einem hellenischen Beamten kaum verlangen, dass er noch später in Pension geht als mit 56 Jahren.

Was Varoufakis da in wundervoller Offenheit skizziert, das ist der sozialistische Traum schlechthin. Denn Athen steht vor dem entsetzlichen Problem, das alle Sozialisten der Geschichte früher oder später ereilt hat. Margaret Thatcher hätte gesagt, die Hellenen „leiden unter der typischen sozialistischen Krankheit: Ihnen ist das Geld der anderen Leute ausgegangen".

Daher gilt es, neues „Geld anderer Leute" aufzutreiben, aber diesmal bitte ohne dumme Fragen, also nicht über diese lästigen „Rettungsschirme", für die man immer so tun muss, als täte man was, um „wieder wettbewerbsfähig zu werden".

„Wettbewerbsfähig" – was für ein Wort! Das klingt nach Arbeit, nach Disziplin, nach kapitalistischer Kälte. Fürchterlich. Solche Zumutungen überlässt man klugerweise dem blöden Nachbarn.

Was den nachbarlichen Umgang in der EU angeht, hat Athen Maßstäbe gesetzt, die nun auch andernorts übernommen werden. Fordern, pokern und drohen gehören seit der Athener Aufführung zum festen Repertoire des europäischen Miteinanders.

Durch die vorübergehenden Grenzkontrollen zum G7-Gipfel auf den Geschmack gekommen, lassen die Franzosen nicht mehr jeden Zuwanderer rein, den die Italiener bislang unter Bruch der europäischen Verträge lässig durchgewinkt haben. Die Verträge interessieren Italiens Ministerpräsidenten Matteo Renzi aber nicht die Bohne. Himmel, was unterschreibt man nicht so alles, wenn's einen guten Eindruck macht!

Nein, Renzi ist stocksauer und droht ganz offen: Wenn das mit den Kontrollen und Zurückweisungen der vornehmlich afrikanischen und orientalischen Grenzübertreter nicht bald aufhöre, dann „haben wir (Italiener) einen Plan B vorbereitet, unter dem in erster Linie Europa zu leiden hätte".

Renzi führt sich tatsächlich auf wie ein Mafia-Pate, der seinem blass gewordenen Gegenüber mit diabolisch gedämpfter, rauchiger Stimme zuzischt: „Luigi, mein Freund, enttäusch' mich nicht, sonst habe ich da was für dich, was dir ganz und gar nicht gefallen würde, capisci?"

Ein griechischer Minister hatte vor Monaten mit der mehr oder weniger gezielten Weiterleitung von IS-Terroristen gedroht, wenn wir nicht artig die Kohle rausrücken. Wir sehen: Das macht Schule.

Aber Deutschland ist ja ein reiches Land, das noch viel mehr „Flüchtlinge" aufnehmen und fremde Rechnungen begleichen kann. Oder etwa nicht?

Ach, ich höre schon das Gejammer: „Sollen wir denn ewig zahlen?" Aber nein, auch für uns Deutsche hält Europa einen Hoffnungsschimmer bereit. Irgendwann ist unser Land so ausgepresst und niedergetrampelt, dass es einer Bruchbude gleicht. Dann ist nicht mehr viel zu holen und die Zuwanderer wollen auch nicht mehr herkommen.

Südeuropäische Länder haben mit der Taktik der Selbstverelendung gute Erfolge erzielt. Warum wohl wollen die Zuwanderer so schnell wie möglich raus aus Griechenland oder Italien? Selbst echte Flüchtlinge, die aus dem blutigen Chaos geflohen sind und härteste Bedingungen durchlebt haben, finden es in den beiden Ländern unerträglich, sehr zur Zufriedenheit der Griechen und Italiener.

Das also ist der „europäische Weg zum Erfolg", auf den uns die EU-Praxis lenkt: Fahr dein Land so komplett wie möglich in den Dreck, dann bekommst du Rettungsmilliarden und musst auch keine Zuwanderer mehr durchfüttern. Oder, wie es Kanzlerin Merkel ausgedrückt hätte: „Europa garantiert uns allen eine gute Zukunft."

MEINUNGEN

***Folker Hellmeyer**, Chefanalyst der Bremer Landesbank, wirft im Portal „Goldseiten" (11. Juni) die Frage auf, ob Kanzlerin **Merkel** mit ihrer **Griechenland-Politik** womöglich nicht deutschen, sondern **US-Interessen** dient:*

„Nicht ohne Grund wurde seitens der USA in Elmau eine Lösung mit Griechenland eingefordert. Das wirft Fragen auf! Wer wird durch einen wachsweichen Kompromiss mit Griechenland gestärkt oder geschwächt? Wie wird über unsere Zukunft und die Nachhaltigkeit unserer Zukunft eigentlich entschieden? Cui bono?"

***Ralph Malisch** und **Christoph Karl** resümieren die Ergebnisse des **G7-Gipfels** auf der Seite „smartinvestor" (10. Juni) mit der angemessenen Ironie:*

„Damit man überhaupt etwas verlauten lassen konnte, hat man die vollständige ‚Dekarbonisierung' – also den kompletten Abschied von Kohle, Öl und Erdgas – bis zum Jahr 2100 (!) beschlossen ... Eine Zeit also, zu der alle Akteure ihre Amtszeiten längst hinter sich gebracht haben und zu Staub zerfallen sind. Besser hätten die Damen und die Herren die Absurdität ihrer eigenen Existenz nicht ins Gedächtnis rufen können."

***Thilo Sarrazin** attestiert der **„Flüchtlings"-Debatte** in der Züricher „Weltwoche" (4. Juni) **Unehrlichkeit**:*

„Gleichwohl bleibt es richtig ... politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Das hat aber nichts zu tun mit Masseneinwanderung aus wirtschaftlichen Gründen. Anreize dazu entfallen erst, wenn der Versuch zur illegalen Einreise chancenlos ist. Das erfordert ein entsprechendes Grenzregime und eine entsprechende Abschiebungspraxis. Beides existiert kaum oder gar nicht. Rational ist das nur, wenn man weitere Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost befürwortet. So wird aber nicht diskutiert."

***Jürgen Stark**, 2006 bis 2012 Chefvolkswirt der EZB und wegen der Zerrüttung der Regeln im Euro-Raum zurückgetreten, erläutert in der „Frankfurter Allgemeinen" (11. Juni), warum **„Reform"**-Versprechen aus **Athen heiße Luft** sind:*

„Es fehlt der politische Wille zu umfassenden Wirtschaftsreformen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit und der Skizzierung eines tragfähigen griechischen Wachstumsmodells. Es fehlen insbesondere die institutionellen Voraussetzungen, um überhaupt Reformprogramme erfolgreich umzusetzen ... Wann sieht man endlich ein, dass Griechenland ein gescheiterter Staat ist?"

***Frank Träger** wundert sich in der „Wirtschaftswoche" (15. Juni) über die skurrile Rolle, welche die Linkspartei-Politikerin **Sahra Wagenknecht** in der **Griechenland-Debatte** zu spielen scheint:*

„Sahra Wagenknecht erteilt vorsorglich schon einmal Ratschläge an ihre griechischen Freunde, welches Zahlungsgebaren am besten an den Tag zu legen wäre, damit der Schaden möglichst beim deutschen Steuerzahler anfällt und nicht bei den seit Jahren auf Pump lebenden Griechen. In welchem Parlament sitzt die Dame doch gleich und um wessen Wählerstimmen bewirbt sie sich?"